



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Europäisierung der Akteure des heutigen Nordirlandkonflikts.

Eine empirische Analyse von Verhalten, Strukturen und Inhalten.

verfasst von / submitted by:

Ella-Maria Moritz, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it
appears on the student sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears
on the student sheet:

Politikwissenschaft / Political Science

Betreut von / Supervisor:

MMag. DDr. Ursula Naue

Ein herzliches Danke ...

*... zuallererst an meine Eltern, die mir zu jeder Zeit Grundlagen geschaffen haben, um in Ruhe und mit Freude mein Studium zu beginnen, fortzuführen und schlussendlich diese Arbeit zu verfassen.
Ein spezieller Dank geht hierbei an meine Mutter, die ihre Flugangst überwunden hat, um mich nach Nordirland zu begleiten und emotionalen Beistand leistete, als er dringend nötig war.*

... an meine Betreuerin, Ursula Naue, die mir zu meiner großen Freude die Möglichkeit gegeben hat, dieses – für mich sehr spezielle – Thema zu bearbeiten, und den entsprechenden monatelangen Prozess mit viel fachlicher und menschlicher Unterstützung begleitete.

... an sämtliche meiner InterviewpartnerInnen – sie haben meiner Arbeit und mir vor Ort und auf schriftlicher Basis viel Zeit gewidmet und mich an ihrem Wissen und ihrer Erfahrung teilhaben lassen, um mir ein Bild von der Komplexität des heutigen Konflikts aus den unterschiedlichsten Sichtweisen zu vermitteln. In sehr freundlicher und respektvoller Weise haben sie mir die Zeit in Nordirland zu einer in jeder Hinsicht sehr positiven gemacht, denn ohne diese Gespräche hätte ich mein Thema niemals bearbeiten können.

... an Seán, ohne den viele dieser Interviews nicht zustande gekommen wären. Er unterstützte mich während meiner Vorbereitung auf die Gespräche über Wochen wunderbar und gab mir vor Ort zu jeder Zeit das Gefühl, willkommen zu sein. Problemlose Abläufe während und zwischen vielen Gesprächen sind allein ihm zu verdanken.

... an all jene LehrveranstaltungsleiterInnen und KollegInnen, die mein Studium durch ihr Wissen und ihre Unterstützung bereichert und es zu einer Zeit in meinem Leben gemacht haben, die ich um nichts missen will.

Ein besonderer Dank gebührt hierbei Peter Biegelbauer, für seinen richtungsweisenden Rat bei der Theoriesuche, sowie Ingrid Metzler, für ihr fantastisches Methodenseminar, ohne das Kapitel 3 dieser Arbeit nicht hätte entstehen können.

*„Ich verstehe nun, dass die Grenzen zwischen Krach und Klang reine Konvention sind.
Alle Grenzen sind Konventionen, die nur darauf warten, überwunden zu werden.
Man kann jede Konvention überwinden, man muss diesen Schritt nur erst begreifen.“*

- Robert Frobisher, im Film ‚Cloud Atlas‘

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG

Betreuerin: MMag. DDr. Ursula Naue

Abgabedatum der Arbeit: 3. März 2016

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

____ Ella-Maria Moritz _____

Name

____ 3. März 2016 ____

Datum



Unterschrift

INHALTSVERZEICHNIS

Abstract.....	11
 1. Einleitung in die Thematik, Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen.....	 12
2. Theoretische Grundlagen.....	15
2.1 „Europäisierung“ als Konzept	17
2.1.1 Begriffsdefinition.....	17
2.1.2 „Europäisierung von Konflikten“ – Die Rolle der EU <i>in sezessionistischen Konflikten nach Coppieters et al. (2004)</i>	19
2.2 Theoretischer Zugang: Der soziologische Neoinstitutionalismus	21
2.3 Europäisierung eines Konfliktfelds am Beispiel ausgewählter Aspekte nach Radaelli (2000).....	24
2.3.1 <i>Europäisierung der Repräsentationsstrukturen und Cleavages</i> – <i>akteurszentrierter Ansatz</i>	25
a. Die Rolle von Akteuren im Europäisierungsprozess.....	26
b. Europäisierung politischer Parteien, sozialer Bewegungen, zivil- gesellschaftlicher Organisationen und extremistischer Gruppierungen.....	22
c. Die Rolle (fehlender) Moderatoren im modernen Nordirlandkonflikt.....	31
2.3.2 <i>Europäisierung kognitiver Strukturen und Public Policy</i>	35
a. Public Policy: Diskurse und europäische Legitimität	35
<i>i. Diskursive Kreation der Europäischen Union</i>	35
<i>ii. Europäische Legitimität</i> <i>im Vergleich zum nationalstaatlichen Gewaltmonopol</i>	37
b. Kognitive Strukturen: soziales Lernen und Sozialisation.....	39
<i>i. Aspekte der Sozialisation und sozialer Identität</i> <i>aus interdisziplinärer Sicht</i>	39
<i>ii. Soziales und politisches Lernen</i>	44
c. Politische (Planungs-)Kultur	47

3. Methodische Grundlagen	51
3.1 Die Rolle der Forscherin bzw. des Forschers im Feld sozialen Konflikts – Prinzipien qualitativer Sozialforschung	51
3.2 Wahl der Methodik	55
3.3 Zugang zum Feld und Auswahl der Akteure	59
3.4 Fragenleitfäden	60
4. Analyse – europäische Institutionalisierung und Sozialisierung im Kontext des Nordirlandkonflikts in Londonderry / Derry	62
4.1 Europäisierung politischer Parteien	62
A. <i>Democratic Unionist Party (DUP)</i>	63
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	64
II. Strukturell-institutionelle Veränderung durch Europäisierung	66
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	67
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	69
B. <i>Sinn Féin</i>	71
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	71
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	72
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	73
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	75
C. <i>Zwischenfazit</i>	76
4.2 Europäisierung systemkritischer und radikaler Gruppierungen	77
A. <i>32 County Sovereignty Movement (32 CSM)</i>	77
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	77
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	78
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	79
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	81
B. <i>Irish Republican Socialist Party (IRSP)</i>	81
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	81
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	82
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	83
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	84

C. <i>Oranierorden</i>	85
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	86
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	86
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	87
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	89
D. <i>Zwischenfazit</i>	90
4.3 Europäisierung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen	90
A. <i>Creating Space for Learning and Sharing Project</i>	90
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	91
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	93
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	94
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	96
B. <i>The Whistle Project</i>	97
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	97
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	98
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	99
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	99
C. <i>Ulidia Training</i>	100
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	100
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	105
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	106
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	107
D. <i>Sperrin Cultural Awareness Association</i>	109
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	110
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	111
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	113
IV. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	115
E. <i>Creggan Enterprises</i>	116
I. Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen	117
II. Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	118
III. Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	119
I. Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld.....	120
F. <i>Zwischenfazit</i>	121

4.4	Europäisierung der Polizei.....	122
I.	Klassifikation von Akteurs- und Prozessstrukturen.....	122
II.	Strukturell-institutionelle Auswirkungen durch Europäisierung	123
III.	Inhaltliche Auswirkungen auf den Frame des Akteurs	124
IV.	Informell-normative Auswirkungen auf das politische Feld	125
V.	Zwischenfazit	127
5.	Schlussfolgerungen und Zusammenfassung	128
6.	Persönliche Anmerkungen	134
7.	Literatur- und Quellenverzeichnis	135
8.	Lebenslauf.....	147

ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Europäisierung auf den modernen Konflikt in Nordirland, insbesondere auf Struktur, Verhalten und Politiken der aktiv involvierten Akteure in den Bereichen politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher und polizeilicher Organisationen und dissidenter bzw. anti-systemischer Gruppierungen. Elemente des theoretischen Zugangs wie die Europäisierung von Sozialisation, Lernprozessen und Identitätsstrukturen schaffen den Zusammenhang zwischen einem supranationalen System und dem Akteursverhalten und berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit eines erweiterten Konfliktlösungsverständnisses sowie die Rolle der EU im Feld. Die Ergebnisse der vor Ort durch semistrukturierte Leitfadeninterviews durchgeführten Untersuchung sollen zu besserem Verständnis über Logiken der Supranationalisierung formeller und informeller konfliktueller Strukturen, Prozessen und Inhalten beitragen und dies am Beispiel eines gesellschaftlich immer noch stark institutionalisierten Konflikts veranschaulichen.

The present thesis deals with the effects of Europeanisation on the modern conflict in Northern Ireland, especially on structure, behavior and policies of actively involved actors such as political parties, police and organisations in the areas of civil society, political dissidence and anti-systemic contexts. The theoretical approach examines aspects like the Europeanisation of socialisation, learning processes and identity structures which connect a supranational system with the behavior of involved actors. Furthermore, these theoretical elements consider a possible extended understanding for conflict resolution and the role the European Union plays in the field. The results which were gained through semi-structured interviews implemented on-site, are to contribute to the understanding of the logics of supranationalisation within formal and informal conflictual structures, processes and policies while visualising this with the example of a conflict still intensively institutionalised.

1. EINLEITUNG IN DIE THEMATIK, ERKENNTNISINTERESSE UND FORSCHUNGSFRAGEN

Die vorliegende Arbeit hat sich eine Thematik zur Grundlage genommen, die in ihrer historischen Reichweite eine breites Spektrum detaillierter Literatur aufweist, in dem hier spezifisch behandelten Thema bis dato jedoch kaum bis gar nicht beforscht wurde: den Einfluss der europäischen Integration auf die aktiv in den Nordirlandkonflikt involvierten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure.

Als ich mich entschloss, mich mit der vorgestellten Thematik zu befassen, geschah dies nicht zuletzt durch die Schlussfolgerungen meiner kurz davor fertiggestellten Bachelorarbeit, in deren Ausblick ich die Fragen in den Raum stellte, inwieweit einerseits tatsächlich *alle* Akteure des Konfliktfelds des heutigen Nordirlandkonflikts europäisiert werden (was in Anbetracht des bereits 1973 erfolgten Beitritts des Vereinigten Königreichs und Irlands zur heutigen Europäischen Union sowie der nicht unwesentlichen Förderpolitik der EU vor Ort als durchaus relevant erschien) und ob die Europäische Union andererseits gar als eigener Akteur bzw. Vermittler vor Ort zu sehen sei. Diese Fragen stellen – unter anderem – das Forschungsinteresse dieser Arbeit dar.

Wie geht man nun daran, diese Thematik zu behandeln? Wie erwähnt, ist der Forschungs- und Erforschungsgrad des Themas durchwachsen: Die theoretischen Grundlagen sind für sich de facto ausreichend, um ein Konfliktfeld wie Nordirland und die dazu gehörenden Akteure (so beispielsweise zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien oder auch die Polizei) sowie die sie betreffenden und beeinflussenden Europäisierungsmechanismen und -prozesse zu erfassen und verständlich darzulegen. Die einzige Einschränkung, die sich bei der Literaturrecherche relativ bald einstellte, war das Fehlen von Untersuchungen, welche den Einfluss der Europäischen Union und ihrer Integration auf anti-systemische, extremistische Gruppierungen analysiert hätten. Spätestens hier wurde mir klar, dass eine empirische Untersuchung des Feldes unumgänglich wäre.

Diese Annahme verfestigte sich, sobald es an das thematische Umfeld ging: Europäisierung, also europäische Integration, per se ist auf allgemein-theoretischer Ebene ein reichhaltig definierter Begriff (siehe hierzu Kapitel 2.1), in Bezug auf Akteure und ihre rechtliche wie strukturelle Ebene eine Thematik mit reichhaltiger literarischer Grundlage (vorgestellt in Kapitel 2.3); dass in der folgenden Untersuchung ein eher soziologischer, auf Normen und Verhaltensweisen ausgerichteter Fokus gelegt werden sollte, konnte auch mit einer passenden Zweittheorie, dem soziologischen Neoinstitutionalismus, unterstützt werden (Kapitel 2.2). Doch geht es ja im Folgenden nicht um die Theorie – sondern ihre Auswirkung in der Praxis, nämlich einem der ältesten Konfliktfelder Europas, dem Nordirlandkonflikt, dessen historische Wurzeln bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts zurückreicht und durch die Eingliederung Irlands in das britische Empire, den folgenden nationalistischen

Bewegungen, einem Unabhängigkeits- und Bürgerkrieg sowie der im Jahr 1921 erfolgten Teilung der Insel in die später komplett unabhängige Republik Irland und dem Verbleib Nordirlands beim Vereinigten Königreich führt. Die Nicht-Anerkennung dieses Zustandes durch nationalistische, paramilitärisch-terroristische Gruppierungen wie die *Irish Republican Army (IRA)* oder die *Irish National Liberation Army (INLA)* sowie das darauf folgende Aufkommen pro-britischer, loyalistisch-terroristischer Gruppierungen wie die *Ulster Volunteer Force (UVF)* zur Erhaltung eben dieses Zustandes führten ab den 1960er-Jahren zu Anschlägen auf militärische Einrichtungen Großbritanniens und tausenden zivilen Opfern. Durch die Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens (engl. *Good Friday Agreement*) im Jahr 1998 schließlich gelang es, die wesentlichen politischen Parteien zu einer Allparteienregierung zu einen und Gruppierungen wie die IRA im Jahr 2005 die Waffen niederlegen zu lassen.¹ Dies bedeutete jedoch nicht automatisch die komplette Befriedung der Region; tatsächlich führte die Zersplitterung politischer und paramilitärischer Gruppen (dies besonders in der republikanisch-nationalistischen Community) sowie einer stark institutionalisierten Trennung der nordirischen Gesellschaft zu weitreichenden politischen Problemen wie Ausschreitungen bei Märschen und Protesten, einer teils stark konfliktgeladenen Diskussionskultur innerhalb der Parteienlandschaft (als Übersicht siehe z.B. Moritz 2014) oder auch der immer noch starken Präsenz paramilitärisch-terroristischer Gruppierungen durch vereinzelte Morde und der Anbringung und Detonation von Sprengkörpern (siehe hierzu beispielsweise Horgan / Gill 2011, zum tiefergreifenden Verständnis der diesem Konflikt zugrundeliegenden heutigen Spaltung der nordirischen Gesellschaft und der daraus folgenden Radikalisierung sowie dem historischen Hintergrund paramilitärischer Spaltungen sei beispielsweise verwiesen auf Currie / Taylor (2011), Horgan (2013) und Morrison (2013)).

Was hat das nun alles mit der EU und der zunehmenden Transnationalisierung politischer und juristischer Strukturen zu tun? Ganz generell kann gesagt werden, dass – in Bezug auf den Konflikt zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich – die EU „enabled the old unequal face-to-face relationship with Britain to change into a new, more relaxed partnership, within a wider club where both are equal members; and this has eased the old Irish complex about the English“ (Ardagh 1994: 328). Die Masterarbeit sollte sich jedoch nicht primär dieser Beziehung zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich widmen (obwohl diese, wie im historischen Aufriss erkennbar, für die Herausbildung des modernen Konflikts nicht unwesentlich ist), sondern vielmehr dem Einfluss der Mitgliedschaft Nordirlands in der Europäischen Union auf die Situation vor Ort, konkret dem agenda-setting und der Normenbildung involvierter Akteure in der Region. Dass diese Präsenz der EU vor Ort sofort mit ihrer Förderpolitik in Verbindung zu bringen ist, steht außer Frage – und auch kann auf eine bereits jahrelange ‚Tradition‘ dieser Förderungen verwiesen werden; beispielsweise wurden allein von

¹ Zur Übersicht des Konflikts, weiterführender Literatur und genaueren Zahlen und Fakten sei auf den CAIN-Webservice der *University of Ulster* verwiesen, der diesbezüglich eine entsprechende weitreichende Datenbank zur Verfügung unter der Seite <http://cain.ulst.ac.uk> zur Verfügung stellt.

1989 bis 1993 600 Millionen Pfund EU-Förderungen durch den Strukturfond an Nordirland überwiesen – mit dem Ziel ökonomischer Revitalisierung, also der Unterstützung und Ausbau von Infrastruktur, Industrie, Tourismus und ländlicher Entwicklung (vgl. Bell 1993: 28). Die seit 1995 aus dieser Förderung entstandenen PEACE-Programme (PEACE I bis PEACE III, momentan gefolgt von PEACE IV) brachten der Region finanzielle Unterstützung der EU im Wert von mehreren tausend geförderten Projekten (die Zielsetzungen rangierten hier von der generelleren Konfliktbefriedung bis hin zu ökonomischer Erholung, grenzüberschreitender Kooperation und zivilgesellschaftlicher Versöhnung) und einem Budget von (Stand 2013) ca. 1.995 Millionen Euro (vgl. SEUPB 2012) ein.

Die daraus – auch in Bezug auf diese Masterarbeit – entstandenen Fragen deckten mehrere Aspekte ab; einerseits der Gedanke, dass die hier dargestellte intensive Förderpolitik bis hin zu mikrogesellschaftlichen Strukturen einen merklichen und relevanten Einfluss auf den Konflikt darstellen könnte – ein Gedankengang, dem Bell (1993: 32) jedoch nicht viel abgewinnen kann. Andererseits – und hier wird durch das Prinzip der Herstellung einer ‚eigenen‘ Identität durch die Abgrenzung zu dem ‚Anderen‘ mit einem Konzept aus der Sozialpsychologie gearbeitet – besteht die Frage nach einer ‚europäischen Identität‘, die langfristig kreiert werden und die ‚Beseitigung‘ nationaler, konfliktueller Identitäten zur Folge haben könnte. Hier findet sich in der akademischen Literatur keine eindeutige Antwort; Donoghue und Kearney bestätigen eine solche Annahme, ersterer durch die Hypothese eines durch Harmonisierung erreichten ‚europäischen Frameworks‘ und die dadurch reduzierte Relevanz der politischen nationalen Grenze (Donoghue 1993: 21), zweiterer bringt eine neue ‚europäische Grenze‘ mit der ‚Entnationalisierung‘ konfliktueller Ideologien in Zusammenhang (Kearney 1997: 87). Grindheim hingegen stellt sich gegen diese Hypothese; nicht zuletzt, da er keine Möglichkeit einer europäischen Identität, noch eines ‚positiven Einflusses‘ der EU auf den Konflikt sieht, nicht zuletzt, da nach ihm hierzu auf unionistischer Seite die ‚Furcht‘ vor einer europäischen Identität in Bezug auf die Erhaltung der britischen Identifikation besteht² und die Radikalisierung des Konflikts sogar durch den stärkeren Druck radikalerer Gruppen auf pro-europäische, moderate Gruppen gefördert würde (vgl. Grindheim 1993: 83ff.).

Diese Arbeit versucht – in dem ihr gesetzten theoretischen Rahmen – diesem Forschungsinteresse nachzugehen und Fragen wie die bereits in der Literatur gestellten zu beantworten. Eine Abgrenzung zu der oben geführten Diskussion erfährt sie durch zwei Aspekte: Einerseits durch die Verbindung der Thematik mit einem breit gefächerten Theorieansatz, der auf dem nicht unkomplexen Konzept der Europäisierung fußt, und im Gegensatz zu anderen, auf staatliche Strukturen fokussierende Studien, besonders die Normen- und Wertebildung der Akteure Nordirlands in einem europäischen Rechts- und Politik-, aber auch Werteregime in den Blick nimmt – nicht zuletzt, da „[t]he constitutional context is

² Zur Thematik der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich sowie der nordirischen unionistischen Parteien zur Europäischen Union und der (ausgeschlossenen Möglichkeit) der Herausbildung einer ‚europäischen Identität‘ sei verwiesen auf Cooke (1996: 1) und Arthur (1993: 59ff.).

constituted by the vast range of rules – formal and informal, laws as well as social and political norms and conventions – that set actors’ common frame of reference and help shape not only actors’ perceptions and preferences, but also their modes of interaction.“ (Schmidt / Radaelli 2006: 197). Von politischem Einfluss wird schon durch die EU-Mitgliedschaft der Region ausgegangen, wenn dessen Auswirkungen auch nicht auf den ersten Blick sichtbar sind: „After all, policy change in the EU is not simply the result of top-down institutional and outside-in economic pressures but is rather the result of decisions by political leaders taken after deliberation on alternative policy choices.“ (ebd.: 192) Die Arbeit dehnt den Rahmen der Akteure hierbei jedoch weit über jenen der politischen Parteien aus und fokussiert nicht allein auf strukturelle, sondern (wie bereits erwähnt) vor allem auf informelle Inhalte. – Andererseits, und hier sei auf den zweiten Abgrenzungsaspekt Bezug genommen, ist nicht nur die Veränderung der Europäischen Union als politisches Regime seit den 1990er-Jahren, sondern auch ein Wandel des Charakters der Regionalförderungen mitzudenken, als dessen Ergebnis Giannakourou sehr wohl eine alternative Form von Identität erkennt: „The Commission’s initiatives were an important element in setting the framework for the creation of a transnational thinking and action about planning in the light of common problems or shared policy objectives [...]. [T]hese initiatives have resulted in a stronger awareness among planners and decision-makers of the need for improved horizontal, vertical, and geographical coordination in an integrated Europe.“ (Giannakourou 2012: 121) Wurden so beispielsweise vor 1999 besonders spezielle Politikbereiche wie grenzübergreifende und *inter-community*-Aktivitäten, ländliche Entwicklung, Tourismus und Infrastruktur gefördert (Tannam 1995: 803f.), so sieht Murphy die Vorteile für die Region einerseits vor allem in der Förderung des Prozesses der Dezentralisierung, was mit der Europäisierung insofern verbunden ist, als dass die ‚politics’-Ebene verstärkt wird, also das Netzwerken auf EU-Ebene fördert: „This is not to suggest that the national level has assumed less importance. Indeed, for many interest groups, the national level is still regarded as the primary level of effective activity although it is increasingly acknowledged that national actions should be coupled with European actions.“ – andererseits verfolgt er die Hypothese, dass die Aktivitäten der EU besonders intensiviert seit 1999 auftreten – nicht zuletzt, da sich politische Parteien, Interessensgruppen und die Gesellschaft langsam an das transnationale Regime anpassen und die europäischen Vorteile dadurch nicht nur mehr auf der finanziellen Ebene zu sehen seien, denn „there appears to be some recognition that Northern Ireland material interests in the broadest sense can be better met and protected via a strategic engagement with the EU.“ (Murphy 2007: 310f.) Noutcheva et al. sehen dies sogar als besonders relevant im Kontext eines Konflikts: „Such funds could also be an important asset in conflict-ridden blockaded frontiers is contingent on economic considerations.“ (Noutcheva et al. 2004: 10)

Dem konfliktanalytischen Ansatz soll auch insofern Rechnung getragen werden, als – wie bereits im theoretischen und methodischen Ansatz (siehe hierzu Kapitel 3) erkennbar – ein politikfeldanalytischer Zugang gewählt wurde, welcher *sämtliche* Akteure des Konflikts abdeckt, in

die Analyse miteinbezieht und den Konflikt somit als Mehrebenenphänomen identifiziert. Aufgrund der in Kapitel 3 näher beschriebenen ‚Problematik‘ des fehlenden Zugangs zu zwei der relevanten politischen Parteien können eben diese jedoch im Zuge der empirischen Analyse nicht näher beleuchtet werden³.

Aus diesem starken Fokus auf Nordirland als Konfliktfeld und den sehr spezifischen Strukturen und Prozessen resultiert, dass die politische und juristische Verbindung zum Vereinigten Königreich zwar gegeben ist, jedoch in der folgenden Arbeit nicht berücksichtigt wird⁴.

Daraus ergeben sich folgende *Forschungsfragen*, welche unter Berücksichtigung der theoretischen und methodologischen Richtlinien und auf Basis der empirischen Analyse beantwortet werden sollen:

- 1) Inwiefern wirkt sich die europäische Integration vor Ort auf die Struktur und das wertebasierte agenda-setting der Konfliktparteien aus?
 - a) Können Vorgänge einer ‚europäischen Sozialisation‘ und sozialen Lernens mit Folge eines „transnationalen Alltagsverständnisses“ (vgl. Hahn [2009]) festgestellt werden?
 - b) Ist die Herausbildung einer ‚europäischen Identität‘ (unter Berücksichtigung eines entwicklungs- und sozialpsychologischen Identitätsbegriffs) zu beobachten?
 - c) Inwiefern kann von einer ‚Europäisierung‘ des gesamten Konfliktfeldes, also sämtlicher untersuchter Akteure, ausgegangen werden?
- 2) Bis zu welchem Grad entsteht ein erweitertes Konfliktlösungsverständnis als Folge eines möglichen durch Europäisierung initiierten Paradigmenwechsels, wie dies beispielsweise durch Noutcheva et al. beschrieben wird: „These ultimate rewards give the EU the leverage necessary to demand institutional and policy changes that are a matter of dispute between the parties involved in a conflict.“ (Noutcheva et al. 2004: 12)
- 3) Ist, u.a. unter Berücksichtigung von Nodias Ausführungen („Quite probably, the European Union has been the most effective peace-consolidation and conflict prevention mechanism in history. [...] However, this does not imply that it should also be good at conflict resolution. [...] Soft security mechanisms are about creating social and institutional frameworks and preventing conflicts from reaching the stage of military confrontation.“ [Nodia 2004: 4]), die Herausbildung einer Auffassung der EU als ‚Moderator‘, entweder in der Form eines intervenierenden Akteurs oder eines ermächtigenden Kontextes, zu erkennen?

³ Eine dieser Parteien ist die moderat-republikanische *Social Democratic and Labour Party (SDLP)*, deren Bezug auf das Engagement der EU vor Ort jedoch zur weiteren Information in einem Artikel ausgezeichnet verarbeitet wurde: McLoughlin, P.J. (2009): The SDLP and the Europeanization of the Northern Ireland Problem, *Irish Political Studies*, 24(4), S.603-619.

⁴ Zur weiterführenden Literatur über die Rolle der britischen politischen Kultur im Kontext der Europäisierung sei beispielsweise verwiesen auf Münch (2008, bes. S.164-228), vereinzelt auch auf Rumford (2001: 210) und Moisio (2013: 745).

Die auf die Theorie- und Methodenkapitel folgende Analyse (Kapitel 4) soll in vergleichender Systematik ähnliche Aspekte der einzelnen untersuchten Akteure vorstellen und durch diskursanalytische Methoden in Hinblick auf die hier vorgestellten Fragestellungen genauer in den Blick nehmen. Die Antworten auf die aufgeworfenen Forschungsfragen werden schließlich in der Schlussfolgerung (Kapitel 5) wieder aufgegriffen; in Kapitel 6 (persönliche Anmerkungen) werden jene Punkt aufgebracht, welche mir zu erwähnen äußerst wichtig sind, andererseits all die Thematiken dargestellt, die während meiner ungefähr eineinhalb Jahre dauernden Untersuchung erst aufkamen und in dieser Masterarbeit zwar nicht behandelt werden können, jedoch trotz allem von Relevanz sind und als Inspiration für weitere Arbeiten nicht unerwähnt (sowie langfristig auch nicht unbehandelt) bleiben sollen.

2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Das Konzept der Europäisierung ist durchaus als interdisziplinär zu bezeichnen – nicht nur seine Definitionen, sondern unterschiedlichste Teilgebiete und deren Beschreibungen bedürfen eines diversen Zugangs unter Berücksichtigung mehrerer sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Der theoretische Teil dieser Arbeit soll diese Gebiete und wesentlichen Aspekte von Europäisierung abdecken, was für die später folgende empirische Untersuchung notwendig ist. Dem Konzept der Europäisierung soll sich im ersten Unterkapitel genähert werden, um diesen Begriff nicht nur per se, sondern auch im Kontext von Konflikten greifbarer zu machen; weiters soll die der Abhandlung zugrunde liegenden Theorie des soziologischen Neoinstitutionalismus beleuchtet werden, in welcher Begriffe wie Sozialisierung, soziales Lernen und Institutionen auftauchen, die wichtige Punkte der Arbeit darstellen und in ihr immer wieder auftauchen. Das dritte Unterkapitel soll aus einer Konfliktfeldanalyse bestehen, die nicht nur wesentliche Akteure eines Konflikts aufzulisten versucht, sondern das Prinzip der Europäisierung nach Radaelli mit den Ebenen der Policy – also Politikinhalten – und der Politics – also der strukturellen Seite von Politik – verbindet. Hierbei dienen einerseits bekannte Konzepte der Politikwissenschaft wie z.B. politische Kultur, Diskursivität und soziales Lernen als Erklärungshilfen, gleichsam wird die rein politikwissenschaftliche Ebene in Richtung soziologischer und sozialpsychologischer Analysen verlassen, was im Kapitel der empirischen Untersuchung vorwiegend für den zivilgesellschaftlichen Teil des Konflikts relevant sein wird.

2.1 „EUROPÄISIERUNG“ ALS KONZEPT

„Europäisierung“ – einer der Kernaspekte der Masterarbeit – ist trotz seiner Nachweisbarkeit und Alltäglichkeit in Ländern, die Teil der EU sind oder in starkem Austausch mit ihr stehen, ein umfangreiches und diffiziles Konzept, dessen Erklärung in sämtlichen Lebensbereichen es mehr bedarf als allgemeiner Definitionen. Dennoch soll in den nachfolgenden Subkapiteln versucht werden, einige Definitionen dieses Prozesses zusammenzutragen, um diese schließlich mit den wesentlichen Untersuchungsgegenständen der Analyse zu verbinden.

2.1.1 BEGRIFFSDEFINITION

Grundsätzlich soll festgehalten werden, dass die Definition von ‘Europäisierung’ ein komplexes Unterfangen darstellt – nicht nur, weil die Palette an Begriffserklärungen reichhaltig ist, sondern jeweilige Schwerpunkte dieser Definitionen das Konzept der Europäisierung in anderen Kontexten verhaften. Auf die hier dargestellten Begriffsbeschreibungen wird daher auch im Laufe der folgenden Unterkapitel öfters Bezug genommen, nicht zuletzt, da sie für das Verständnis der darauf aufbauenden Argumentationslogik (und späteren empirischen Analyse) unverzichtbar sind.

Risse et al. definieren Europäisierung als „the emergence and development at the European level of distinct structures of governance, that is, of political, legal, and social institutions associated with political problem solving that formalize interactions among the actors, and of policy networks specializing in the creation of authoritative European rules.“ (Risse et al. 2001: 3); sie erkennen diese Vorgänge in einem Mehrebenensystem aus supranationalen, nationalen und subnationalen Strukturen gleichzeitig verhaftet, wodurch ihr Erklärungsansatz von *Europäisierung* per se von den bis dato traditionellen Erklärungsansätzen als ausschließlicher „institution-building at the European level“ ganz bewusst abgeht (vgl.ebd.). Bleibt diese Definition in einem rein institutionell begründeten Rahmen, reicht das folgende Konzept von Radaelli deutlich weiter; es sieht Europäisierung als „[p]rocesses of (a) construction (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‚ways of doing things‘ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU decisions and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies.“ (Radaelli 2000: 3). Im Vergleich zur ersten Definition sieht Radaelli europäische Integration nebst formeller Veränderung auch als Einflussfaktor auf politisches Verhalten, Ideologien und Paradigmen. Beide Definitionen und Verständnisse von Europäisierung sollen das Konzept dieser Arbeit prägen; sie werden sich auch in der Wahl der theoretischen Zugänge (siehe Kapitel 2.2) und in spezieller Form in der Europäisierung ausgewählter Akteursgruppen wiederfinden.

2.1.2 „EUROPÄISIERUNG VON KONFLIKTEN“ – DIE ROLLE DER EU IN SEZESSIONISTISCHEN KONFLIKTEN NACH COPPIETERS ET AL (2004).

Ehe in den folgenden Kapiteln der Vorgang der Europäisierung in speziellen Netzwerken und Akteursgruppen bzw. politischem Verhalten dargestellt wird, soll hier auf den Kontext der Masterarbeit eingegangen werden. Dieser wird durch die Analyse eines Konflikts gesetzt, wodurch nicht nur dem Faktor der Problemlösung eine komplexere Bedeutung zufällt, sondern unweigerlich auch Aspekte wie politische Gewalt, Extremismus und intensivierte Koalitionsbildung zwischen Akteuren berücksichtigt werden müssen.

Der Begriff *Konflikt* ist per se ein breiter, er umfängt eine beinahe unüberblickbare Anzahl politischer, soziologischer, ökonomischer und psychologischer Subfelder. Der Anspruch, den Grad an Europäisierung ganzer Konflikte zu messen, ist daher in all seinen Feinheiten wohl (vor allem in der vorliegenden Arbeit) nicht zu erfüllen. Eine gewichtige Frage in diesem Kontext ist jedoch jene nach der Rolle der Europäischen Union in einem Konflikt.

Ein umfangreicher Versuch, die Vorgehensweise der Europäischen Union in Konflikten einzufangen (und somit die „Europäisierung von Konflikten“ zu beleuchten) stellt die Studie von Coppieters et al.

aus dem Jahr 2004 dar, die den Zusammenhang zwischen Konfliktanalyse, -transformation und Europäisierung spannt. Untersucht werden mehrere Fälle von sezeptionistischen Konflikten in Ländern, welche zur Zeit der Studie noch keine Mitgliedsstaaten der Europäischen Union waren, darunter fallen Zypern, Serbien und Montenegro, Georgien und Abchasien sowie Moldavien und Transnistrien. Die Fallstudien folgen einer detaillierten Abhandlung über das Prinzip der Europäisierung und der Rolle der EU als Teil von Konflikttransformation. Europäisierung wird in diesem Falle nicht nur als interaktiver Prozess zwischen den durch Europäisierung beeinflussten Akteuren, also den Mitgliedstaaten, und der von diesen geformten Europäischen Union gesehen, sondern im Kontext eines sezeptionistischen Konflikts bzw. dessen Lösung auch „as a process which is activated and encouraged by European institutions, primarily the European Union, by linking the final outcome of the conflict to a certain degree of integration of the parties involved in it into European structures.“ (vgl. Noutcheva et al. 2004: 7) Als eine Folge erkennen Noutcheva et al. in der Europäischen Union die Möglichkeit, entweder als langfristiger Rahmen für die Lösung sezeptionistischer Konflikte durch erweiterte konstitutionelle und politisch inhaltliche Optionen oder als Akteur, der kurzfristig indirekt oder direkt zwischen den Konfliktparteien wirkt – also durch aktive Konfliktmediation wie die gezielte Lenkung der Akteursinteressen und -strategien in Richtung einer Lösung oder die Unterstützung vermittelnder Maßnahmen durch Machtverteilung (vgl.ebd.: 6ff). Besonders interessant im Kontext dieser Arbeit soll das Konzept der Europäischen Union als Kontext werden, in welchem ein Konflikt ausgetragen und idealerweise auch gelöst wird. Noutcheva et al. geben als Vorteil dieser Taktik die Steigerung einer win-win-Möglichkeit für alle beteiligten Akteure an, subnationale und regionale Akteure werden grundlegend gestärkt, ihre Aktionsmöglichkeiten erweitert (vgl. Noutcheva et al. 2004: 9). Diese Methode steht gegenüber dem direkten Weg der Bedingungen, die von Seiten der Union an die Mitgliedstaaten gestellt werden und unter Berücksichtigung gewisser Vorteile umgesetzt werden sollen, unter dem Aspekt der Sozialisation, also dem „process of internalizing „European values“ and European ways as a result of being in close contact with European actors and acquiring European-style institutions.“ (Nodia 2004: 4). Das Konzept der Sozialisation wird in dieser Studie als äußerst vage definiert, drei Modelle der politischen Sozialisation von Nationalstaaten werden zwar angeführt, diese orientieren sich jedoch am Beispiel (möglicher) Beitrittskandidaten (vgl. Noutcheva et al. 2004: 25). Klarer ist das Konzept der europäischen Identität (näher diskutiert in Kapitel 2.3.2.b.i), das im Kontext eines Konflikts nicht nur problematisch, sondern durchaus auch bereichernd sein kann: „EU citizenship becomes an additional layer of identification, which does not necessarily compete with national identifications. This additional layer of EU citizenship could ease tensions in ethno-political conflicts by leading to a greater acceptance of multiple identities generally.“ (ebd.: 9f.)

Die hier besprochene Studie nimmt die Rolle der Europäischen Union im Kontext eines sezeptionistischen Konflikts bereits in den Blick und fragt nach dem Potential von Mediation, das die

EU in einem solchen Konflikt durch die Vermittlung europäischer Inhalte und Institutionen leisten kann. Im Zuge dieser Masterarbeit sollen die genannten Aspekte (besonders unter dem Gesichtspunkt einer möglicherweise „friedensstiftenden“ transnationalen Union) ebenso untersucht, jedoch eine genauere Annäherung an die Europäisierung spezieller Akteure (hier siehe Kapitel 2.3.1) und Prozesse (vgl. Kapitel 2.3.2) gewagt werden, welche signifikant für einen Konflikt sind. Die hier gezeigte Studie arbeitet ihre Ergebnisse weiters für Staaten heraus, welche nicht Teil der EU sind; während der Analyse soll jedoch versucht werden, die oben genannten inhaltlichen und prozessualen Aspekte unter dem Aspekt der bereits bestehenden EU-Mitgliedschaft zu untersuchen.

2.2 THEORETISCHER ZUGANG: DER SOZIOLOGISCHE NEOINSTITUTIONALISMUS

Wie bereits im vorigen Kapitel angesprochen, stellt die Übermittlung und Institutionalisierung bzw. Sozialisierung von Inhalten und Strukturen der Europäischen Union im Zuge eines Konflikts einen Schwerpunkt dieser Arbeit dar. Eine universelle theoretische Grundlage für diesen Prozess der Institutionalisierung bzw. Sozialisierung bietet der (soziologische) Neoinstitutionalismus.

Der „alte Institutionalismus“ legte die theoretische Basis für die Politikwissenschaft des endenden 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, er verfolgte das Prinzip des *behavior shaping*, Institutionen erfüllten „the need to direct that behavior toward collective purposes“, was einen starken *top-down-approach* indiziert (vgl. Peters 1999: 3ff.). Zentrale Aspekte dieser theoretischen Strömung zeigten sich durch die zentralen Aspekte des institutionalisierten positiven Rechts, grober politischer Strukturen eines Systems, vergleichende Systematik, historische Entwicklung und Hintergründe des politischen Systems, welche politische Aktionen determinierten, und das Prinzip der Normativität, einer „good governance“ (vgl. ebd.: 6ff.).

Die Entwicklung zur modernen theoretischen Politikwissenschaft wandelte sich von der Rolle des zentralen Staates zum Fokus auf die Gesellschaft per se (vgl. Peters 1999: 16) und leiteten so über in den Neoinstitutionalismus, welcher im Zuge dieser Arbeit die zentrale theoretische Grundlage darstellen wird.

Wesentlich soll in diesem Kontext auch die nähere Betrachtung des Aspekts der Institution sein. Peters definiert das Phänomen „Institution“ mit mehreren Merkmalen: Die Institution ist „in some way a structural feature of the society and / or public polity. That structure may be formal [...] or it might be informal [...]“. Peters nennt hier als Beispiel gemeinsame Normen, welche in Gruppen zu Strukturen werden und somit zwischen den Akteuren entsprechend vorherzusehen sind. Institutionen müssen langfristige Stabilität aufweisen, weiters müssen sie individuelles Verhalten ihrer Mitglieder entsprechend verändern, unter denen es einen allgemeinen Konsens über die Werte und Definitionen

der Institution geben sollte (vgl. Peters 1999: 18ff.). Insbesondere im Rahmen eines Konflikts scheint Peters' letzter Punkt problematisch; häufig herrscht zwischen den Konfliktparteien kein Konsens über Inhalt, Kausalität und Kernproblematik des Konflikts. Nordirland stellt hier keine Ausnahme dar. Innerhalb des hier dargestellten Mehrebenensystems multipliziert sich dieses Paradoxon, da häufig nicht nur über Konfliktpunkte der regionalen und nationalen Ebene Uneinigkeit herrscht, sondern auch über die Rolle der Europäischen Union sowie die Legitimität und Zukunft der EU per se. Dadurch ist es auch sehr schwer, über diese nicht akzeptierten Ebenen Kontakt zur EU herzustellen: „Indeed one of the main characteristics of the Europeanization of divided states is that there are no direct – or even indirect – institutional channels for interaction between the EU and non-recognized authorities from secessionist entities.“ (Noutcheva et al. 2004: 7) Hall vermerkt in seiner Analyse des soziologischen Neoinstitutionalismus folgende Aspekte: Diese unterschiedlichen, unvereinbaren und häufig auch unüberbrückbaren Ansichten und Denkweisen lassen sich unter Berücksichtigung der hier dargestellten theoretischen Grundlage gut mit dem Konzept des Institutionalismus verknüpfen, wenn berücksichtigt wird, dass Institutionen einen Kontext für Denken und Aktionen darstellen, ihre Aufgabe ist es „(to) influence behavior not simply by specifying what one should do but also by specifying what one can imagine oneself doing in a given context.“, sie stellen die Brücke zwischen strategischen Überlegungen und Identitäten dar (Hall / Taylor 1996: 15). Institutionen sind daher „not just formal rules, procedures or norms, but the symbol systems, cognitive scripts, and moral templates that provide the ‚Frames of meaning‘ guiding human action“. Kulturelle, historische und politische Kontexte beeinflussen diese Punkte im weitesten Sinne ebenso (was in Kapitel 2.3.2.c anhand von Almonds und Verbas Werk der politischen Kultur näher diskutiert werden soll). Dass ein politischer Prozess jedoch sehr wohl die Rolle einer Institution einnehmen kann, erwähnt Josef Hochgerner: „Globalisierung kann als eine ‚Institution‘ gesehen werden, nämlich als Resultat der Verknüpfung zahlreicher Entwicklungen in diversen Bereichen der Gesellschaft. Globalisierung nimmt den Charakter einer Institution an, weil die Ausweitung gesellschaftlicher Prozesse in globalen Maßstäben [...] zu Anleitungen sozialen Handelns führt und Auswirkungen auf soziale Beziehungen und die Machtbalancen in vorhandenen und neu entstehenden Figurationen hat.“ (Hochgerner 2011: 93). Der Prozess der Sozialisation, der hierbei wesentlich wirkt, bedeutet, dass “individuals who have been socialized into particular institutional roles internalize the norms associated with these roles, and in this way institutions are said to affect behavior” (Hall / Taylor 1996: 14f., zu *common beliefs* siehe auch Radaelli 2008). Diese Definition weist starke Ähnlichkeit zu dem in Kapitel der zivilgesellschaftlichen Aspekte angesprochenen sozialpsychologischen Prozess der (politischen) Sozialisation auf. So wie Sozialisierung das einzelne Individuum oder eine Gruppe von Individuen betrifft, stellt Institutionalisierung eine abstraktere Form der Veränderung von Institutionen dar, nämlich durch „adding more roles and features to the institution“ (Peters 1999: 108).

Um den soziologischen Neoinstitutionalismus in die Bandbreite sozialwissenschaftlicher Theorien einzuordnen, mag es helfen, zu erwähnen, dass „sociologists frequently posit a world of individuals or organizations seeking to define and express their identity in socially appropriate ways“, was dem Prinzip der sozialen Rolle stark ähnelt und somit beispielsweise nicht der Tradition des Rational Choice und dessen strategischer Kosten-Nutzen-Rechnung folgt (vgl. Hall / Taylor 1996: 16).

Den in Kapitel 2.3 angesprochenen Akteursgruppen ist eine äußerst relevante Rolle im Konzept des soziologischen Neoinstitutionalismus beizumessen. Sie werden von den hier erklärten politischen Prozessen und Inhalten stark beeinflusst. Wie in Form einer Politikfeldanalyse identifizieren Bursens und Deforche mehrere Akteure und Aspekte, die Kernaspekte der theoretischen Grundlage darstellen und während der Abhandlung dieser Arbeit öfter als Begrifflichkeiten herangezogen werden sollen. Hierbei sind zu nennen: *Veto players* (sie stellen „actors with institutional or *de facto* veto power“ dar, die den politischen Entscheidungsprozess lang- oder kurzfristig blockieren können), ebenso *facilitating formal institutions* (sie spielen eine wesentliche Rolle dabei, Akteure mit Ressourcen unterschiedlicher Art auszustatten und dadurch z.B. im Zuge von Europäisierung eine Änderung nationaler informeller Regeln (vgl. Mörrth 2003) und nationaler policies hervorzurufen (vgl. hierzu auch Börzel / Risse 2000)), *administrative capacity* (es handelt sich um Aspekte wie „staff-power, financial resources, expertise, coalition building skills and concentration of competences.“), *norm entrepreneurs* (sie stellen für andere Akteure den Anstoß dar, ihre Interessen und Identitäten zu ändern, im europäischen Integrationsprozess beispielsweise „in the light of new European norms and rules.“ – eine Folge dieser Transformation kann in Sozialisierung und / oder sozialem Lernen bestehen, worin auch ein wesentliches Erkenntnisinteresse der Arbeit besteht. Mehr hierzu in Kapitel 2.3.2.b), *co-operative informal institutions* (als Endergebnis kollektiver Sozialisation oder sozialem Lernens handelt es sich hierbei um „collective understandings that strongly influence the way domestic actors respond to adaptation pressures.“) und *issue salience* (im Zuge eines politischen Entscheidungsprozesses stellt dieses *issue* den Anfangspunkt des Prozesses dar, muss dafür jedoch von einer entsprechenden Anzahl involvierter Akteure als signifikant identifiziert werden: „An issue is salient when it catches a substantial amount of attention.“) (Bursens / Deforche 2008: 5ff.). Ergo ist zusammenfassend zu sagen, dass der Prozess der Europäisierung die Präferenzen von Akteuren nachhaltig verändern kann und dies direkt mit Institutionen zusammenhängt: „[...] although institutions reflect the interests of the actors that create and consolidate them, they are also embedded in ‚particular normative orders or structures of meaning‘. Individual beliefs on the legitimacy of political order are (re)produced via structures of meaning.“ (Radaelli 2000: 12)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass diese Einführung in den soziologischen Neoinstitutionalismus nicht nur die Theorie per se vorstellen, sondern auch einen ersten Einblick in die Schwerpunkte der Masterarbeit bieten und damit auch das wesentliche Erkenntnisinteresse begründen soll, also die Frage

nach erweitertem sozialen Lernen durch Europäisierung sowie das dadurch veränderte politische Feld. Emerson et al. verknüpfen so das Konzept des soziologischen Institutionalismus auch mit sozialem Lernen und definieren den Unterschied zwischen “einfachem” politischem Lernen und langfristigem institutionellem Lernen so: “Changes through policies of conditionality may occur in the short to medium run. The more deep-rooted change, which occurs through an actual transformation of identity and interests, may only be expected in the longer run. There may be an early change in political discourse, which over time is internalized and results in genuine identity and interest change.” (Emerson et al. 2004: 4). Die Wichtigkeit von Diskurs und Identität sowie einem hier angedeuteten Paradigmenwechsel (wie bereits Hall ihn erwähnt) soll im Laufe von Kapitel 2.3.2 näher erläutert werden.

2.3 EUROPÄISIERUNG EINES KONFLIKTFELDS AM BEISPIEL AUSGEWÄHLTER ASPEKTE NACH RADAELLI (2000)

Die Europäisierung eines Konfliktes nimmt, langfristig betrachtet, wohl schon mit der Formierung jener EU-Politik ihren Anfang, durch welche beispielsweise ein Förderprogramm wie PEACE beschlossen wird (dies ist auch bei der in Kapitel 2.1.2 vorgestellten Studie von Coppieters et al. von Bedeutung). Die Masterarbeit soll sich jedoch in ihrer Analyse auf die Veränderungen beziehen, welche genau diese Politiken vor Ort, im Feld selbst, bewirken. Radaelli vermerkt hierzu: „However, *analytically* one should distinguish between the process leading to the formation of a certain policy, and the reverberation of that policy in the national areas.“ (Radaelli 2000: 6) Selbst in diesem Feld jedoch gibt es unterschiedlichste Akteure und Subsysteme, welche durch den Einfluss der EU-Politik bzw. eines europäischen Gesetzes beeinflusst und verändert werden. Die Bandbreite dieser Akteure reicht von juristischen und administrativen Strukturen (also der politologischen *polity*-Ebene) bis hin zu *politics*-Aspekten (politische Prozesse) und *policy*-Punkten, also Inhalten wie Identitäten oder Programmen. Es ist also erforderlich, die folgende Analyse auf einige dieser Aspekte einzugrenzen.

Als Orientierungshilfe soll auf die Unterteilung durch Radaelli (2000) verwiesen werden, welche die Analyseaspekte in *domestic structures* – hierunter *political structures*, *structures of representation and cleavages*⁵ sowie *cognitive and normative structures* – und *public policy* unterteilt. Punkt 1. der *domestic structures* soll im Zuge der Analyse ausgeklammert werden, um rein auf die politics- und policy-Ebene zu fokussieren, da diese für die Beantwortung der in Kapitel 1 beschriebenen Forschungsfragen in den Bereichen des sozialen Lernens und soziologischer Europäisierung am zielführendsten sind. Die vorgeschlagene Struktur Radaellis für die übrigen Punkte wird leicht

⁵ Der Begriff der ‚cleavage‘ soll in diesem Kontext definiert werden über die Erwähnung durch Lipset und Rokkan, welche hierbei die Institutionalisierung und Konditionen von Konflikten und die daraus resultierenden Interaktionen zwischen politischen Parteien und der Zivilgesellschaft genauer in den Blick nehmen (vgl. Lipset / Rokkan 1967).

abgeändert, um sie der Struktur der Arbeit anzupassen. Repräsentationsstrukturen wie Parteien werden extra behandelt, die übrigen Aspekte wie kognitive Strukturen (darunter ist in dieser Arbeit z.B. Sozialisation zu verstehen) oder *public policy* (darunter auch die Legitimitätsfrage oder Diskurse) werden im zweiten Unterkapitel behandelt. Sie stellen zentrale Punkte dar, an welchen man die Reaktion eines (sub)nationalen Feldes erkennen kann. Diese Reaktion erfolgt entweder auf das Entstehen neuer nationaler Politiken oder einen „*policy misfit*“ als Resultat von Unvereinbarkeit europäischer und nationaler Gesetze oder Paradigmen (vgl. Radaelli 2000: 5) sowie einen „*institutional misfit*“, also der „absence of an institutional Framework perceived as necessary to deal effectively with European integration in general“ (Bursens / Deforche 2008: 4). Europäisierung nationaler Politiken per se kann hierbei nach Radaelli über die Umverteilung von Ressourcen oder als Resultat eines Prozesses von Sozialisation und Lernen geschehen, also einer „emergence of new rules, norms, practices, and structures of meaning to which member states are exposed and which they have to incorporate into their domestic structures“ (Radaelli 2000: 7). Diese Machtumbildung kann zwischen Institutionen, politischen Ebenen oder Akteuren passieren und in einem unterschiedlich intensiven Grad an Übernahme europäischer Inputs enden (Bursens / Deforche 2008: 4).

2.3.1 EUROPÄISIERUNG DER REPRÄSENTATIONSSTRUKTUREN UND CLEAVAGES – AKTEURSZENTRIERTER ANSATZ

In diesem Unterkapitel soll Bezug genommen werden auf involvierte Akteure, welche im Zuge der empirischen Analyse relevant werden. Es handelt sich hierbei um Akteure, welche nicht nur soziale Interessen repräsentieren und diese mit variablen Methoden und in unterschiedlichen (politischen) Räumen zu vertreten suchen, sondern ganz explizit um Akteure, die Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft – sogenannte *cleavages* – darstellen, die beispielsweise um Kontroversen oder Konflikte herum begründet werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass unterschiedliche Arten von Akteuren im Kontext ihrer Europäisierungsprozesse hierbei nur überblicksmäßig dargestellt werden können und sollen: Es geht nicht primär darum, den innerorganisatorischen und strukturellen Prozess der Europäisierung innerhalb von Parteien, Organisationen und Bewegungen genau darzustellen (dies würde wohl jeweils eine eigene Arbeit füllen), sondern – auch in Bezug auf die theoretische Grundlage der Masterarbeit – die Unterschiede der Akteure in Bezug auf ihre inhaltlichen bzw. ideologischen Taktiken gegenüber der Europäischen Union und den Integrationsprozessen aufzuzeigen. Es geht nicht primär um Strukturen, es geht – wie bereits durch Radaelli definiert – um politisches *Verhalten*. Der Zusammenhang zwischen Akteur und Europäischer Union soll geklärt werden. Methodisch wird dies im Zuge einer Diskursanalyse durchgeführt (siehe hierzu Kapitel 2.3.2.a.i) und im folgenden Kapitel auch nur theoretisch dargelegt – die spezifisch auf Nordirland bezogenen Prozesse sollen im Zuge der empirischen Analyse in Kapitel 4.1 beschrieben werden. Hier werden auch akteursspezifische Eigenheiten geklärt, die im Zuge der späteren empirischen Diskursanalyse unbedingt mitgedacht werden müssen. Und nicht zuletzt ist zu beachten, dass unter der

Fülle von verfügbaren (theoretischen) Daten zu Europäisierung von Akteuren besonders jene herangezogen werden sollen, die für einen politischen Konflikt wie den Nordirlandkonflikt als besonders relevant erachtet werden können.

2.3.1.a DIE ROLLE VON AKTEUREN IM EUROPÄISIERUNGSPROZESS

Bereits in Bezug auf die später anzuwendende Methode der Diskursanalyse (wie besonders in Kapitel 3.2 zur Wahl der Methodik erläutert), erklärt sich die Relevanz und Rolle von Akteuren im Europäisierungsprozess durch die konstruktivistische Herangehensweise, das Entstehen *Europas* würde ganz wesentlich von Akteuren, Institutionen und den durch diese entstehenden diskursiven Praktiken vollzogen (vgl. Moisio 2012: 744). Akteure selbst können hierbei das Interesse von Analysen sein – jedoch auch ihre Diskurse wie jene Policies, welche sie dadurch beeinflussen.

Zu den Akteuren im Kontext des Europäisierungsprozesses selbst ist zu sagen, dass es einerseits relevant und wichtig ist, in welchem institutionellen bzw. strukturellen Netzwerk sie sich bewegen (die Art des politischen Systems oder entsprechende politische Kultur wären hier als Beispiele zu nennen), als auch, welche Intentionen und Präferenzen diese in jenem Netzwerk an den Tag legen. Dies ist beim Prozess der europäischen Integration besonders wichtig, „since policy change depends as well upon how readily principal policy actors and / or the public are able to countenance reform in cases where EU policy is likely to reverse national policy legacies.“ (Schmidt / Radaelli 2006: 187) Dies bedeutet jedoch nicht nur, dass Akteure einen wesentlichen Einfluss auf den Prozess der Gesetzesumsetzung von europäischer auf nationale bzw. subnationale Ebene haben – ein Prozess, der im Allgemeinen als *spatial planning* bezeichnet wird⁶ – sondern, viel fundamentaler, nehmen diese weit vor den juristischen und politischen Umsetzungen des Gesetzes den Prozess des Agenda-Settings vor – de facto bestimmen sie darüber, ob in einem politischen Bereich ein Problem vorliegt bzw. inwiefern hier Änderungsbedarf angebracht ist. Man hat also eine “analysis of the EU as a power configuration in which different actors, public as well as private ones, intervene in the definition of what constitutes a public problem.“ (Saurugger 2009: 941) Dies zieht häufig das Paradoxon nach sich, dass bestimmte Akteure in einem politischen Feld einen Konflikt nicht als solchen wahrnehmen, andere Akteure im selben Feld diesen jedoch als *public problem* definieren.

Bezug nehmend auf den *policy change*, zu welchem Aktionen von Akteuren führen können, ist im Bereich der Europäisierung abermals der starke Zusammenhang zwischen den Akteurshandlungen und ihrer institutionellen Umwelt hervorzuheben. Er führt dazu, dass politische Inhalte selbst dann verändert werden können, wenn Akteurspräferenzen im Gegensatz zu EU-Politiken stehen: „[t]his depends upon countries’ political institutional capacity to act, even if the policy changes reverse policy

⁶ Zur genaueren Definition und Erklärung des Begriffs sowie der entsprechenden literarischen Diskussion: siehe Kapitel 2.3.2.c.

legacies and preferences. This factor encompasses the political interactions – based on party politics, elections, interest coalitions and the like – as they play themselves out within different institutional settings, and constitute actors’ ‘problem-solving capacity’. (Schmidt / Radaelli 2006: 188) Im Kontext eines spezifischen Konflikts kann sich die Gewichtung dieser aufgezählten Aspekte verschieben, grundsätzlich sind sie jedoch alle im Zuge der empirischen Untersuchung zu berücksichtigen, ebenso wie unterschiedliche Arten von Akteuren.

Nicht zuletzt liegt ein starker Fokus auf den diskursiven Praktiken und Frames⁷ von Akteuren, welche vereinfacht als deren (verbale) Instrumente zur Interessensdarstellung und -formierung bzw. Sicht auf die Welt an sich gesehen werden können. Interessen, Aktionen, Ideen und Narrative hängen hier stark zusammen: “[...] ideas [constitute] the policy narratives, discourses and Frames of reference which serve to (re)construct actors’ understandings of interests and redirect their actions within institutions.” Der sich daraus ergebende Diskurs jener Akteure, die den *policy change* einer gewissen Politik vorantreiben, „may of course be influenced by the ideational entrepreneurs and discursive communities and coalitions of which they may also be members” (ebd.: 195f.). In Bezug auf Frames führt Radaelli diese – nebst dem Aspekt der Veränderung durch europäischen Druck oder den Bezug auf Europa – als wesentlichen Aspekt für die Erkennung von Europäisierung an; in diesem Falle wird die EU zu einem „cognitive and normative Frame, and provides orientation to the logics of meaning and action“ – kurz: Sie verändert das komplette Weltbild involvierter Akteure (Radaelli 2004: 11).

In Bezug auf die entsprechende Empirie dieser Arbeit ist also in diesem speziellen Analysepunkt zu untersuchen, inwieweit die Europäische Union von (europäisierten) Akteuren tatsächlich als Institution gesehen wird, um sie als Handlungsebene für erweiterte Konfliktlösungskompetenz und -optionen zu nutzen und als solche auch als legitim zu erkennen.

2.3.1.b EUROPÄISIERUNG POLITISCHER PARTEIEN, SOZIALER BEWEGUNGEN, ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN UND EXTREMISTISCHER GRUPPIERUNGEN

Natürlich sind auch Interessensrepräsentationen dem Prozess der Europäisierung unterzogen; hierzu zählen nicht nur die konventionellen, im elektoralen System befindlichen politischen Parteien, sondern natürlich auch soziale Bewegungen, welche sich häufig durch Protest und Demonstrationen äußern, zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in unserem Falle auch auf kommunaler Ebene bilden, und extremistische Gruppierungen, die sich oft am Rande des juristisch legalen Spektrums bewegen. Akteure all dieser Arten sind bei der Analyse des modernen Nordirlandkonflikts als wichtig und entscheidend zu identifizieren. Folgend sollen überblicksmäßig theoretische Grundlagen dieser Akteure dargelegt werden, besonders in Bezug auf ihre politischen Inhalte und Verhaltensweisen im Kontext der Europäisierung. Bedenken wir die bereits am Anfang der Arbeit angesprochene Definition

⁷ Zur genaueren Definition und wissenschaftstheoretischen Interpretation des ‚frame‘-Begriffs, siehe Kapitel 3.2.

von Europäisierung durch Radaelli, welcher besonders auf Denk- und Handelsweisen von Akteuren Bezug nahm, so wird klar, warum es unbedingt nötig ist, bei einem komplexen Prozess wie dem der Europäisierung Akteure unterschiedlicher Art – auch außerhalb politischer Eliten – in der Analyse zu berücksichtigen: “His [Radaelli’s, Anm.] definition stresses the importance of change in the logic of behaviour, but does not mention organizations per se. Nevertheless, the definition accommodates both organizations and individuals.” Der Fokus liegt “on the adaptive response by actors to a changed or changing environment, in particular, the primary environment or arena which has most direct impact on resources, system or organization maintenance, etc.” (Ladrech 2002: 392).

Bei *politischen Parteien* liegt ein äußerst komplexes Aufeinandertreffen unterschiedlicher Faktoren vor, welche einerseits nationale, andererseits europäische politische Strukturen und Eigenheiten zu berücksichtigen haben: “There is therefore a connection between the two phenomena, that is, the change and adaptation of national institutions and styles of policy-making and issue agendas by virtue of EU inputs, and the ability of political parties to pursue their traditional functions of representation, legislation and government formation” (Ladrech 2002: 390) Eine Folge davon zeigt sich in der Aushöhlung des nationalen Parteienwettbewerbs, da ein gewisser Grundkonsens unter jenen Parteien erreicht wird, welche sich an einer möglichen Regierung beteiligen wollen, eine zweite darin, dass “by taking Europe itself out of national competition, and by working within a supranational structure that clearly lacks democratic accountability, party and political leaderships do little to counteract the notion of the irrelevance of conventional politics.” (Mair 2000: 48f.) Dadurch, dass kaum Ressourcen von europäischer Seite für nationale politische Parteien freigemacht werden können, besteht weiters kaum Anreiz für eben diese, sich auf europäischer Ebene einzubringen – sehr gewichtig ist hierbei auch der Aspekt, dass das Europäische Parlament als Ansammlung von Parteien kaum als “extra-national space or environment of consequence“ verwenden lassen kann, da „the European Parliament has neither the mandate nor the composition to intrude upon national circumstances.“ (Ladrech 2002: 395). Im Zuge eines nationalen oder subnationalen Konflikts muss diese fehlende Aktionsmöglichkeit des Europäischen Parlaments als möglicher Grund für fehlende Interaktionen zwischen (sub-)nationaler und europäischer Ebene mitgedacht werden. Besonders relevant für die Forschungsfragen dieser Masterarbeit ist die von Ladrech erwähnte Veränderung des „policy / programmatic content“ als eine der fünf Arten der Veränderung politischer Parteien (vgl. ebd.: 396). Diese rückt innerparteiliche Veränderungen durch eine erhöhte Expertise europäischer Politik und die Involvierung der europäischen Dimension in parteipolitische Stellungnahmen zu nationalen Politiken in den Mittelpunkt, ebenso die Kooperation zu transnationalen europäischen Organisationen. Generell kann gesagt werden, dass “policy and programmatic references to the role of the EU as a factor in domestic policy pursuits will become more sophisticated over time, as recognition of the impact of the EU becomes clearer, and strategies proposed for the EU develop.“ Die Berücksichtigung und Analyse dieser inhaltlichen politischen Aspekte von Parteipolitik ist unverzichtbar, bedenkt man den

theoretischen Hintergrund des soziologischen Neoinstitutionalismus der vorliegenden Arbeit. Bei der Klassifikation nationaler Parteien in Bezug auf den Prozess der Europäisierung, kann eine deutliche Konfliktlinie zwischen (tendenziell) euroskeptischen und pro-europäischen Parteien – als mögliche Alternative wird hier auch die Bezeichnung “populistische” und “anti-populistische” Politiken angeboten – gezogen werden. Neumayer und Perottino erwähnen hierbei die Wichtigkeit, ideologische und strategische Aspekte zu verbinden, indem „European issues in political competitions“ analysiert werden, stets berücksichtigend, dass die entsprechenden Parteienideologien „[are] created through inter- and intra-party competitions, by political actors seeking to differentiate themselves from their rivals in order to gain political capital, i.e. legitimacy and voters’ support“. Wie auch Ladrech, heben die Autoren den Regierungswillen von Parteien hervor, der zur Reduktion von Kritik an der Europäischen Union führt: „Euroseptic political organisations are stigmatised as ‚populist‘.“ (Neumayer und Perottino 2008: 4f.) Schlägt man nun die Brücke zu dem oben angesprochenen Aspekt des Extremismus, so stößt man auf ein Paradoxon, dem sich extremistische Parteien bei der Eingliederung in transnationale europäische Netzwerke stellen müssen: „On the one hand, extremist parties badly need the resources available at the European level, such as the affiliations to transnational political groups, as a sign of recognition by foreign parties and a source of legitimacy. Yet these affiliations can also be a further source of stigmatisation. On the other hand, the rise of Euroseptic parties increases the benefits of participation in European electoral games for extremist parties – opponents to European integration thus compete for positions in the European Parliament where they can score well and get media attention.“ (ebd.: 5). Spätestens hier jedoch ist auf ein Phänomen aufmerksam zu machen, das besonders im Falle des nordirischen politischen Systems auftritt: dem des Abstentionismus. Beim Abstentionismus handelt es sich um das Verhalten einer Organisation bzw. wahlwerbenden Partei, zwar Mandate bei einer Wahl zu erringen, diese aber aus Protest gegen das politische System nicht anzunehmen. Auf Akteure, die den Abstentionismus aktiv ausüben, trifft die oben beschriebene Definition nur zum Teil zu, da sie durch die fehlende Annahme von Mandaten weder auf Anerkennung noch Legitimität inner- und außerhalb des politischen Systems angewiesen sind, dieses jedoch dennoch stark beeinflussen können. Berücksichtigend, dass die Europäisierung von extremistischen Akteuren “the result of social or political processes which are specific to each country” (ebd.: 2) ist, sind diese Strukturen jedoch im Zuge der empirischen Analyse eingehender zu untersuchen.

Wie verhält es sich nun mit *sozialen Bewegungen*? Extremistische Akteure besitzen – besonders in ihren Darstellungsformen wie Protesten oder aktionistischen Projekten, aber auch einer konfliktreichen Umgebung und einer durch klar definierte Gegenspieler gebildeten Identität (vgl. Della Porta 2011: 6) – wesentliche Charakteristika sozialer Bewegungen, besonders, wenn sie nicht parteipolitisch organisiert sind. Ein wesentlicher Unterschied könnte in der Charakterisierung als Gruppe liegen, welche *collective actors* involviert. Inwiefern die Akteure des modernen

Nordirlandkonflikts explizit als soziale Bewegungen zu klassifizieren sind oder bloß Charakteristika dieser besitzen, soll im Zuge der empirischen Analyse abgehandelt werden. Soziale Bewegungen – auf (sub-)nationaler Ebene häufig die nicht-elektorale Opposition konventionelle Parteienpolitik – und der Prozess der Europäisierung kann tatsächlich als eine Art Symbiose gesehen werden: „The European level can be seen as an additional lever for movement organizations, offering channels of access (or at least *voice*) to those actors that are weaker at home.“ Sie können wesentlich zur Transparenz von EU-Politiken beitragen (ebd.: 12f.) – dies gilt sowohl für pro-europäische wie europakritische soziale Bewegungen. Sind soziale Bewegungen oft gezwungen, sich in ein Konzept der *multilevel governance* der Europäischen Union einzuordnen, so kann dieser Prozess der Europäisierung für sie Restriktion wie auch Möglichkeitserweiterung beinhalten, nicht zuletzt durch entsprechende transnationale Vernetzung (vgl. ebd.: 13ff.). Häufig entscheidend für die Involvierung sozialer Bewegungen auf europäischer Ebene ist – neben entsprechenden ideologischen Hürden – oft auch eine ressourcenbezogene Frage (vgl. ebd.: 8). In jedem Fall stellt Della Porta bei ihren Analysen fest, dass „[e]ven when remaining within their domestic public spheres, social movements increasingly acknowledge the impact of European institutions.“ Denn selbst nationale Proteste gegen von der EU indizierte Politiken „show a potential for transnationalization of protest and the emergence of a transnational public sphere“, welche in europaweiten Netzwerken und europäischen Identitäten münden kann (ebd.: 79ff.) – wobei abermals die Verbindung zu den dieser Masterarbeit zugrundeliegenden Forschungsfragen aufgezeigt werden kann. Außerdem liegt auch hier ein bereits in Kapitel 2.1.2 erwähntes Phänomen vor, nämlich das Umgehen der nationalen Ebene (nicht zuletzt basierend auf transnationalen Netzwerken) durch Bezug auf die europäische Ebene – was wiederum zu indirektem Druck auf den entsprechenden Nationalstaat sorgen kann (vgl. Monforte 2014).

Weiters sollen *polizeiliche Strukturen* in den Blick genommen werden. Die Polizei als Institution der Durchsetzung staatlicher Politiken ist im Kontext eines Konflikts eine nicht zu vernachlässigende Körperschaft. Bei der Europäisierung der Institution Polizei ist die historische Entwicklung polizeilicher Zusammenarbeit in Europa zu berücksichtigen. Insbesondere durch den am 1. Mai 1999 in Kraft getretenen Vertrag von Amsterdam von 1997 wurden Bereiche der inneren Sicherheit (z.B. Asylpolitik, Einwanderungspolitik und polizeiliche Zusammenarbeit in bei der Bekämpfung von Drogenkriminalität und Terrorismus) vergemeinschaftet (Van Ooyen / Möllers 2006: 3f.). Konkret kann die Europäisierung von Polizei definiert werden als ein „Prozess der sukzessiven Verdichtung von Sicherheitsfragen und Standards, der den gemeinsamen Raum der Sicherheit und Freiheit als eine neue politische Dimension erscheinen lässt.“ Dies bedeutet also, dass eine „Vernetzung der Sicherheitsstrukturen in einer die EU-Mitgliedstaaten überziehenden Sicherheitsarchitektur“ kreiert wird. (Nitschke 2008: 17) Trotz des Umstands, dass polizeiliche Zusammenarbeit als ‚dritte Säule‘ des europäischen politischen Modells immer noch stark auf intergouvernementaler Zusammenarbeit statt transnationaler Durchführung beruht, sieht Nitschke die Herausbildung eines eigenen ‚europäischen

Polizeiregimes‘ durchaus gegeben, das als „supranationales Sicherheitsregime der EU kontinuierlich wächst“, durch „Verschmelzung der Sicherheitssysteme“ und ein Netz an „Sicherheitsstandards [auf] bilateraler oder multilateraler Ebene“ durchaus im Entstehen begriffen sein kann (ebd.: 20). Genau diese angesprochene polizeiliche Kooperation als Vorbedingung einer ‚europäisierten‘ Exekutive – wenn Europäisierung in diesem Kontext auch eher als bottom-up- statt eines top-down-Prozesses begriffen werden muss – kann z.B. an Interpol (in diesem Falle ein völkerrechtliches Organ) und dessen „Technisches Komitee für die Zusammenarbeit in Europa“ veranschaulicht werden (vgl. Fehérváry 2011: 43). Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich, nebst der Veränderung entsprechender koordinativer Prozesse zur Verbrechensbekämpfung, Fragen, welche gleichsam soziale wie politische Institutionen zur Steuerung und zum Aufbau polizeilicher Strukturen betrifft. So führt Fehérváry beispielsweise die Frage nach dem Zusammenhang zwischen polizeilicher Kooperation und einer „Realisierung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, der Lösung sozialer Probleme und einer möglichen „Annäherung polizeilicher Handlungsbedingungen“ (ebd.: 68f.) an. Unter Berücksichtigung der bestehenden Forschungsfragen und dem Fokus der Arbeit auf ein konfliktuelles Politikfeld, soll im Zuge der empirischen Durchführung besonders der zweite angeführt Aspekt, nämlich jeder der Konfliktlösung durch eine ‚europäisierte‘ regionale Polizei, berücksichtigt werden. Das Vertrauen der lokalen Bevölkerung in die Aktionen und Pläne der Polizei ist hierbei von entscheidender Relevanz, denn die Europäisierung der Polizei könne nur dann fortschreiten, wenn „die demokratischen Grundwerte und Rahmenbedingungen in allen europäischen Ländern strikt befolgt werden und der europäischen Werteordnung entsprochen wird, die u.a. von Toleranz, Weltoffenheit, Fairness, Vertrauen und Gastfreundschaft geprägt ist“, was ebenso die ernsthafte Behandlung von Ängsten in Kritik der Bevölkerung im Bereich der Kriminalität voraussetzt (Fehérváry 2011: 78). Die strukturelle Ebene der Europäisierung wird insofern ergänzt durch eine inhaltliche Ebene, als dass Informationen und Fahndungsdaten europaweit verteilt und genutzt werden können (Behr 2011: 104).

Als letzter Aspekt soll ein Blick auf *zivilgesellschaftliche Organisationen* geworden werden, wie sie vor allem im Vermittlungsprozess zwischen Communities im Nordirlandkonflikt gefunden werden können. Auch hier gibt es einen deutlichen Hinweis auf die Chance, welche die europäische Ebene in politischen Belangen für nationale Akteure bietet. So beschreibt Crepaz das von Keck und Sikkink 1998 ausgearbeitete „boomerang model“ folgendermaßen: “[C]ivil society actors may voice their concerns at the supra-national level, and as a result gain financial or other assistance for the realization of their claims at the domestic level, following a process-oriented approach, and benefitting from the two-dimensional nature of Europeanization.” (Crepaz 2014: 77) Hierdurch bietet sich zu guter Letzt sogar die Möglichkeit, Erfahrung, die auf unterschiedlicher Ebene gemacht wurde, „upzuloaden“. Dieser Aspekt öffnet jedoch abermals die – auch in dieser Masterarbeit angesprochene – Frage einer „europäisierten“ (Zivil-)Gesellschaft, die nicht zwingend an das konventionelle Modell des Nationalstaates gebunden ist: „[...] an active civil society and cultural sector have opened up ways of

collaboration on and fostering the minority culture. An “upload” of ideas occurs in the form of discussion and trans-national connections, but “download” channels are blocked due to the nation-state exerting its authority on the matter and maintaining its gatekeeper function.” (ebd.: 88) Dieser zivilgesellschaftliche Partizipationsprozess ist nicht nur entscheidend für Sozialisations- und Lernprozesse sub- und transnationaler sowie nationaler Politiken, sondern auch für den Europäisierungsprozess per se (siehe hierzu Kapitel 2.3.2.b bzw. generell Checkel (1999) sowie Checkel (2007)) – und in weiterer Folge auch für eine erweiterte Konfliktlösungskompetenz im Zuge eines Konflikts.⁸

Zu Ende dieser knappen Übersicht über die Europäisierung unterschiedlicher Akteursarten sei jedoch darauf hingewiesen, dass – egal in welcher Form politische Akteure analysiert werden – der Prozess der Europäisierung für politische Akteure generell zu jeder Zeit eine Frage mehr oder weniger tiefer ideologischer und inhaltlicher Änderungen bedeutet, welche besonders in politischen Konflikten eine höchst sensible und komplexe Tatsache darstellen. Charlambous erklärt diese Komplexität anhand seiner Analyse der Europäisierung der griechischen kommunistischen Partei: „It is, therefore, crucial to note that an ideological change on the issue of Europe is not a simple circumstantial shift in policy rhetoric; it is accompanied by deeper ideological changes that touch upon the very identity of Marxism-Leninism.“ (Charlambous 2007: 13)

2.3.1.C DIE ROLLE (FEHLENDER) MODERATOREN IM MODERNEN NORDIRLANDKONFLIKT

Nach der Aufzählung und ersten Analyse jener Akteursarten, welche in der folgenden Masterarbeit als Konfliktparteien gefunden werden können, stellt sich ebenfalls die Frage nach einer vermittelnden Stelle, welche als Moderator (und gleichsam Konfliktdämpfer) zwischen den Konfliktseiten zu erkennen ist und dort innerhalb des Konflikts Präventionsarbeit leistet.

Als theoretische Grundlage für die Konzeption eines solchen Vermittlers bietet sich wohl Paul A. Sabatiers Konzept des *Policy-Vermittlers* an (Sabatier 1993: 121). Auch unter *policy broker* bekannt, moderiert dieser Akteur zwischen konkurrierenden Politikinhalt und -seiten (von Sabatier als „Koalitionen“ bezeichnet). Idealerweise ist der Vermittler, der nicht primär daran interessiert ist, eigene Inhalte durchzusetzen, in der Lage, gemeinsame Politiken zwischen den Seiten zustande zu bringen. Besonders wichtig hierbei ist, dass „[p]olicy brokers are usually trusted by both coalitions and have some decision making authority.“ (Weible / Sabatier 2007: 128). Abseits der generellen Anerkennung jedoch gibt es für den *broker* keine Einschränkungen – er kann aus dem Konfliktfeld selbst stammen oder ein externer Akteur sein.

⁸ Als weiterführende Literatur zu diesem Text sei Barbara Finkes Text „Civil society participation in EU governance“ (2007) empfohlen, der detailliert auf diesen äußerst relevanten Aspekt der zivilgesellschaftlichen Partizipation im europäischen Kontext eingeht.

In Bezug auf den historischen Nordirlandkonflikt können ab und an Personen identifiziert werden, welche sich als Vermittler in den Konflikt einbrachten. Das berühmteste Beispiel stellt hierbei der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Bill Clinton dar, unter dessen Intervention 1998 einer der wichtigsten Friedensverträge Nordirlands – das Karfreitagsabkommen – unterzeichnet wurde⁹. Ein weiterer Vermittlungsversuch der jüngeren nordirischen Geschichte wurde von dem US-amerikanischen Diplomaten Richard N. Haass 2013 unternommen, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, was jedoch keine positiven Ergebnisse nach sich zog.

Abseits dieser Beispiele jedoch ist im Nordirland der Jahre 2015 und 2016 kein Akteur zu identifizieren, welcher in der Lage wäre, längerfristig erfolgreich zwischen den Konfliktkoalitionen zu vermitteln. Wurde vor 2013 noch relativ häufig die überkonfessionelle *Alliance Party* als Moderator genannt, so wurde sie jedoch infolge einer Gesetzesänderung zur Präsenz des *Union Jack* am Rathaus von Belfast zum Zentrum einer stark negativ besetzten Politisierungskampagne der unionistischen Konfliktkoalition. Durch schwindende Stimmenanteile bei Wahlen gelingt es der Partei seit den letzten zwei Jahren weniger häufig, sich entscheidend bei Ausschüssen und politischen Entscheidungen rund um Problematiken des modernen Konflikts (wie die Errichtung von Bezirken trennenden Mauern in Belfast oder ein nach Konfessionen getrenntes Wohn- und Bildungssystem) einzubringen, weshalb es problematisch ist, sie als momentanen Akteur zu bezeichnen, welcher die Möglichkeit für eine langfristige Vermittlungstätigkeit hätte. (vgl. Moritz 2014) Weiters ist die *Alliance Party* im ausgewählten Forschungsfeld, der Stadt Derry bzw. Londonderry (also dem entsprechenden *City Council*, dem Stadtrat) nicht vertreten.

Wie soll dieses Dilemma eines fehlenden Vermittlers im Kontext eines Konflikts dann jedoch gelöst werden? Wie die Studie von Coppieters et al. (2004) klar zeigt, gelang es der Europäischen Union als Akteur in mehreren Fällen (inter-)staatlicher Konflikte der letzten Jahre, erfolgreich einen Konsens zwischen den Konfliktparteien zu erreichen, so beispielsweise im Falle des Zypernkonflikts oder der Problematik zwischen Moldawien und Transnistrien. Was würde nun also für eine Europäische Union als Vermittler zwischen den nordirischen Fronten sprechen?

Tatsächlich unternahm die Europäische Kommission für Menschenrechte bereits 1980 einen Versuch, während des damals in einem nordirischen Hochsicherheitsgefängnis durchgeführten Hungerstreiks republikanischer Gefangener zu vermitteln. So wurde versucht, „to arrange for an intervention by the European Commission for Human Rights. The European Commission had been involved in the H-Block issue before, although in completely different circumstances. The commission was established to monitor and act under the European Convention on Human Rights [...]“ (Beresford 1987: 89) Hatte die Kommission 1980 bereits die britische Interventionspolitik in der Region gerügt, kam eine

⁹ Zur genaueren Analyse der Rolle Clintons für das historische Abkommen sei verwiesen auf Hazleton (2000).

entsprechende Intervention ihrerseits jedoch aufgrund von Uneinigkeit zwischen ihren Gesandten und den Forderungen von Seiten der Hungerstreikenden nie zustande. (vgl. ebd.) Eine solche Intervention von Seiten der EU konnte in den Folgejahren nicht mehr beobachtet werden; viel mehr verlagerte sich das Engagement auf die Ebene finanzieller Förderung von Friedensprogrammen (ein Überblick über die Entwicklung lässt sich in Kapitel 1 finden). Bestätigend äußerte sich der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU in einer Veröffentlichung von 2008 mit folgenden Worten zur Rolle der EU im Zuge des Friedenprozesses in Nordirland, die er zwar als äußerst relevant hervorhob, jedoch auch vermerkte: „Die Rolle, die die EU im nordirischen Friedensprozess gespielt hat, war und ist einmalig in ihrer Geschichte. Dass die Unterstützung der EU für diesen Prozess relativ unbemerkt geblieben ist, zeigt die Richtigkeit ihres Vorgehens. Nie hat sie versucht, sich in Situationen einzumischen, auf die sie keinen Einfluss haben konnte, oder unüberbrückbare Gegensätze zu übertünchen. Die Friedensstiftungsmethode der EU beruhte auf der langfristigen Bereitstellung erheblicher Finanzmittel, einer strategischen Planung und Ausführung, einer grundsätzlichen Beachtung der Sozialpartnerschaft und des Subsidiaritätsprinzips sowie einer Konsultation aller Betroffenen vor Ort, die in keinem Stadium ausgelassen wurde.“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2008: 2) Besonders interessant ist hier das Prinzip der Subsidiarität, das explizit erwähnt wird. Es zeigt auf die Kompetenz der Regionen, welche von der Europäischen Union nicht übernommen werden dürfen.

Als Zwischenfazit ist folgendes zu vermerken: Wie bereits in Kapitel 2.1.2 angemerkt, jedoch auch im Laufe der vorliegenden Arbeit regelmäßig diskutiert wird, so ist es die Eigenart des Prozesses der Europäisierung, Regionen im Zuge des politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozesses nicht nur zusätzliche Kompetenzen zuzuteilen, sondern die supranationale europäische Ebene auch als weitere Entscheidungsebene abseits nationalstaatlicher Entscheidungsgremien anzubieten, was besonders für regionale Interessen häufig attraktiv erscheint. Dasselbe gilt jedoch für Konfliktlösungsprozesse – so erklären Noutcheva et al. zum Konfliktmanagement der EU: „It can provide a framework for resolving the constitutional dilemmas related to secessionist crises, and / or it can act directly as a mediator or indirectly by supporting mediation efforts between the parties involved in the conflict. [...] ” (Noutcheva et al. 2004: 6) Inwiefern dies die Positionen der Konfliktparteien ändert, ist abhängig davon, „how much they value the incentives offered by the EU“, der entsprechende Erfolg von Lernen und Sozialisation „will then depend on how well the conflict solutions offered or promoted by the EU resonate with domestic political visions and conflict solutions.“ (ebd.: 13f.). Was jedoch ganz wesentlich klarzustellen ist: Die EU kann in einem Konflikt als Mediator einerseits in Form eines Akteurs, jedoch auch in Form eines Frameworks, das bereitgestellt wird, agieren und auf die Konfliktlösung einwirken. Im Zuge der empirischen Analyse soll daher nicht nur analysiert werden, ob es erkennbare Tendenzen gibt, welche die EU – in welcher Form auch immer – als Mediator erkennen lassen. Sollte dies zutreffen, ist herauszufinden, welches Auftreten bzw. welche Form als günstiger von (sub-)nationalen Akteuren in Nordirland aufgefasst wird.

2.3.2 EUROPÄISIERUNG KOGNITIVER STRUKTUREN UND PUBLIC POLICY

Wurde im vorhergegangenen Kapitel auf definierbare und abgegrenzt strukturierte politische Akteure eingegangen, soll in diesem Kapitel die Europäisierung politischer Inhalte anhand diskursiver und legitimitätsbezogener Fragen abgehandelt und die Frage nach einer möglichen „sozialen Struktur“ der Europäischen Union, politischer Kultur und weiteren externen Faktoren als Einflussmöglichkeiten auf politisches Verhalten und Denken gestellt werden. Daraus folgende (und sich nicht zuletzt reproduzierende) latent-kognitive Gedankenstrukturen spielen hierbei, trotz ihrer nicht immer gegebenen öffentlichen Sichtbarkeit (wie auch von Radaelli (2000) erwähnt), eine relevante und das Konfliktfeld stark bestimmende Rolle.

2.3.2.A PUBLIC POLICY: DISKURSE UND EUROPÄISCHE LEGITIMITÄT

Dieses Unterkapitel soll einerseits die Phänomene *Diskurs* und *Legitimität* näher beleuchten und Begriffsdefinitionen vornehmen, andererseits unter Berücksichtigung der beschriebenen theoretischen Grundlage den Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten herstellen.

Diskurse über die Europäische Union werden immer noch – sogar im Wahlkampf zum Europäischen Parlament – zum Großteil über regionale und nationale Akteure bzw. in Kontexten mit (sub-)nationalen Maßstäben vorgenommen (hierzu z.B. Anderson 1998, in dessen Studie ein starker Zusammenhang zwischen nationalen (partei-)politischen Präferenzen und der Meinung zur EU nachgewiesen wurde). Es kann also festgestellt werden, dass Wahlen zum Europäischen Parlament „are not about Europe, as parties and the media treat them as mid-term national contests.“ (Follesdal / Hix 2006: 536). Dabei werden nicht nur Bilder der EU, sondern auch ihre Legitimität als Gesetzgeber geprägt. Die „Schaffung“ und Legitimierung der EU gegenüber politischen Akteuren und der Zivilgesellschaft ist zu betrachten, ehe nach der kognitiven Einbeziehung der europäischen Ebene in Bereichen wie Identität, Lernen oder Konfliktlösungskompetenz gefragt werden kann.

2.3.2.a.i Diskursive Kreation der Europäischen Union

Für Schmidt und Radaelli stellt Diskurs einen der *five main mediating factors* dar, um das Prinzip oder die Resultate von Europäisierung darzustellen; der Diskurs „serves to enhance capacity by altering perceptions of problems and legacies and by influencing preferences“ (Schmidt / Radaelli 2006: 186), was die Wahrscheinlichkeit einer Änderung für politische Inhalte (z.B. gegenüber Europäisierung) erhöht, wodurch Diskurs als ausschlaggebender Faktor für „policy learning“ gesehen werden kann (vgl. ebd.: 188f.), aber er dient auch „(to) bridge the gap between institutional and actor-centred analysis, that is, between structure and agency“, wodurch er politische Änderungen über eine bestimmte Zeitspanne deutlich macht (vgl. ebd.: 192). Er schließt den Kreis zum soziologischen Neoinstitutionalismus, indem er „new institutional structures“ darstellt, genauer „a set of ideas about

new rules, values and practices“ (ebd.). Diskurs ist also gleichsam Beschreibung wie Generierung von politischen Inhalten, Ideen und Identitäten bzw. deren Veränderung. Diese jedoch werden ausschließlich „in broader institutional contexts“, also einer Umgebung aus Institutionen und politischer Kultur (zu diesem Aspekt siehe besonders Kapitel 2.3.2.c), geformt, „defining the repertoire of acceptable (and expectable) actions“ (ebd.: 193). Auch dieses Prinzip der Anpassung an (gesellschaftliche) Rollenbilder und Erwartungen lässt sich in mehreren soziologischen wie auch sozial- und entwicklungspsychologischen Fragestellungen wiederfinden und wird in Kapitel 2.3.2.b.ii besonders für die Analyse zivilgesellschaftlicher Strukturen relevant sein. Aber auch klassische politische Akteure wie Parteien oder Interessensorganisationen bestärken ihr gemeinsames Auftreten durch gemeinsamen Diskurs bzw. gemeinsame Ideensätze, was Haas beispielsweise als „epistemic communities“ beschrieb (vgl. Haas 1992). Im politischen Prozess des Verhandelns und der Entwicklung von Politiken zwischen solchen (homogenen) politischen Akteuren spielt Diskurs und dessen Durchsetzungskraft infolgedessen insofern eine Rolle, „that the discourse does better if it contains cognitive arguments that demonstrate the policy programme’s relevance, applicability and coherence“ (Schmidt / Radaelli 2006: 201).

Radaelli spricht im Falle der Kategorisierung von Diskursen zur Europäischen Union von *general discourse on Europe* und *specific discourse on public policies* (Radaelli 2000: 13). Während letzterer auf spezielle politische Inhalte abzielt (ebd.), wird es in der Arbeit explizit um das Bild der EU per se gehen, daher wird auf die von Radaelli definierte erste Art des Diskurses fokussiert. Der Diskurs, der um die EU oder spezifische Politiken z.B. in Form von Narrativen geführt wird, trägt auch wesentlich dazu bei, in welchem Licht bzw. mit welchem Grad von Legitimität die Europäische Union und ihre Politiken gesehen werden, genauer soll dies jedoch im nächsten Kapitel diskutiert werden. Diskurs transportiert politische Inhalte und Intentionen, wodurch z.B. die Betrachtung der Europäischen Union durch (sub-)nationale Akteure im Kontext der Nachricht „European governance is something ‘out there‘“ (Diez 2006: 422) nicht nur zu einem Satz, sondern zu einem Analyseaspekt wird, der danach fragt, wie „die Europäische Union“ für welche Zielgruppen dargestellt wird. Das Bild der EU gegenüber politischen Akteuren ist äußerst relevant, denn „the problem is less to do with different attitudes towards Europe, but with the concept of ‘Europe’ itself“ (ebd.: 425). Demnach ist in einer Analyse nach der Beziehung zwischen der EU, (sub-)nationalen Akteuren und der Zivilgesellschaft nicht nur danach zu fragen, mit welcher Definition die Europäische Union ausgestattet wird bzw. welche Erwartungen es an ihre Politiken gibt, sondern auch, welche politische Interessen durch welche politischen Akteure wirken, um eben jene Definition vorzunehmen.

Im Hinblick auf die Forschungsfragen dieser Masterarbeit ist zu diesem Unterkapitel festzustellen, dass es zwar sehr unterschiedliche Bilder und Diskurse über die EU gibt, jedoch muss analysiert werden, ob es einen „kleinsten gemeinsamen Nenner im EU-Diskurs“ gibt, welcher in seinen Inhalten

und Aspekten in Bezug auf die EU Gleichheiten in den Argumentationen von Kritikern und Befürwortern der Europäischen Union aufweist.

2.3.2.a.ii Europäische Legitimität im Vergleich zum nationalstaatlichen Gewaltmonopol

Wie im vorigen Kapitel dargelegt, sind Diskurse also Analyseobjekte sowie sehr entscheidende Werkzeuge der politischen Rhetorik und somit auch des Aufeinandertreffens von Interessen im politischen Entscheidungsprozess. In Bezug auf das dominante Thema dieser Masterarbeit, Europäisierung und die Europäische Union als Institution, ist – in Anlehnung an Peters‘ Definition einer Institution – in diesem Kontext besonders die Frage der Akzeptanz gegenüber der EU als legitimem Gesetzgeber und Entscheidungsautorität relevant. Besonders durch Diskurse lässt sich die Sicht klassischer politischer Akteure auf die EU – zum Beispiel in Bezug auf die Frage, wie viel Kompetenz und Legitimation dieser zugebilligt wird – erkennen. Diese Diskurse variieren hierbei stark, abhängig von Parteienzugehörigkeit und / oder nationaler politischer Kultur. So sprach beispielsweise Marine Le Pen, Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei *Front National* nach der Wahl zum Europäischen Parlament im Frühling 2014 davon, die EU zu „zerstören“ (dpa 2014). Der frühere Europaabgeordnete Andreas Mölzer, Mitglied der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs*, verglich die EU mit dem Dritten Reich folgendermaßen: „Es ist wirklich so, dass die Europäische Union, so wie sie sich jetzt entwickelt, zu einer politisch korrekten Bürokratur wird, zu einer paternalistischen Diktatur, die den Menschen alles vorschreibt, die im Inneren eine Reglementierungsdynamik entwickelt, wo die alte Sowjetunion oder auch das Dritte Reich wahrscheinlich harmlos und liberal fast, möchte ich sagen, auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt missverstanden werde, waren. Weil es sicher nicht so viele Regeln und Vorschriften, Gebote und Verbote gegeben hat wie heute in der EU.“ (apa 2014) Im Gegensatz dazu hob Othmar Karas, im Wahlkampf zum Europäischen Parlament 2014 Spitzenkandidat der konservativen *Österreichischen Volkspartei*, das Prinzip der Europäischen Union als „In Vielfalt geeint“ hervor und sprach sich explizit gegen innenpolitische Motive bei europäischen Wahlen und Entscheidungen aus (vgl. Seidl 2014). Dasselbe Argument griff auch die Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen, Ska Keller, im Wahlkampf zum Europäischen Parlament 2014 auf sprach davon, die EU müsse „oft als Schwarzer Peter für unliebsame, aber gemeinsam getroffene Entscheidungen herhalten“ (Kurier 2014).

Das Bild, in welchem die Europäische Union gemalt wird, ist unter PolitikerInnen und BürgerInnen ebenso vielfältig und oft auch konträr, wie die gewünschten Kompetenzen und Möglichkeiten zur Durchsetzung von Gesetzen, welche ihr zugesprochen werden sollen. Unter der Berücksichtigung, dass es in den letzten Jahrhunderten traditionell die Rolle des Staates war, Gesetze zu beschließen bzw. deren Einhaltung zu exekutieren, ist der Skeptizismus gegenüber einer außerstaatlichen Gesetzgebung logisch zu erklären und erhält durch die oben angeführten beispielhaften politischen

Erklärungen „der EU“, die dem eigenen Staat sogar feindlich gesinnt sein könnte, eine relativ drastische Darstellung, die eine mögliche Legitimität der EU und ihrer Gesetze im extremsten Falle sogar ausschließt. Diesen Fokus aus den Staat findet man bereits in der Weber'schen Definition von staatlicher Gewalt (welche den Staat als jenes Gebiet bezeichnet, das „das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ und daher „ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ darstellt, was die Fügung der Beherrschten gegenüber der Autorität voraussetzt (Weber 1980: 821). Dieser Aspekt der Fügung ist hier besonders unter Beachtung der theoretischen Grundlage der Masterarbeit sehr relevant, da im Neoinstitutionalismus ganz wesentlich die Annahme institutionalisierter Regeln durch Akteure und Individuen erwähnt wird. In diesem Kontext kann die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols als eine solche Übernahme institutionalisierter Wertvorstellungen gesehen werden, die jedoch – wie in den obigen Zitaten veranschaulicht – gegenüber der Europäischen Union als nichtstaatlicher (dennoch machtpolitisch und juristisch nicht weniger relevanter) Akteur nur zum Teil gegeben ist.

Fuchs unterstützt dieses Argument des staatlichen Gewaltmonopols ebenfalls, spricht jedoch hierbei auch stark eine ökonomische Komponente an, da es der Staat ist, dem die „Zuweisung von [kollektiven] Gütern an die Gesellschaft“ obliegt (Fuchs 1981: 210). Hier ist jedoch im Zuge der empirischen Analyse zu prüfen, ob eine supranationale Organisation nicht doch für jene eine legitime Option bieten, welche den Staat als demokratisch legitimierten politischen Akteur ablehnen, für welche die klassische Definition von Legitimität, also die „Überzeugung der Gewährleistung der Grundfreiheiten und von Gerechtigkeit durch das politische System“ (ebd.: 213) gegenüber dem Staat nicht gewährleistet ist. Dass die (Re-)Distribution von Gütern in Zeiten der Förderungen durch die EU bzw. Nettozahlern und -empfängern innerhalb dieser Organisation nicht mehr allein dem Nationalstaat obliegt, ist unbestritten – ist dies jedoch Grundlage genug für kollektiv verbindliche Entscheidungen, also die kollektive Annahme europäischer Gesetze und Wertevorstellungen?

Einen weiteren Punkt stellt die Debatte über das „Demokratiedefizit“ der EU dar, in welcher im Wesentlichen zwei Hauptstandpunkte erkannt werden können (vgl. Eilstrup-Sangiovanni 2006: 335f.): Die erste Ansicht geht davon aus, „that political outputs must be congruent with democratic inputs. Or, to put it differently, people affected by a policy should have a say in its formulation“, wobei differierende Ansichten über die Rolle politischer Kompetenzen herrschen, welche die Mitgliedstaaten oder EU-Institutionen wie das Parlament (unter Berücksichtigung direktdemokratischer Elemente für EU-BürgerInnen) als Kernakteure politischer Machtausübung und Legitimation sehen. Die zweite Seite vertritt hingegen die Meinung, „that it is improper to judge the democratic legitimacy of the EU by standards derived from national parliamentary democracy“, da „the EU is not underpinned by the existence of a 'demos' or people. It lacks the grounding in a common history, culture, discourse and

symbolism“, worin auch die wesentliche Differenz zu der Entscheidungsbefugnis und Legitimität nationaler Parlamente besteht. Diese zweite Position gegenüber dem Demokratiedefizit der EU schließt einerseits eine stärkere Entscheidungsteiligung und Problemlösungsfunktion technokratischer Akteure ein, setzt jedoch wie beschrieben das Fehlen einer "gesamteuropäischen Gesellschaft" voraus (die im nächsten Kapitel intensiver diskutiert werden soll). Dieses Argument wird begleitet von dem Aspekt eines fehlenden „European public space“, welcher dem Demokratiedefizit der EU entgegenkommen könnte (vgl. Rumford 2001: 211).

Zu ergründen ist jedoch, um die Beziehung zu dem Erkenntnisinteresse dieser Masterarbeit herzustellen, ob überhaupt von einem Prozess einer europäischen Institutionalisierung bzw. Sozialisation gesprochen werden kann, die – wenn auch innerhalb der EU unterschiedlich intensiv ausgebildet – den Blick auf die Europäische Union als legitimer gesetzgebender Akteur unter bestimmten Einflüssen entwickelt.

2.3.2.b KOGNITIVE STRUKTUREN: SOZIALES LERNEN UND SOZIALISATION

Haben wir uns im vorigen Unterkapitel genauer mit der sprachlichen und demokratietheoretischen Komponente von Europäisierung und dem, was die Europäische Union im öffentlichen politischen Leben ausmacht, auseinandergesetzt, so sollen auf den folgenden Seiten auf Strukturen und Prozesse fokussiert werden, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind oder sich erst über Jahre oder Jahrzehnte hinweg zu erkennen geben. Radaelli verbindet in seinen Ausführungen die theoretische Grundierung des soziologischen Neoinstitutionalismus sogar mit der Analyse kognitiver Prozesse, da Institutionen selbst von einem Netzwerk aus Vorstellungen und Weltanschauungen umgeben sind, Ansichten und Fragen von Legitimität selbst durch diese „structures of meaning“ reproduziert werden (Radaelli 2000: 12). Es handelt sich hierbei um zwei Kernaspekte der Masterarbeit, genauer der politischen Sozialisation (und einer sich möglicherweise daraus entwickelnden Identität) sowie der Vorgang des politischen bzw. sozialen Lernens. Wichtig ist hierbei, die diese zwei Prozesse im Kontext der Europäisierung zu verorten und ihre Relevanz für eine Problematik wie den Nordirlandkonflikt zu erkennen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Sozialisation als Vorbedingung von sozialem und politischem Lernen gesehen werden kann – oder umgekehrt (siehe zum ersten Prozess beispielsweise Checkel 1999, zum zweiten beispielsweise Checkel 2007) und sich diese beiden Prozesse daher nicht komplett voneinander trennen und unabhängig beschreiben lassen.

2.3.2.b.i Aspekte der Sozialisation und sozialer Identität aus interdisziplinärer Sicht

Das Konzept der Sozialisation kann als höchst interdisziplinäres Feld bezeichnet werden: Sehr gebräuchlich u.a. in der soziologischen und sozialpsychologischen Literatur¹⁰, hat es auch Eingang in

¹⁰ Beispiele hierfür sind George H. Meads Theorie der Identitätsbildung, Hurrelmanns Modelle der Sozialisation, die sozialpsychologische Lerntheorie oder die soziologische Handlungstheorie (ebenfalls u.a. durch Mead geprägt).

politikwissenschaftliche Fragestellungen gefunden¹¹. Zu berücksichtigen ist, dass der Fokus dieser Fragestellungen jedoch, abhängig von der entsprechenden Wissenschaft, durchaus different ist, wenngleich der thematische Kontext häufig der gleiche ist. Als Folge soll in diesem Kapitel unter anderem auch eine Abgrenzung der hier fokussierten politologischen Fragestellung gegenüber sozialpsychologischen Ansätzen unternommen werden.

In Anbetracht der theoretischen Grundlage der Masterarbeit soll auch bei der Begriffskonzeption der Sozialisation berücksichtigt werden. So erklären March und Olsen, dass “[w]hat is appropriate for a particular person in a particular situation is defined by political and social institutions and transmitted through socialization.” (March / Olsen 1989: 23). Checkel schreibt zum Thema Sozialisation, es sei “leading to interest redefinition and identity change. Actors are socialized into new norms and rules of appropriateness through processes of persuasion and social learning and redefine their interests and identities accordingly.” (Checkel 1999: 549) Diese Adaption sozialer Normen und als Folge der Vollzug eines Lernprozesses betrifft also nicht nur Individualpersonen, sondern auch in Organisationen gruppierte Akteure wie Parteien oder soziale Bewegungen. Der Prozess der Sozialisation geht einher mit der Adaption an eben jene Normen und Werte und wird häufig aufgrund von sogenannten „open policy windows“ angestoßen, welche eine neue Ebene an inhaltlichen Thematiken eröffnen (vgl. Checkel 1999: 552). Innerhalb der Europäisierungsforschung kann eine solche Änderung politischer Normen und Inhalte mit einem *misfit* verglichen werden, also einer Art Unvereinbarkeit zwischen europäischen und nationalstaatlichen policies, die es im Zuge des Lernprozesses anzupassen gilt. Natürlich sind policies – wie bereits durch Radaelli erklärt – nicht auf eine rein formelle, rechtliche Ebene zu beschränken, sondern können sich in informellen Strukturen, Wertvorstellungen und Strategien der entsprechenden Akteure – und nicht zuletzt kollektiven nationalen Identitäten (vgl. Börzel / Risse 2000: 5) – niederschlagen, welche durch europäischen Einfluss verändert werden (womit das Grundkonzept der empirischen Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit beschrieben werden kann). Selbstverständlich können Normen, Ideen und Strukturen, die von Seiten der EU auf die nationale Ebene übertragen werden, leichter in den nationalstaatlichen politischen Apparat eingefügt werden, wenn der oben angesprochene *misfit*, also die Differenz zwischen europäischer und nationaler Norm, gering ausfällt (vgl. ebd.: 8).¹² Hierbei bestimmen zwei wesentliche Faktoren den Weg, der von einem solchen *misfit* zu tatsächlichem politischem Lernen führt, konkret *norm entrepreneurs* (wie bereits in Kapitel 2.2 beschrieben), z.B.

¹¹ Dies besonders im Zuge der *politischen Sozialisation*, die nach politischen Orientierungsmustern im Zuge der menschlichen Entwicklung fragt, ein Beispiel dafür kann z.B. Almonds und Verbas *Civic Culture*-Studie gesehen werden, welche u.a. zivilgesellschaftliche Haltungen gegenüber dem politischen System behandelt und so eine „politische Kultur“ erarbeitet.

¹² Als Beispiel ist hier der sogenannte *comprehensive integrated approach* der Europäischen Union zur sektorübergreifenden Integration von politischen Inhalten zu nennen, welcher im Bereich der Landesplanung in den skandinavischen Ländern der EU positiv aufgenommen wurde, jedoch mit den geographischen Landesplanungstraditionen Großbritanniens kaum vereinbar war (vgl. Nadin / Stead 2008).

die sogenannten „advocacy or principled issue networks“¹³, die sich durch eine gemeinsame Agenda von Werten und Weltbildern auszeichnen (vgl. ebd.), oder das entsprechende informelle institutionelle Setting politischer nationaler Kultur, das in Kapitel 2.3.2.c näher diskutiert werden soll. In Hinblick auf die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit liegt jedoch nahe, dass die Europäische Union im Kontext der Friedenssicherung – bzw. die von ihr eingesetzten Körperschaften in der entsprechenden Region – als *norm entrepreneurs* agieren könnte, wenn man die Präsenz der bereits mehrfach angesprochenen „europäischen Werte“ als gemeinsames Weltbild eben jener Körperschaften ansieht. Diese gilt es in einer entsprechenden empirischen Untersuchung zu überprüfen. Zu beachten ist jedoch, dass das Paket dieser europäischen Normen und Praktiken die vorhandenen nationalen und regionalen Strukturen nicht ersetzt, sondern mittels Transformation von den Mitgliedstaaten umgesetzt wird: “[...] member states replace existing policies, processes, and institutions by new, substantially different ones, or alter existing ones to the extent that their essential features and / or the underlying collective understandings are fundamentally changes.“ Daraus entstehende Konvergenzstrukturen bedeuten also nicht die Homogenisierung nationaler oder regionaler Strukturen: „There is no evidence that domestic institutional change meant the complete rejection of national administrative styles, legal cultures, societal relationships, and/or collective identities.“ (Börzel / Risse 2000: 10ff.)

Diese beschriebene Übernahme und Entwicklung neuer Werte und Normen führt zur Änderung vorhandener nationaler und regionaler politischer Strukturen. Sie stellt als soziologische Komponente die wesentliche theoretische Tradition zur Europäisierung dieser Strukturen neben der sogenannten Theorie der „*redistribution of resources*“ dar, welche eher der Logik des rationalistischen Institutionalismus folgt. Hier, „actors engage in strategic interactions using their resources to maximize their utilities on the basis of given, fixed and ordered preferences“ (Börzel / Risse 2000: 6). Diese Tradition soll unter Berücksichtigung der gewählten theoretischen Grundlage der Masterarbeit nicht näher behandelt werden, nicht zuletzt da sie sich zur Berücksichtigung der in der vorliegenden Arbeit dominierenden Annahme menschlichen Verhaltens und Normübernahme nicht eignet: „Institutional routines are followed even when it is not obviously in the narrow self-interest of the person responsible to do so [...]. [...] to rationalize normative rules [...] tend to limit attention to the comparative statics of individual norms.“ (March / Olsen 1989: 22f.)

Bei dieser Begriffskonzeption wird Sozialisation also auf politische Akteure angewendet. Wie zu Anfang des Kapitels jedoch erwähnt, kann das Prinzip auch in der sozialpsychologische Ebene erkannt werden, die für den Vorgang der Europäisierung ebenso relevant ist. Jedoch kann – in Anbetracht des thematischen Schwerpunkts dieser Arbeit – nicht der Aspekt individualpsychologischer Europäisierung berücksichtigt werden, der jedoch im Kontext von Politisierung und der Legitimität

¹³ Zur vertiefenden Einsicht in *advocacy frameworks* und das Prinzip des Lernens z.B. Sabatier/Jenkins-Smith (1993) oder Sabatier (1998).

europäischer politischer Strukturen und Aktionen generell äußerst relevant ist. Dennoch geht dieser Ansatz von dem Menschen als Mittelpunkt der Politisierung und des Lernens aus (Claußen 1996: 26), was in dieser Hinsicht nicht für die folgende Arbeit betrachtet werden kann.¹⁴

Einen wesentlichen weiteren Punkt, der nicht ignoriert werden darf – auch im Hinblick auf eine Problematik des Institutionen-Begriffs, der bereits in Kapitel 2.2 diskutiert wurde – ist hierbei die Dimension der Akzeptanz von Sozialisation durch das politische System, das in unserem Falle die Europäische Union darstellt. Berücksichtigend die Kernannahme des soziologischen Neoinstitutionalismus, nämlich Europäisierung durch die Übernahme eines (neuen) Wertesystems, kann man auch David Easton mit seiner Theorie des politischen Systems heranziehen, die in diesem Falle nicht ausschließlich zu den Strukturen eines Nationalstaates passt, da sie ganz explizit von *politischen Systemen* spricht. In diese Klassifikationen fallen nicht nur nationalstaatliche Gebilde, sondern – wie im Falle der EU – auch supranational oder intergouvernemental aufgebaute politische Systeme, Staatenbünde, etc. Nach Easton liegt die Funktion des politischen Systems nicht nur darin, dieses Wertesystem an Bevölkerung und Institutionen innerhalb des Systems zu verteilen, sondern auch, für eben diese entsprechende Akzeptanz zu erringen, wodurch nicht zuletzt die Legitimation des Systems sichergestellt werden kann (vgl. Easton 1965: 21ff.). Besonders der letzte Punkt erinnert an die in Kapitel 2.3.2 a.ii diskutierte Legitimationsfrage der Europäischen Union. In Bezug auf den Aspekt der Sozialisation soll also im Zuge der empirischen Überprüfung festgestellt werden, ob diese Legitimation nicht nur durch den von Weber beschriebenen Zwang und dem direkten Interesse einzelner Personen bzw. Institutionen an dem Profit durch das System, sondern langfristig auch die Änderung und Anpassung des Institutionengefüges – und in Folge auch der Bevölkerung – erreicht werden kann. Relevant ist hier eine Abstufung der Unterstützung des politischen Systems, die differiert zwischen Legitimität (also der grundlegenden Akzeptanz des Systems als Möglichkeit zur Durchsetzung von Gleichheit und Grundfreiheiten), Allgemeininteresse (was die Inklusion sämtlicher vertretenen Gruppen im System voraussetzt), Vertrauen, dem Glauben an die Reaktionsbereitschaft politischer Autoritäten sowie der Überzeugung der Beeinflussbarkeit des politischen Systems durch die eigene Gruppe bzw. das Individuum (vgl. Fuchs 1982: 213).

Als ein Endeffekt von Sozialisation kann – nebst dem im nächsten Unterkapitel diskutierten Prinzip des Lernens – die Option der kollektiven sozialen Identität gesehen werden.

Identität per se zu definieren scheint in Anbetracht der hohen Anzahl von Artikeln und Büchern über eben jenes Phänomen eine in einigen Zeilen beinahe unmachbare Aufgabe. Dennoch lassen sich

¹⁴ Zur vertiefenden Lektüre zur Thematik der politischen Sozialisation im Kindes- und Jugendalter, im Kontext von Zeit, Gruppendynamik sowie individualpsychologischem Lernen sei verwiesen auf Ackermann (1974) und im Hinblick auf ein allgemeines theoretisches Modell politischer individueller Sozialisation, politische Einstellungs- und Handlungsforschung auf Klingemann et al. (1981).

grundlegende Gemeinsamkeiten in der Literatur finden, die sich im Wesentlichen in einem allgemeinen Zitat wie diesem wiederfinden: "Identity is not only a negative process of demarcation from and exclusion of others, but also a positive process of the settlement of a self-reference or self-image." (Haller 2000: 540). Haller beschreibt hier also nicht nur die Formierung wesentlicher Gemeinsamkeiten, welche sich in gemeinsamer Kultur, also Sprache, Religion, Ethnie oder gemeinsamer Erfahrung finden lassen kann (vgl. Fligstein 2009: 135), sondern auch die Kreierung einer „anderen Seite“ erfordert, die der eigenen Identität gegenübergestellt wird – ein Phänomen, das in der Sozialpsychologie nach Tajfel zu der Bildung von sogenannten *ingroups* und *outgroups* führt (vgl. Tajfel 1974). Besonders in Bezug auf generelles Demokratieverständnis, stimmen sämtliche Quellen überein, dass eine gemeinsame Identität unverzichtbar ist für die demokratiepolitische Legitimation eines politischen Systems (vgl. z.B. Kaina / Karolewski 2009), was einen starken Bezug zu der vorhin aufgezählten Abstufung der Unterstützung für ein politisches System aufweist.

Eine europäische Identität scheint unter Berücksichtigung der Diversität ihrer Ethnien und derer geschichtlichen Hintergründe beinahe unmöglich zu erreichen, bedenkt man doch, dass die EU „lacks the grounding in a common history, culture, discourse and symbolism on which most national polities can draw to justify majority rule.“ (Eilstrup-Sangiovanni 2006: 336). Sämtliche Theoretiker haben sich mit dieser Frage auseinandergesetzt – mit unterschiedlichen Antworten (als Überblick über diese Vielfalt theoretischer Ansätze sei verwiesen auf Kaina / Karolewski (2009)). Einige Annahmen bestätigen grundlegende Elemente einer solchen Identität, so z.B. die Kreation gemeinsamer Normen durch die Europäische Union, was an das Prinzip des soziologischen Institutionalismus anknüpft: „Even though interests of the politics actors are still the major motivation for political action, they become modulated by norms of appropriate behaviour.“ (Kaina / Karolewski 2009: 11) Die Europäische Union wird also nicht zwingend willentlich als Handlungsebene mitgedacht, es kann jedoch über eine gewisse Zeit hinweg die Änderung von Normen und politischen Handlungen durch die EU beobachtet werden. Das Prinzip der Identität setzt allerdings auch voraus, dass die Union auch als eine solche politische *community* erkannt und akzeptiert wird. Wobbe diagnostiziert hier der EU nicht nur ein demokratisches und legitimitätstechnisches Defizit – in Bezug auf fehlende BürgerInnenpartizipation und ein Fehlen von entsprechender Solidarität – sondern auch ein soziales Defizit, in welchem effektive soziale Rechte und Maßnahmen fehlen und somit ein kulturelles Defizit feststellbar ist (vgl. Faist 2001). Auf individualpsychologischer Ebene gelten hierbei – wie bereits auch im Bereich der Sozialisierung angesprochen – teils andere Prozesse als bei politischen Institutionen, nicht zuletzt, da hierbei eine starke Spaltung innerhalb der Bevölkerung gegenüber der Akzeptanz der EU und der Eigenidentifikation mit eben diesem politischen System vorliegt: "This leads to a socially biased Europe where those who have experienced Europe most directly, through business or travel, are also those who think of themselves as Europeans." (Saurugger 2009: 942f.)

Wie aber ist nun die Kreation einer europäischen Identität durch Institutionen sowie deren Normen und Werten nachweisbar? Rumford plädiert hierbei für die Aufgabe traditioneller nationalstaatlicher Maßstäbe, welche in dieser Form nicht für die EU als System *sui generis* anwendbar seien: “This new public space, freed from both the conceptual chains of the nation-state/national society nexus and the hierarchical order of more traditional forms of social and political struggles, is one which European society should aspire to.” (Rumford 2001: 213) Dies würde aber auch bedeuten, dass Aspekte wie Ethnizität oder gemeinsame Religion für dieses System der Union nicht ausreichend wären, um klare Gemeinsamkeiten aller EU-BürgerInnen zu identifizieren. Vorschläge, auf welche Kategorien man sich stattdessen einigen könnte, um solche zu klären, gibt es sehr wohl. So sprechen sich Nadin und Stead für die Gemeinsamkeit mehrerer, miteinander verwandter Gesellschaftsmodelle als *europäisches Modell* aus und analysieren: “[...] there is the viewpoint that there are a number of different social policy models but that they share a set of common features or underlying aims, notably, reducing poverty and social exclusion, achieving a fairer distribution of income, providing social insurance and promoting equality of opportunity.” (Nadin / Stead 2008: 36f.) Und auch Kaina und Karolewski erwähnen, es sei „an increasing similarity between the EU member states with regard to prosperity, welfare and economic growth“, die für die Existenz einer europäischen Identität spräche (Kaina / Karolewski 2009: 17). Bach plädiert weiters für ein Umdenken in Bereichen der Grenzziehung und sieht das “Europa der Regionen” als möglichen Weg in Richtung einer europäischen Gesellschaft (vgl. Bach 2001)

Berücksichtigend, dass die Fachliteratur davon ausgeht, dass es häufig jene Schichten sind, die auch entsprechende materielle Mittel haben, um die Chancen der Europäischen Union wie Reisefreiheit zu nutzen (vgl. z.B. Fligstein 2009 oder Saurugger 2009), muss im Hinblick auf den Forschungsfokus dieser Masterarbeit im Zuge einer empirischen Untersuchung berücksichtigt werden, ob die oben aufgezählten Aspekte einer möglichen europäischen Identität mit der EU als erweiterter Konfliktlösungsebene verknüpft werden.

Die Europäische Union für die Lösung von Konflikten also nicht nur als Akteur oder Feld des Konflikts zu begreifen, sondern als Chance, diese auch zu erreichen, weil nationale oder regionalpolitische Gefüge dies nicht ausreichend zulassen, könnte also der erste Schritt in Richtung der Ausbildung einer europäischen Identität als Resultat von Europäisierung von Konflikten darstellen. Denn: “Collective identity determines not only what ‘we’ are and where ‘we’ come from but also what can and cannot be achieved.” (Schmidt / Radaelli 2006: 203)

2.3.2.b.ii Soziales und politisches Lernen

Soziales Lernen ist neben einer Reihe weiterer Arten von Lernen zu definieren. May gibt hier eine entsprechend gute Übersicht, indem in seinen Ausführungen zwischen zwei unterschiedlichen Typen

unterschieden wird. Einerseits definiert er „social policy learning“, Bezug nehmend auf die „social construction of policy problems, the scope of policy, or policy goals“ bzw. „instrumental policy learning“, also der Entwicklung der „viability of policy instruments or implementation designs“, andererseits „political learning“, das May folgend definiert: „Political learning entails lessons about policy processes and prospects. Policy advocates become more sophisticated in advancing problems and ideas by learning how to enhance the political feasibility of policy proposals.“ (May 1992: 332) Eine ähnliche konstruktivistische Definition des Prozesses *soziales Lernen* gibt Giannakourou: „[...] social learning takes place when actors, via new norms or discursive forms, change interests and preferences. Social learning may lead to reformulation of policy problems and actions and thus to deeper transformations in the construction of public policies.“ (Giannakourou 2012: 125). Dies schließt auch an May an, der soziales Lernen stark verknüpft sieht mit „beliefs about cause and effect (whether correct in an objective sense or not), preferences concerning desired policy outcomes, perceptions of policy targets, and beliefs about the policy ideas that undergird policies.“ (May 1992: 337). Verknüpft mit dem institutionellen Rahmen des politischen Geschehens ist hier auch Checkel zu nennen, der soziales Lernen als einen Prozess definiert, indem, z.B. durch Überredung, „actors, through interaction with broader institutional context (norms or discursive structures), acquire new interests and preferences [...]“. Put differently, agent interests and identities are shaped through interaction.“ Der Einfluss von Überredung wird durch ein unsicheres, krisenhaftes Umfeld, einem mit besonderen Machtbefugnissen ausgestatteten Mitglied der Gruppe, von welchem Überzeugung ausgeht, der von Seiten der zu überzeugenden Autoritäten kaum Argumente entgegengesetzt werden können (Checkel 1999: 548f.). Mit diesen Aspekten ist ein ganz wesentlicher Zusammenhang zu weiteren Kernthemen dieser Masterarbeit, Diskurs, Identität und Normen, gefunden. Hier wird also nicht nur der Zugang zu politischen Problemen und ihre Konstruktion thematisiert, sondern ganz zentral auch das Agenda-Setting politischer Akteure, das durch Normen und Präferenzen in *belief systems* zum Ausdruck gebracht wird.

In Bezug auf die Intensität des Lernens per se, unterscheidet Radaelli zwischen „thick learning“, also der Änderung grundlegender Wertehaltungen und Präferenzen, und „thin learning“, was strategische Änderungen zum Erreichen gewisser politischer Ziele involviert (vgl. Radaelli 2003: 38).

Hall betont ebenfalls den Aspekt der Erneuerung des Agenda-Settings politischer Akteure, inkludiert jedoch die grundlegende Erfahrung in diesen Prozess: „Learning is conventionally said to occur when individuals assimilate new information, including that based on past experience, and apply it to their subsequent actions. Therefore, we can define social learning as a deliberate attempt to adjust the goals or techniques of policy in response to past experience and new information. Learning is indicated when policy changed as the result of such a process.“ Auf die Frage hin, wie genau der Prozess des policy-making in diesem Kontext vorstellbar ist, erwähnt Hall drei zentrale Punkte: „the overarching

goals that guide policy in a particular field, the techniques or policy instruments used to attain those goals, and the precise settings of these instruments.” (Hall 1993: 278) Die von May unterschiedenen Formen des Lernens könnten optional ebenfalls in Verbindung gesetzt werden, nicht zuletzt dadurch, dass *political learning* zu *policy learning* führen kann (vgl. May 1992: 340).

Besonders gute Voraussetzungen für soziales Lernen bestehen in einem gemeinsamen fachlichen Hintergrund, einem für eine Gruppe konfliktreichen politischen Umfeld, vermehrtem Kontakt zwischen den Gruppenmitgliedern und fehlendem politischen Druck von außen (vgl. Checkel 1999: 549).

Lernen kann generell durch eine sich verändernde Denkweise gegenüber (Schlüssel-)Politiken erkannt werden. Da dies unter entsprechendem Einfluss von ehemaliger Erfahrung mit entsprechenden Politiken geschieht, kann es hilfreich sein, „to look for changes in alignments of different interest groups with respect to key policy objectives, targeting features, or fundamental policy direction.“ Bei politischem Lernen muss besonders darauf geachtet werden, „that the policy elites of a given advocacy coalition are aware of the relationship between their past political strategy and its impact on the political prospects of the proposals or problems they advocate.” (May 1992: 338ff.)

Ähnlich formulieren es Nadin und Stead, berücksichtigend, dass politische Inhalte eine Ansammlung von mehreren Hypothesen seien, und erkennen den Erfolg einer Policy als entsprechend zentral: “One can usefully learn by looking at one’s institutional and organizational past, innovation and success in public policy, and evaluation studies [...] (Nadin / Stead 2008: 243). Zur Frage der Richtung, aus welcher soziales Lernen – nicht zuletzt im Zuge von Europäisierung – ausgeht, kann zwischen *societal mobilization* und *social learning* unterschieden werden. Im ersten Fall liegt eine grundsätzliche Einigkeit über eine gemeinsame Normbasis zwischen nicht-staatlichen Akteuren vor, welche schließlich auch auf politische Änderungen pochen. Im zweiten Fall führen Entscheidungen politischer Eliten durch Verordnungen zur Internalisierung neuer Normen (vgl. Checkel 1999: 552f.).

Will man soziales Lernen und Sozialisation miteinander in Beziehung bringen, so scheint nach Präsentation der erwähnten Literatur klar, dass es deutlich schwieriger ist, die beiden Aspekte voneinander zu unterscheiden als Ähnlichkeiten zu erkennen. Besonders für die empirische Untersuchung wird dies jedoch zwingend nötig sein. Daher soll nochmals auf Checkel verwiesen werden, der beide Begriffe detailliert definiert und in seinen Ausführungen oftmals auch gleichsetzt bzw. einander als Notwendigkeit gegenüberstellt, jedoch explizit darauf verweist, dass Lernen die Präferenzen und Taktiken von Akteuren gegenüber bestimmten (mehr oder weniger umfassenden) Politiken verändert, Sozialisation jedoch grundlegende Werte, Normen und Sichtweisen der Akteure und ergo das Wesen der Akteure per se (vgl. Checkel 1999).

Zum Zusammenhang von sozialem bzw. politischem Lernen mit dem Konzept der Europäisierung ist zu sagen, dass eine “[...] analysis in terms of learning is not very useful, since absorption of the EU policy is the natural outcome, and ‘simple learning’ the only reasonable response.” (Schmidt und Radaelli 2006: 190) Längerfristiges Lernen zu beobachten, ist daher für diese Thematik zwingend notwendig. Sozialisationsprozesse politischer Akteure – Gruppierungen, Parteien, Organisationen, etc. – sind daher also insofern entscheidend, als dass sie die Interdependenz zwischen diesen und der Ebene der Europäischen Union deutlich darlegen und durch *monitoring* von Seiten der EU sowie ständiger Verhandlung auf unterschiedlichen politischen Ebenen den Prozess des Lernens vorantreiben (vgl. Radaelli 2008: 240).

Resümierend ist somit zu Lernprozessen und der Entwicklung von Europäisierung zu sagen, dass zwar gilt, dass “[...] there is no claim that learning is a sufficient condition for policy change” (Radaelli 2008: 241), jedoch muss stets berücksichtigt werden, dass soziales und politisches Lernen eine Grundvoraussetzung und der wesentliche Mechanismus für den politischen Prozess der Europäisierung darstellt (vgl. Giannakourou 2012: 122). Aber auch der Aspekt des *Lernens* ist als politischer und sozialer Prozess nicht zu vernachlässigen: Er ist es, der – angestoßen oder gefolgt von Sozialisation und einer entsprechen politischen oder sozialen Identität – die Veränderung politischer Inhalte, Akteure und Strukturen initiiert, sie – so sie den momentanen (politischen) Herausforderungen nicht mehr gerecht werden können – zur Änderung und zum Wechsel ihrer Agenden bringt. In einer Analyse dieses Prozesses gilt es, nicht nur festzustellen, wie tiefgreifend und nachhaltig der Lernvorgang in das politische Leben eines Landes oder einer Region reicht, sondern auch ob – wie im Falle dieser Masterarbeit – und inwiefern der moderne Konflikt in Nordirland auf diesen Lernprozess einwirkt (wie dies Checkel in seinen Hypothesen formuliert). Nicht zuletzt gilt es zu klären, ob der Prozess der Europäisierung und der damit verbundene Lernaspekt eine Erweiterung des nationalen Lernprozesses darstellt und zu einer erweiterten Problemlösungsfähigkeit für eben jenen Konflikt führt.

2.3.2.C POLITISCHE (PLANUNGS-)KULTUREN

Politische Planung ist immer geprägt von politischer Kultur, oft auch *policy style* genannt: „[...] by policy style we perhaps, more clumsily, really mean policy-making and implementation style.“ (Richardson / Gustafsson / Jordan 1982: 2). Die vorliegende Masterarbeit soll zwar keine speziellen Politiken bzw. ihre Kreation oder Implementierung erklären, sondern (akteurszentrierte) Analysen unter dem Einfluss der Europäisierung im Kontext politischer Kultur sehen. Dennoch ist es – besonders zur Thematik der Europäisierung – wichtig und relevant, den Prozess der politischen Planung von europäischer zu (sub-)nationaler Ebene – dem sogenannten *spatial planning* – nicht unerwähnt zu lassen. Die Literatur hierbei ist bereits in hoher Zahl vorhanden, exemplarisch verwiesen werden soll auf Fürst (2009), welcher in seinen Ausführungen u.a. Bezug nimmt auf den Einfluss

nationalen Kulturen bei Praktiken von Akteuren im Zuge politischer Umsetzungen, auf Richardson, Gustafsson und Jordan (1982), die ähnliche Bezüge zu Institutionen herstellen, auf Knieling und Othengrafen (2009), welche sich dem Thema der Planungskulturen auf vergleichender Sicht nähern, sowie generell Faludi (2008), die stark auf den Prozess der Europäisierung von politischer Planung fokussiert. Eser und Konstadakopulos (2010) identifizieren einen *power shift* im Bereich der politischen Planung, weg von der nationalstaatlichen Ebene, hin zur regionalen bzw. supranationalen (mit Ausnahme Deutschlands) und Stead und Meijers (2009) besehen sich das politisch geplante Feld genauer und identifizieren relevante Faktoren, die den Planungsprozess wesentlich beeinflussen; ähnlich gehen Lenschow, Liefferink und Vennam (2005) vor, welche zu berücksichtigende Faktoren auf nationaler Ebene – es sind ihrer kulturelle, institutionelle und ökonomische – nennen, die den Implementationsprozess von Politikinhalt beeinflussen. Dühr, Stead und Zonneveld (2007) schließlich involvieren den Faktor der territorialen Kooperation in ihre Planungsforschung, was besonders für europäische Regionalprogramme wie INTERREG äußerst relevant ist.

Der Begriff der „politischen Kultur“ wurde erstmals von Gabriel Almond und Sidney Verba geprägt – sie definierten politische Kultur als „the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of a nation“ (Almond / Verba 1963: 13); primär soll also darauf fokussiert werden, in welchem Bild das Individuum die nationale Politik betrachtet. Sie zählt neben formalen politischen Institutionen wie beispielsweise Wahlen zu den grundlegenden Merkmalen eines demokratischen politischen Systems: „A democratic form of participatory political system requires as well a political culture consistent with it.“ (ebd.: 3).

Im vorliegenden Falle muss das Konzept der politischen Kultur natürlich etwas erweitert betrachtet werden, da nunmehr nicht nur der Blick der Bevölkerung auf das staatliche Gefüge analysiert werden soll, sondern subnationale Ebenen dieser Beziehung zwischengelagert sind und nicht zuletzt die europäische Ebene über diesen Strukturen besteht. Auch in Bezug auf die theoretische Grundlage der Masterarbeit, also veränderten informellen Praktiken und Denkmustern von Akteuren durch Europäisierung – und nicht zuletzt auch in Zusammenhang mit dem Prozess des *spatial planning* – können folgende wesentliche Aspekte als Überschneidung dieser Punkte angesehen werden.

Nadin und Stead heben hervor, wie stark die Wertvorstellungen einer Gesellschaft mit der Implementierung von Politiken verknüpft sind, so z.B. beim Verstehen von Modellen wie Wohlfahrtsstaatlichkeit, etc. Die Implementierung von Politiken der europäischen Ebene auf (sub-)nationalen Ebenen sind somit u.a. abhängig von „their historical context, the socio-economic, political and cultural patterns that have given rise to particular forms of government and law.“ Dies führt auf europäischer Ebene zu starker Kooperation und Lernprozessen zwischen Akteuren, die in den Planungsprozess involviert sind. (vgl. Nadin / Stead 2008: 35f.) Politische Interessen und

Handlungsaktionen sind also maßgeblich von ihrem kulturellen Umfeld geprägt – weiters aber auch „the experience and expectations of Europe [which] are fundamentally structured by – and differentially refracted through – national traditions.“ (Moisio 2012: 745). Die Identifizierung einer möglichen „europäischen politischen Kultur“ ist – besonders abseits der dominant wahrgenommenen ökonomischen Ebene – hierbei besonders interessant (vgl. ebd.: 751)

In Bezug auf Handlungsstrukturen von Akteuren im Kontext von Regionalpolitik, identifiziert Börzel zwei Arten von Verhaltensstrategien. Einerseits die „cooperative strategy“, die „[...] presupposes the cooperation of the regions with one another and the central state in a multilateral Framework to coordinate a joint position. [...] such extrastate channels serve as a complement to rather than a substitute for access to the European policy arena provided by the central state.“, sowie andererseits die „noncooperative or competitive / confrontational strategy“, welche wie folgt definiert wird: „In order to protect their competencies, the regions resort to constitutional litigation. They also minimize cooperation with the central state, as such cooperation is perceived as another attempt of the central state to intervene in their sphere of competencies. Rather than cooperating, the regions strive to circumvent or bypass the central state, establishing direct relations with European institutions to gain extrastate access to European policy-making.“ (Börzel 2000: 141). Wird hier etwas abstrakt ausschließlich von „regions“ als Akteuren gesprochen, so kann diese Handlungsanalyse jedoch sehr wohl praktische Relevanz bei der Analyse regionalpolitischer Repräsentanten und ihren Agenden werden (so z.B. bei einer Regional- oder Stadtregierung). Die sogenannte „institutional culture“ hat hierbei starken Einfluss auf diese Taktiken. Auch hier liegt dasselbe Phänomen vor, wie es bereits in 4.1.2 angesprochen wurde: Eine Region (oder Akteure, wie in 4.3.1 diskutiert) erschließen die Möglichkeit, den Zentralstaat politisch zu umgehen. Denn: „If and when regional levels of government play important roles within their member state, their position can be further strengthened within the EU.“ (Noutcheva et al. 2004: 9)

Besonders rückblickend auf die Forschungsfragen und die theoretische Grundlage, scheint abschließend folgende Aussage besonders relevant: „It is hypothesized that domestic institutions which entail a cooperative institutional culture are more likely to induce actors to pursue a cooperative strategy“ (Börzel 2000: 142). Hier kann gezielt eine Beziehung zu Grundaspekten des soziologischen Neoinstitutionalismus gezeichnet werden, denn auch Börzel spricht von allgemeingültigen, informell verbindlichen sozialen Regeln: „[...] the informal collective understandings of what is considered appropriate behaviour within a given rule structure determine how domestic actors respond to pressure for adaption in order to reduce adaptional costs.“ (ebd.) Man kann also erkennen, dass es geht nicht ausschließlich um Denkstrukturen in Bezug auf die Akzeptanz von Institutionen geht, sondern ein Unterschied bei der Auffassung einer Institution überhaupt ein differentes Bild politischer Kultur darstellt. Herausfordernd wird diese Hypothese, wenn – wie im Falle Nordirlands – innerhalb einer

Region komplett differente Auffassungen über Akzeptanz und Unterstützung politischer und sozialer Institutionen vorliegen. Vergleicht man dies mit der Aussage von Börzel und Risse – „A political culture and other informal institutions exist which are conducive to consensus-building and cost-sharing.“ (Börzel / Risse 2000: 9) – so kann (politische Planungs-)Kultur nicht nur als Institution begriffen werden, sondern – genauso wie im Mehrebenensystem der Europäischen Union – es muss untersucht werden, ob nicht innerhalb eines Konflikts auch auf kleinster – regionaler – Ebene unterschiedliche politische Kulturen nebeneinander existieren.

Diese beschließenden Worte zum theoretischen Grundlagenteil der Masterarbeit sollen nicht zuletzt darlegen, wie sehr die im Zuge dieses Kapitels angesprochenen Aspekte – Diskursführung, Frames, Sozialisation, politisches und soziales Lernen, Identität und Kultur (kurz: Faktoren, die politische Weltanschauungen, Paradigmen und Ideologien maßgeblich prägen) – miteinander verwoben sind. Durch das Konzept der Europäisierung erreichen diese sozialen Phänomene seit der Herausbildung der europäischen Ebene einen erweiterten Definitions- und Erklärungsbereich, der ihre Analyse durchaus komplexer, jedoch nicht weniger interessant macht. In der Tat wurde in diesem Kapitel der Versuch unternommen, auf theoretischer Ebene zu veranschaulichen, wie sehr (informelle) politische und soziale Strukturen auch auf europäischer Regierungsebene als entscheidende und relevante Faktoren für politische Prozesse, Denkweisen und Handlungsstrukturen gesehen werden müssen – aber auch, dass sie hierbei keineswegs losgelöst sind von (sub-)nationalen politischen Vorgängen.

Wird im kommenden Kapitel die thematische Ebene verlassen, um sie gegen Grundlagen der methodischen Arbeitsweise dieser Masterarbeit einzutauschen, so werden sich ihre Inhalte in Kapitel 4 im Kontext der empirischen Analyse wiederfinden, um die oben angesprochene (teils sehr abstrakte) Thematik in Bezug zu empirischer Forschung zu bringen – mit dem Ziel, Antworten auf die Forschungsfragen, aber auch so manch offen geblieben Fragestellung in diesem Kapitel zu finden.

3. METHODISCHE GRUNDLAGEN

Das folgende Kapitel dient nicht rein der Darstellung der gewählten Methode, viel mehr teilt es sich auf in einen ‚theoretischen‘ und einen ‚empirischen‘ Teil: Während die Annäherung an das Forschungsfeld (also die Kontaktaufnahme zu den Interviewpartnern und die kurze Skizzierung der Durchführung der Interviews vor Ort sowie die Vorstellung der verwendeten Fragenleitfäden unter Berücksichtigung der akteursspezifischen Fragestellungen) im zweiten Teil des Kapitels diskutiert wird, widmen sich die Subkapitel 3.1 und 3.2 zwei vorhergehenden Aspekten: Einerseits sollen die Spezifika der hier eingesetzten qualitativen Sozialforschung in Bezug auf den Forscher bzw. die Forscherin sowie sein bzw. ihr Interaktionsprozess mit dem Feld diskutiert werden, andererseits die in der vorliegenden Masterarbeit eingesetzte Analysemethode – nämlich die Diskursanalyse – näher beleuchtet und unter wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkten mit dem Forschungsinteresse der Arbeit in Verbindung gebracht werden.

3.1 DIE ROLLE DER FORSCHERIN BZW. DES FORSCHERS IM FELD SOZIALEN KONFLIKTS – PRINZIPIEN QUALITATIVER SOZIALFORSCHUNG

In diesem Unterkapitel soll Bezug genommen werden auf zwei wichtige Aspekte qualitativer Sozialforschung – einerseits auf den Punkt der Rolle des Forschers bzw. der Forscherin im Feld per se, besonders in Bezug auf die Relation und Prozesse zwischen diesen beiden, aber auch – wie in dem vorliegenden Fall gegeben – blickend auf den Zugang des *outsiders*, der nicht aus dem erforschten Feld stammt; andererseits auf den Punkt des Konflikts als soziales Phänomen und seine Erforschbarkeit. Der Konflikt bzw. die Kontroverse stellt ein spezielles Forschungsfeld dar und bringt spezifische Eigenheiten mit, welche in der Erhebung berücksichtigt werden müssen.

Blickend auf den ersten Aspekt: Sobald ein Feld und Akteure darin analysiert werden, stellt sich automatisch die Frage: Welche Rolle nimmt der Forscher bzw. die Forscherin ein? Inwiefern gilt es, sich einzubringen – und inwiefern tut man es sowieso ganz automatisch?

Die Antworten auf diese Fragen werden je nach Forschungszugang und -methode unterschiedlich gegeben, meinen persönlichen für diese Arbeit möchte ich im Folgenden jedoch anhand ausgewählter Literatur veranschaulichen.

Zuerst sei auf die hier passende Aussage Venturinis verwiesen. In seinen *three meanings of „just“* plädiert er nicht nur für eine legitime Einbringung im Vorfeld der empirischen Untersuchung, sondern tritt auch ganz explizit für Offenheit und Respekt von Seiten der – niemals unparteiischen – Forscher gegenüber dem beforschten Feld ein (Venturini 2010: 259f.). Es ist klar, dass kontroverse Themen – das hier vorgestellte sei dabei nicht ausgenommen – innerhalb der persönlichen Meinung bewertet und

gewisse Positionen des Konflikts präferiert, andere außen vor gelassen werden. Im Zuge der Erhebung jedoch – und diese beginnt hier beispielsweise schon mit der Auswahl relevanter Interviewpartner – ist es unbedingt notwendig, den Konflikt als komplexes Zusammenspiel von Akteuren zu begreifen und diesen – so dies möglich ist – eine gleichwertige Rolle im Forschungsprozess zu sichern.

Diese egalitäre Funktion empirischer Erhebung spricht Venturini ebenfalls an, indem er vermerkt, dass Respekt für die Akteure ganz klar an die Rolle der Wissenschaft geknüpft ist – ihre Rolle ist es nicht, den Konflikt zu einem Ende zu führen, denn auch begonnen hat sie ihn nicht: “[...] the role that research should play in collective disputes is not that of steering their closure. Actors (not scholars) are responsible for deciding controversies. Once again, it is a matter of respect. Controversies belong to actors: it was actors who sowed their seeds, who raised their sprouts, who nurtured their development. Scholars have no right to jump in and impose their solutions.” (Venturini 2010: 268). Dies bedeutet jedoch nicht, dass – wie bereits im obigen Absatz diskutiert – WissenschaftlerInnen sich an die Grenzen einer reinen Beobachterrolle halten könnten oder gar zu dieser verpflichtet wären. Die Rolle, die sie einnehmen, sollte jedoch Raum bieten für *alle* im Konflikt beteiligten Akteure: „Researchers can certainly express their ideas [...]. Still, in displaying their opinions, they should pay the greatest attention not to hide others’. [...] Social cartography is not meant to close controversies, but to show that they may be closed in many different ways.” (ebd.: 268).

Im Zuge der Auswahl der Akteure wurde versucht, diesen Gütekriterien so gut wie möglich Rechnung zu tragen – in Kapitel 3.3 werden die Akteure auf der Basis von Literaturanalysen in Hinblick auf ihre historische Entwicklung, ihre heutigen Aktivitäten, ihre Rolle im Nordirlandkonflikt und die entsprechende Beziehung zu der Europäischen Union und ihren Aktivitäten im Konflikt vorgestellt, um entsprechende Grundlagen für die empirische Erhebung und Analyse bereitzustellen. Zur Auswahl dieser Akteure sei Folgendes angemerkt: Die Fachliteratur über den Nordirlandkonflikt ist sehr umfassend, besonders was die historischen Entwicklungen hierzu sowie die Involvierung paramilitärischer Gruppierungen wie die IRA betrifft. Literatur über die heutigen Konfliktakteure – insbesondere über dissidente (paramilitärische wie politische) Organisationen – ist im Vergleich weniger vorhanden. Die vorliegende Arbeit hat jedoch auch hier explizit nicht den Anspruch, diese Akteure in Detailreiche zu analysieren und ihre politischen Inhalte oder Aktionen bzw. Entwicklungen darzustellen. Tatsächlich hat sie den Anspruch, diese Landschaft an involvierten Organisationen und Institutionen in einem sehr spezifischen Punkt, nämlich ihrer Sicht und ihrem Verhalten in Bezug auf die Rolle der EU im heutigen Nordirlandkonflikt, zu vergleichen. Diese Erhebung einer speziellen Situation, sämtliche Akteursfamilien involvierend, mag einen vergleichsweise neuen Ansatz in der Literatur der Nordirlandforschung darstellen, die an „Wissenschaftlichkeit“ jedoch der herkömmlichen Forschungstradition um nichts nachsteht. Adele Clarke beispielsweise hob hervor, dass wissenschaftliche Forschung nach dem sogenannten *postmodern turn* explizit keinen

Universalanspruch erhebe – und sogenannte „schwierige Fälle“ häufig als Kern sozialwissenschaftlicher Wissenschaftsforschung verstanden werden könnten (vgl. Clarke 2005: xxv). Diese Art der Forschung forderte eben jene „kinds of knowledges and discourses, circulating about differently situated people, things and issues, often produced by and circulating especially among those situated in positions of greater power, legitimacy, and / or authority.“ (ebd.) heraus. Genau aus diesem Grund wurde für die vorliegende Masterarbeit eine Menge an unterschiedlichen Akteuren herausgesucht – denn wie sie ist auch der Konflikt äußerst komplex und voller divergierender Wirklichkeiten. Eine Akteursgruppe (beispielsweise politische Parteien) allein zu Wort kommen zu lassen, würde diesem Ziel nicht entgegenkommen, den Konflikt als Phänomen auf mehreren Ebenen – der zivilgesellschaftlichen Community-Ebene, jene der anti-systemischen und dissidenten Gruppierungen, der polizeilichen und der parteipolitischen Ebene – zu verorten. Tatsächlich ist die Literatur über besonders die ersten beiden genannten Akteursfamilien bei weitem nicht in derselben Reichhaltigkeit vorhanden wie dies von letzterer behauptet werden kann. Diesem Rückstand wird versucht, durch die Interviewbefragung entgegenzukommen, um am Ende dieses vielseitige Feld zumindest in Bezug auf jenen Aspekt verstehen zu lernen – Clarke bezeichnet diesen Erforschungsprozess übrigens recht passend als die Öffnung der *Büchse der Pandora*, also „to grasp and interpret the complexities and heterogenities of social life empirically.“ (ebd.: xxvi). Ähnlich beschreibt dies Venturini, der sogar Ideologien als äußerst komplexe, normative, jedoch tendenziell stabile Kosmen definiert und erwähnt, es gäbe – in der folgenden Landschaft mehrere Ideologien (*cosmopolitics*) – keine gemeinsame Wirklichkeit und kein gemeinsames *Wahres* ohne Kontroversen, da die Wirklichkeit per se zu multipel sei (vgl. Venturini 265ff.). Eine vierte, innerhalb des Konflikts sehr relevante Ebene – jene der paramilitärischen Gruppierungen – kann jedoch aufgrund fehlender Zugänglichkeit nicht abgedeckt werden, was im Ergebnis der Untersuchung natürlich berücksichtigt werden muss.

Berücksichtigt man die Involvierung aller relevanten Akteure, ist auch darauf hinzuweisen, dass es nicht nur lebendige Akteure sind, die in die Analyse einbezogen werden müssen. In Venturinis Aufzeichnungen sind auch Aspekte wie Symbole zu finden, die für ihn Akteurscharakter besitzen (vgl. Venturini 2010: 262). Blickend auf das hier vorliegende Forschungsfeld ist diese Aussage von großer Relevanz, da auch im nordirischen Konflikt der Moderne Instrumente wie Flaggen, Symbole und einzelne Ausdrücke eine gewichtige Rolle spielen.

Um nun die beiden Fragen des Konflikts und der Rolle des Forschers zu verbinden, seien Scott und Kollegen zitiert. Sie vertreten hierbei den Standpunkt, der Analyst von Kontroversen partizipiere gleichsam in ihnen und ihrer Realität (Scott et al. 1990: 489), stelle dadurch jedoch auch eine Störung für den Konflikt dar (vgl. ebd.: 490) – die Autoren kommen daher zu der Ansicht, dass „the metodological claim of neutral social analysis is a myth that can be no more sustained in actual

practice than can the scientist's belief in a universal and efficacious scientific method.“ (ebd.: 491). Erhält man hierbei die Ansicht, der persönliche Einfluss des Forschers würde sich ausschließlich im Zuge des Prozesses empirischer Erhebung zeigen, so wird man in einem Kommentar derselben Autoren berichtet, in welchem sie erwähnen, dass „a researcher takes a position by selecting a method from the range of possible methods“ (Scott et al. 1991) – was eine Analyse darstellt, die weit über den reinen Analyse- und Erhebungsprozess hinausgeht.

Eine spezifische Frage, die sich besonders in Bezug auf die vorliegende Empirie auftut, ist die des *outsiders*, konkret des Forschers, der weder seinen sozialen noch fachlichen Hintergrund im beforschten Feld hat. So beschreiben beispielsweise Prainsack und Wahlberg im Zuge ihrer Forschung ihre Rolle als *outsiders* folgendermaßen: „In carrying out our research, we were both in many ways outsiders – foreigners in the countries we were researching in, newcomers to the fields of study we were focusing on [...]. This posed a number of practical challenges which had to be negotiated along the way.“ (Prainsack / Wahlberg 2013: 347). Wesentlich hierbei wird die Sprache genannt, welcher – es handelte sich in ihrer Forschung um Länder, deren Amtssprachen nicht Englisch ist – besondere Wichtigkeit beigemessen wurde. Der Status des *outsiders* wird von den Autoren mit Vor- wie Nachteilen bedacht. So wird das vergleichende Element als Spezifikum einer differentiellen kulturellen Sozialisation erwähnt: „The fact that we were outsiders in the country and field of our respective studies means that we brought a comparative element to our work: Although neither of our projects included an explicit comparative component, we inevitably measured what we found in the field against the standards of the cultures that we ourselves were part of.“ (ebd.). Vorteile dieser speziellen Situation des Forschers werden andererseits eben genau in der angesprochenen fehlenden Zugehörigkeit zu ethnischen, religiösen und fachlichen Communities vor Ort gesehen, was es beispielsweise der Autorin erlaubte, „to ask questions which many insiders would not dare to ask, and it probably also accounted for a greater ease with which some of her informants shared their opinions with her.“ (ebd.: 348)

Auf die konkret hier vorliegende Erhebung bezogen, ist zu sagen, dass der Zugang zum Feld wohl etwas leichter fallen möge als im angesprochenen Beispiel. Unter sämtlichen zu befragenden Akteuren stellt Englisch die im Alltag gebrauchte Sprache, meistens auch die Muttersprache, zumindest jedoch die erste lebende Fremdsprache dar. Weiters ist Englisch in Nordirland erste Amtssprache. Auch ist die Bezeichnung eines '*total outsider*', wie dies in dem angesprochenen Artikel benannt wird, in dem vorliegenden Fall nicht komplett zutreffend, da ich privat, jedoch besonders durch mein Studium bereits häufig die Möglichkeit hatte, mich mit dem Konflikt und seinen sozialen Hintergründen wie Folgen, den Institutionen des politischen Systems (hier ist mehr Nordirland als das Vereinigte Königreich gemeint) und gesellschaftlicher wie politischer Kultur auseinanderzusetzen. Da ich jedoch weder in Nordirland, noch im Kontext des Konflikts sozialisiert wurde (ebenfalls keine familiären

Bezüge dazu habe), bestehen im Zuge der empirischen Untersuchung immer noch Risiken, die natürlich nicht außer Acht zu lassen sind, so z.B. wichtige (oder verfälschte) Informationen nicht zu bemerken, die *Insidern* klar wären, oder Gewohnheiten einzuordnen, die ausschließlich durch den Lebensmittelpunkt in einer entsprechenden Community erkannt und erlernt (vgl. Prainsack / Wahlberg 2013: 348) und natürlich durch kurzfristige Besuche und intensives Literaturstudium nicht ersetzt werden können. Besonders sprachliche und kognitive Strukturen sind von dieser Einschränkung betroffen¹⁵, doch auch das Erlernen dieser Eigenheiten einer Community birgt ein Risiko: “When losing access to one’s site or community of research would have significant consequences for the researcher (for example, because the site or community is irreplaceable for the researcher), then we are likely to obey these tacit rules and norms in order not to jeopardise access.” (ebd.)

3.2 WAHL DER METHODIK

In diesem Unterkapitel soll eine Übersicht über die methodologische Herangehensweise gegeben werden – hierbei nicht nur Bezug nehmend auf die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der gewählten Methode, sondern auch wissenschaftstheoretische Gedanken dazu. Schließlich werden konkrete Aspekte zur Methode genannt. Zum allgemeinen Verständnis meines gewählten Analysewegs sei jedoch auf Folgendes hingewiesen: Häufig wird „Europäisierung“ als die Implementierung von europäischen Politiken auf (sub-)nationaler Ebene verstanden (wie bereits in Kapitel 2.1.1 diskutiert). Wie ebenfalls in 2.1.1 angeführt, hat der Prozess der Europäisierung jedoch auch kognitive Auswirkungen (Radaelli spricht hier von „*ways of doing things‘ and shared beliefs and norms*“ [Radaelli 2000: 3]) und genau diese sollen untersucht werden – die Auswirkungen auf politisches Denken im Kontext des Konflikts und in Bezug auf die Rolle der EU in diesem Konflikt (was de facto durch sprachliche Äußerungen gemessen wird). Man mag einwenden, dass dies auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene der Fall ist, was unweigerlich stimmt, jedoch aufgrund des gegebenen seitenbezogenen Limits auf jene Akteure heruntergebrochen wird, die sich willentlich in den Konflikt einbringen, mit dem Vorsatz, das Leben in dem hier untersuchten politischen System (auf politischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene) maßgeblich zu verändern.

Wesentliches Ziel der gewählten Methodik ist es, damit (auch in Bezug auf die Forschungsfragen und die Frage nach der Problemlösungskapazität) durch *policy discourse* nicht nur die Formierung von *policy problems* durch die „interactions of individuals, interest groups, social movements, and institutions“ (Rein / Schön 1993: 145) genauer zu betrachten und zu analysieren. Nicht zuletzt sollen hierbei die Frames der unterschiedlichen Akteure mitgedacht werden. Sie geben wesentlichen Aufschluss über die Weltansicht der Akteure, es ist ihr „way of selecting, organizing, interpreting, and

¹⁵ In Bezug auf das „Erlernen“ von Sprache – und in Folge auch der Denkstruktur – einer fachlichen Community aus Sicht eines *outsiders* sei beispielsweise Cohn (1987) empfohlen.

making sense of a complex reality to provide guideposts for knowing, analyzing, persuading, and acting.” (ebd.: 146) Ergo ist der Frame eines Akteurs für die Analyse nicht nur wichtig, um den Akteur in seinen Handlungen und Denkweisen zu verstehen – „a frame [...] cannot be separated from the person who holds it“ (ebd.: 151) –, sondern auch seine Sicht auf den Konflikt oder die Kontroverse: “A frame is a perspective from which an amorphous, ill-defined, problematic situation can be made sense of and acted on.” (ebd.) Die Imzue dieser Masterarbeit zu analysierenden Akteure sind bereits Institutionen für sich, welche aus einem (mehr oder weniger) homogenen Netzwerk an Perspektiven und Normen bestehen, in die sich deren Mitglieder eingliedern. Dennoch sollen nicht die Vorgänge dieser Eingliederung in die Institution (die Partei, die Bewegung oder die Organisation) durch das Individuum untersucht werden – was jedoch einige weitere interessante Fragestellungen der politischen Psychologie öffnen würden – sondern die Art und Weise kollektiver Akteure, den Konflikt und die Rolle der EU auf diesen zu sehen. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Kontroversen, die sich zwischen den Akteuren um den Konflikt an sich bzw. die Rolle der EU ergeben, nicht zuletzt auf die Kreation unterschiedlicher sozialer Realitäten zurückzuführen ist, die durch eben jene differenten Frames zustande kommen. Nicht immer sind diese Weltansichten im Zusammenspiel kompatibel, was schließlich entweder zu einem *policy disagreement*, das dank einer kollektiv anerkannten Grundlage von Regeln gelöst werden kann, oder einer *policy controversy* führt – diese „cannot be settled by recourse to facts alone, or indeed by recourse to evidence of any kind. Because they derive from conflicting Frames, the same body of evidence can be used to support quite different policy positions.“ (ebd.: 148). Rationales Handeln auf der Basis allgemeiner Fakten und Regeln ist hier – wie im ersten Falle – nicht mehr gegeben. Generell muss auch die Rolle von Fakten und „Wahrheiten“ als allgemeingültigem oder kreierteem sozialem Phänomen hinterfragt werden. So stimmen beispielsweise Fischer und Schön / Rein über die soziale Konstruktion von Fakten überein. Bezeichnet Fischer diese als etwas, das auf „underlying assumptions and meanings“ (Fischer 1998: 134) basiert, bringen Schön und Rein jene Grundlage bereits direkt in Bezug zum Begriff „frame“ und argumentieren, dass allgemeingültige „Fakten“ nicht in der Lage seien, eine allgemein akzeptable Lösung für politische Kontroversen zu liefern, da „the parties‘ conflicting frames determine what counts as fact and what argument and what arguments are taken to be relevant and compelling“ (Schön / Rein 1994: 23). Als Folge muss, da ein politischer Konflikt über eine gewisse Zeit betrachtet wird, einerseits die *Realität* der spezifischen Akteure analysiert, andererseits aber auch nach dem *frame shift* gefragt werden, also „how the problem-setting frames of social policy change over time“, sowie – in Bezug auf die Problemlösungskompetenz – inwiefern es den involvierten Akteuren möglich ist, selbst über diese Weltansicht, diesen Frame, zu reflektieren und seine Potentiale zu erkennen (vgl. Rein / Schön 1993: 150).

Unter Berücksichtigung der Forschungsfragen und der zu involvierenden Akteuren in den Prozess wird die Wahl der Methodik und die empirische Herangehensweise zur Beantwortung dieser in drei

Teile unterteilt, die aus der Durchführung halbstandardisierter Interviews sowie der Analyse dieser Interviews durch Diskursanalyse bestehen.

Wie in Kapitel 3.3 genauer dargestellt, handelt es sich bei den ausgewählten Akteuren um eine sehr heterogene Sammlung – nicht nur in ihren Ansichten und politischen Paradigmen, sondern auch in ihrer Rolle, Organisation und Form. Diese Heterogenität aus politischen Parteien, der Polizei, anti-systemischen Organisationen mit Protestmethoden sowie Community-Projekten gebietet ebenfalls unterschiedliche Wege, diese zu analysieren und einen entsprechenden Fokus in die Fragen der Interviews zu legen. Die theoretischen Grundlagen dieser Akteure – diskutiert in 2.3.1 – sollen hierbei behilflich sein, um die Akteure in ihrer Argumentation und ihren Taktiken besser zu verstehen.

Der Zeitrahmen für die Analyse verortet die Entwicklung der Denk- und Verhaltensweisen der Akteure in Bezug auf die EU von 1998 bis zum Zeitpunkt der Interviews, also dem Mai 2015. 1998 wurde absichtlich als Beginn der Analysetätigkeit gewählt, da durch das im selben Jahr verabschiedete Karfreitagsabkommen u.a. durch stärkere Kooperation zwischen Nordirland und der Republik Irland und die Einbringung einer eigenen polizeilichen Körperschaft mit Quoten für katholische und protestantische Beamte das politische System Nordirlands nachhaltig veränderte.

Die Quellen der vorliegenden Masterarbeit stellen im Wesentlichen die Analyse der im Interview generierten Diskurse der im *City Council* der Stadt Londonderry / Derry vertretenen politischen Parteien, der Polizei, dissidenter Gruppierungen und zivilgesellschaftlicher Community-Gruppen dar. Besonders die Forschungsfrage nach dem Lernprozess, aber auch eine mögliche Entwicklung einer „europäischen Identität“ soll im historischen Verlauf beantwortet werden.

Einerseits ist hierbei die Interview-, andererseits die Analysemethode zu erklären.

Die Interviewführung wird methodisch durch semistrukturierte Interviews verortet. Das semistrukturierte Interview zählt zur Familie der Leitfaden-Interviews; seine Vorteile bestehen beispielsweise darin, dass die Fragen relativ offen gestellt werden können, ohne hierbei die angenommenen Hypothesen ablegen zu müssen. Es wird davon ausgegangen, dass die Interviewpartner über explizite und implizite Annahmen verfügen, die durch spontane Reaktionen bzw. methodische Unterstützung in die Daten einfließen sollen. Das Interview ist thematisch ausgerichtet, diese thematischen Blöcke werden durch offene Fragen eingeleitet, durch hypothesengeleitete Fragen ergänzt und durch Konfrontationsfragen beendet, die die vom Interviewpartner konstruierten Annahmen und Zusammenhänge kritisch reflektieren sollen (vgl. Flick 2011: 203f.). Wichtig (und hilfreich) bei der Interviewführung ist es auch, zu berücksichtigen, dass Interviewpartner nach Erfahrung ausgefragt werden, die der Forscher bzw. die Forscherin selbst nicht

hat, sie sind sozusagen Zeugen: „Interviewing gives us a window on the past. We may become aware of a riot or a flood only after the event, but by interviewing the people who were there we can picture what happened. We can also, by interviewing, learn about settings that would otherwise be closed to us: foreign societies, exclusive organizations, and the private lives of couples and families.“ (Weiss 1994: 1)

Zur Analysemethode ist hier ein kurzer Überblick über die Inhalte der sogenannten *Diskursanalyse* zu nennen. Dieser werden die Transkripte der geführten Interviews unterzogen (auch politische Schriften müssen als “first level of articulation” als *statements* begriffen werden; diese „are always part of larger networks comprising human beings, technical objects, natural organisms, metaphysical entities” [Venturini 265ff.]). Die Diskursanalyse „verbindet sprachanalytische Vorgehensweisen mit der Analyse von Wissens- und Konstruktionsprozessen, ohne sich auf die formalen Aspekte von sprachlichen Darstellungen und Abläufen zu beschränken.“ (Flick 2011: 430). Besonders in Bezug auf die erwähnten Konstruktionsprozesse können Diskursanalysen Klarheit bringen „in how to connect ‚social structure‘ and / or ‚culture‘ with individual human agency.“ Wesentliche Aspekte der vorliegenden Abschlussarbeit werden durch Diskursanalyse in ihrer Heterogenität abgedeckt, denn “discursive practises emerge as the means by which social action, cultural knowledge, and social institutions are achieved and enacted.“ (Farnell / Graham 1998: 414). Und genauso wie die oben angesprochene Komplexität des sozialen Lebens – und sozialer Konflikte und Kontroversen – muss auch die Diskursanalyse dieser folgernden sprachlichen Vielschichtigkeit ihrer sozialer Welten Rechnung tragen: „Analyzing discourses can be challenging on several grounds. One is that they do not stay still. Discourse-centered work emphasizes the heterogeneous, multifunctional, and dynamic character of language, use and the central place it occupies in the social construction of reality.” (ebd.: 412) Im Zuge der Analyse sollen Diskurse – im Speziellen *Narrative*, also Argumentationslinien, – analysiert werden, die „underwrite and stabilize the assumptions for policy making in situations that persist with many unknowns, a high degree of interdependence, and little, if any, agreement.“ (Roe 1994: 34). Diese methodische Herangehensweise wird bewusst gewählt, da es sich, wie bereits argumentiert, bei der hier vorliegenden Fallstudie um einen Konflikt handelt, der besonders in seiner sprachlichen Artikulation auf die Beantwortung der Forschungsfragen hin untersucht werden soll. Die angesprochene *Narrative Policy Analysis* soll durch die gezielte Analyse von Narrativen, die im Zuge der Interviews artikuliert werden, die daraus folgenden Argumentationen einerseits auf ihren Inhalt untersuchen (z.B. Erklärungen zur Rolle der EU und anderer Akteure im Konflikt, etc.), andererseits parallel die dazugehörigen Frames eines Akteurs erkennen, um dadurch die Realität, welche von eben jenem Akteur durch seine Argumentation in Hinblick auf den Konflikt und die Rolle der EU darin kreiert wird, besser darstellen und verstehen zu können. Aus dieser Kreation bestimmter Strukturen und Prozesse aus Sicht der befragten Akteure sollen vergleichend Aspekte wie unter anderem soziales Lernen identifiziert und in Bezug auf die Forschungsfragen nachgezeichnet werden. Der

Rückblickscharakter der Interviews soll hierbei wesentliche Entwicklungen klären, so beispielsweise die zunehmende Anerkennung der EU durch Institutionen und politische Inhalte (vgl. Monforte 2014: 133). Hierbei wird die Annahme verfolgt, dass die Befragung einzelner Akteure, die jedoch Teil eines Netzwerks bzw. einer Institution sind (wie beispielsweise einer Partei – Venturini sieht diese Teilnahme an einem Netzwerk sogar als Regel für Individualakteure [vgl. Venturini 265ff.]), die Analyse dieses Lernprozesses vereinfachen können, denn “actors can choose and learn outside of institutional pressures, although institutional pressures seem to reinforce learning processes” (Saurugger 2009: 940).

Dieser Erklärung der methodischen Herangehensweise an die Untersuchung (und vor allem die empirische Erhebung) soll nun die inhaltliche Vorstellung jener „Akteure“ folgen, deren Sicht im Zuge der Erhebung und Analyse zur Beantwortung der Forschungsfragen berücksichtigt wird.

3.3 ZUGANG ZUM FELD UND AUSWAHL DER AKTEURE

Das Prinzip der Akteursauswahl bestand in der Überlegung, jene Gruppen und Stellen in die Interviews einzubeziehen, welche die wesentlichen Interessensträger vor Ort darstellen sowie sich mit diesen Interessen aktiv (unter anderem auch öffentlich) in den Diskurs um den Konflikt einbringen. Aufgrund thematischer Literatur konnten hier im ersten Schritt Parteien, Community-Organisationen sowie extremistische bzw. anti-systemische Bewegungen identifiziert werden. Londonderry / Derry wurde als Forschungsfeld einerseits aufgrund des urbanen Charakters ausgewählt, in welchem sämtliche dieser Akteure regelmäßig öffentlich präsent sein konnten, sowie auch aufgrund der starken Präsenz der Thematik europäischer Fördergelder vor Ort (die *Peace Bridge* als Wahrzeichen der Stadt wurde nicht zuletzt in den Interviews immer als ein Paradebeispiel von EU-Förderungen herangezogen).

Als Folge wurden die vier im Stadtrat der Stadt Derry präsenten Parteien (die *Social Democratic and Labour Party (SDLP)*, *Sinn Féin*, die *Ulster Unionist Party (UUP)* sowie die *Democratic Unionist Party (DUP)*, der Oranierorden sowie vier zivilgesellschaftliche Projekte zur Community-Vermittlung per Mail Mitte Februar 2014 kontaktiert. Die erste positive Reaktion eines der Community-Projekte führte nicht nur zu der Fixierung des ersten Interviews, sondern später auch zur Vermittlung der Gespräche mit der *Irish Republican Socialist Party* und dem *32 County Sovereignty Movement*, welche für den Bereich systemkritischer Akteure relevant wurden. Weiters wurden – als Neuzugang, auch für meine Überlegungen der Akteursauswahl – ein Gespräch mit der lokalen Stelle des *Police Service of Northern Ireland* sowie Interviews mit einem Sprecher gewerkschaftlicher Art

und ein Interview mit der Partei *Sinn Féin* vermittelt. Aufgrund einer zweiten Bitte um Gespräche per Mail konnten schließlich auch noch Gespräche mit der Partei *DUP*, dem Oranierorden sowie einem weiteren Community-Projekt generiert werden. Eine Absage kam von der Partei *SDLP*, die übrigen angefragten Stellen antworteten nicht.

Die durch dieses Verfahren ausgewählten Akteure stellen für die Arbeit insofern ein interessantes und relevantes Bild dar, da sie nicht nur aus unterschiedlichen Seiten des Konflikts kommen (die beiden wesentlichen Konfliktparteien sind hier nur ein Aspekt), sondern auch auf unterschiedlichen Ebenen operieren (so beispielsweise im Bereich der staatlichen Exekutive oder der zivilgesellschaftlichen Ebene) und unterschiedlichste Ziele und Interessen haben (dies reicht von klassischer parteipolitischer Aktivität bis hin zu politischer Mobilisierung durch Aufmärsche oder Vermittlung durch Einbindung von Communities in den Friedensprozess). Dies wirkt sich auf die Werthaltungen der unterschiedlichen Akteure aus.

Zehn der elf Interviews vor Ort konnten problemlos von 13.Mai bis 15.Mai 2015 durchgeführt werden, wobei die meisten Gespräche in den Räumen des *Community Center for Northern Ireland* abgehalten wurden, weitere Interviews fanden in einer der lokalen Polizeistationen, den Büros der beiden Parteien sowie dem Café des Rathauses statt. Das elfte Interview konnte aufgrund von zeitlichen Problemen nicht in persona durchgeführt werden; es wurde in Form eines elektronischen Fragebogens ersetzt.

3.4 FRAGENLEITFÄDEN

Die in die Interviewleitfäden inkludierten Fragen wurden der Art des jeweiligen Akteurs angepasst, wobei der Fokus auf die Überprüfung struktureller und – vor allem – informeller Europäisierung der *agenda-settings* gelegt wurde.

Was als Gleichheit aller Interviews angeführt werden kann, ist die anfängliche Frage nach der Relevanz, Aktualität und Definition des modernen Nordirlandkonflikts, um die grundlegende Position des Akteurs aus eigener Sicht im Kontext des Konflikts (so dieser gesehen wird) zu verorten. Auch die Frage nach der Bewertung von EU-Aktivitäten (durch Regionalstrukturfonds und friedensfördernde Maßnahmen) wurde in allen Gesprächen beibehalten, um einerseits die Frage nach der Verortung der Europäischen Union als Rahmen oder politischer Akteur zu beantworten, und andererseits, um den Grad an Legitimität erfassen zu können, welche die EU aus Sicht des Akteurs besitzt. Um eine mögliche historische Entwicklung abzudecken, wurde ebenfalls nach einer Veränderung dieser EU-Aktivitäten seit 1998 gefragt. Auch die Schlussfragen nach der Definition der Interviewpartner in Bezug auf ‚europäische Werte‘ sowie nach Erwartungen an eine ‚bessere‘ Europäische Union blieben

gleich, nicht zuletzt, um auf normativer Basis die tatsächliche Ablehnung oder Annahme des europäischen politischen Systems und seines Einflusses vor Ort einschätzen zu können.

In Bezug auf die spezifischen Fragen an die einzelnen Akteursarten, wurde bei den beiden politischen Parteien der Fokus auf die *politics*-Ebene, also die Struktur und Praktiken des Akteurs, gelegt. Es galt beispielsweise, die Europäische Union im Kontext von Wahlkämpfen zu verorten, die Europäisierung der Parteistruktur zu erkennen und die Prozesse zwischen städtischer, regionaler, nationaler und europäischer Ebene abzustecken. Eine weitere Frage nach möglichen Problemen bei der Implementierung europäischen Rechts und der optionalen Unvereinbarkeit nationalen und europäischen Rechts zielte einerseits auf die Identifikation einer nationalen bzw. regionalen Planungskultur, andererseits auf die aufgefasste Legitimität der europäischen Rechtsprechung ab. Bei der Partei *Sinn Féin* lag, nicht zuletzt aufgrund ihrer generell systemkritischen, republikanischen Haltung ein spezieller Fokus auf Fragen, welche die Europäische Union als ‚alternative Ebene‘ nebst jener des Vereinigten Königreichs prüfen sollten.

Im Bereich der Community-Organisationen wurde in den Fragen besonders auf die Netzwerkfunktion der EU in Bezug auf die Kontakthanbindung zu anderen europäischen Organisationen oder EU-Institutionen sowie der Generierung von Förderungen, Expertise und zunehmender europäischer Aufmerksamkeit und auch Interaktionen mit der europäischen Ebene in Bezug auf mögliches ‚Feedback‘ Wert gelegt. Diese Möglichkeit zum Ausbau des eigenen Netzwerks wurde auch bei den systemkritischen Akteuren abgefragt, wenngleich hier natürlich die Verbindungen zu weiteren politischen Bewegungen oder Gruppierungen mit ähnlicher politischer Ideologie im Zentrum stand.

Im Gespräch mit der Polizei schließlich lag der Fokus klar auf der Kooperation mit anderen europäischen Polizeinetzwerken sowie der Formierung eines europäischen ‚Sicherheitsregimes‘ (wie z.B. EUROPOL) sowie dessen Rückwirkung auf die nordirische Polizei, so beispielsweise in Bezug auf den Kontakt mit der Zivilbevölkerung vor Ort, dem Austausch von Fahndungsdaten sowie Strategien und Einsätzen der Polizei, auch bei Ausnahmesituationen.

Die aus den hier vorgestellten Interviews generierten Daten wurden nach ihrer Erhebung vor Ort transkribiert und nach vergleichendem Prinzip (also zur späteren ‚Gegenüberstellung‘ derselben Codes in der Schlussfolgerung) codiert sowie mit der in diesem Kapitel vorgestellten Diskursanalyse bearbeitet. Dieser Prozess erfolgt folgend in Kapitel 4.

4. ANALYSE – EUROPÄISCHE INSTITUTIONALISIERUNG UND SOZIALISIERUNG IM KONTEXT DES NORDIRLANDKONFLIKTS IN LONDONDERRY / DERRY

Die im Folgenden durchgeführte Analyse beruht auf jenen Daten, die im Zuge von in Nordirland von 12.5.2016 bis 16.5.2015 durchgeführten Interviews generiert werden konnten. Diese wurden mit insgesamt elf Akteuren unterschiedlicher Art abgehalten (wie in Kapitel 3.3 vorgestellt). Wie bereits in den Kapiteln 2 und 3 dargelegt, steht nicht die Bestimmung einer pro- oder anti-europäischen Stimmung der einzelnen Akteure im Zentrum des Interesses, sondern viel eher das tiefergehende Verständnis für die diskursive Kreation ‚der EU‘ sowie der damit einhergehenden strukturellen, aber vor allem informellen Europäisierung, welche nicht nur durch den Frame des Akteurs bedingt wird, sondern auch auf diesen rückwirkt. Im Kontext des Konflikts soll versucht werden, die Verbindung zwischen unterschiedlichen Ebenen genauer zu untersuchen und somit Rückschlüsse auf die dadurch entstehenden Einflüsse auf die konfliktuelle Situation durch die Akteure zu ziehen.

Die einzelnen Kapitel sind hierbei zuerst nach Akteursart sowie Akteuren selbst klassifiziert, um schließlich die generierten Daten darzustellen und auf struktureller und informeller Ebene der Analyse zu unterziehen. Hierbei wird pro Akteur zwischen vier unterschiedlichen ‚Analysekategorien‘ unterschieden, welche separat mittels Zitaten hinterfragt werden. Dazu zählen jeweils die Klassifikation von Akteuren von Prozessen aus Sicht des entsprechenden Akteurs (nicht nur im Kontext des Konflikts, sondern auch der Europäischen Union), der Analyse der strukturellen Europäisierung des Akteurs (so beispielsweise die Einrichtung einer eigenen internen Stelle für europäische Angelegenheiten), die Europäisierung des agenda-settings und ideologischen Weltbildes sowie zuletzt die Auswirkungen des EU-Einflusses auf normative Vorstellungen der Befragten, so unter anderem abstrakter Aspekte wie politischer Kultur oder auch transnationaler Werte- und Identifikationsprozesse.

4.1 EUROPÄISIERUNG POLITISCHER PARTEIEN

Parteien sind – nicht nur im hier untersuchten Akteursfeld – im Kontext von Europäisierung zweifach zu betrachtende Akteure: Einerseits können strukturelle, andererseits informell-wertebezogene Kontexte untersucht werden. Im Falle der hier vorgestellten Parteien muss dies im spezifischen ideologischen Kontext vorgenommen werden, welcher (auf beiden konfliktuellen Seiten) in diesen Fällen nicht im moderaten Spektrum verortet werden kann. Dies führt einerseits zu einer starken nationalstaatlichen Bindung, andererseits (wie im Falle der Partei Sinn Féin) zu einem – in Bezug auf ein nationalstaatliches System – anti-systemischen Kurs. Der Prozess der Europäisierung ist dadurch auf mehreren Ebenen zu erfassen und eine mögliche Instrumentalisierung europäischer Politiken von transnationaler Konfliktlösung zu unterscheiden.

4.1.A DEMOCRATIC UNIONIST PARTY (DUP)

Die DUP wurde 1971 gegründet, die Wählerschaft repräsentiert auf der Skala des Unionismus eine tendenziell radikalere Schicht als dies bei moderaten Parteien der Fall ist, was von einer geringeren Kompromissmusfreudigkeit begleitet wird (vgl. Webb 2000: 21). Bezogen auf die EU, zeigte die DUP innerhalb der letzten Jahre einen weniger radikalen Kurs, ist jedoch trotz allem (also auch der Partizipation am Europäischen Parlament) im Euro- und EU-kritischen Spektrum zu finden (vgl. Jones 2007: 142), nicht zuletzt, da die Souveränität des Vereinigten Königreichs als unantastbar begriffen wird (vgl. Murphy / Phinnemore 2005: 164).

4.1.A.I KLASSEFİKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Was als sekundäre Art des Lernens begriffen werden kann, wird im Gespräch als eine Änderung primär für die Gesellschaft per se und nicht zwingend exklusiv für die Partei verstanden. Den zentralen Aspekt machen hierbei finanzielle Förderungen der Europäischen Union aus, welche als Initiator dieser Veränderung begriffen werden:

„[the EU] has been a real game changer, in terms of bringing communities together, that opened, I believe, just early 2011 and the impact that it has had, the people who lived in the Cityside who had never been in the Waterside and people in the Waterside had never been in the Cityside, so it was seamless and people now use it daily, hundreds and thousands of people have crossed the peace bridge.“

Einhergehend jedoch ist die Veränderung von Kapazitäten zu verzeichnen – was jedoch als ein vorangehender Prozess beschrieben wird, welcher sich in Zukunft weiter entwickeln soll. Finanzielle Förderungen sind hier als Wege, Projekte unterschiedlichster Art zu ermöglichen, ebenfalls Anstoß für eine Veränderung des Verhaltens und der Perspektive politischer Akteure:

„[...] during the last few years, I've seen a lot of organisations which are starting to avail EU funding. I believe there was a time when a lot of people couldn't access the money, whether it be issues with capacity, you know, you fill out the forms, it takes hard work and a lot of skill to access European money or to access big and significant European money, so but I think it's something that's going to progress over the next number of years in terms of I think you may have the likes of some local governments as council bodies applying themselves for money for major projects, maybe road networks.“

Die Partei wird in diesem Prozess zunehmend anspruchsvollerer Kapazitätsbildung auch als Schlüssel zu Informationsverbreitung gesehen. Die Förderung ist hierbei ein zu erreichender *benefit*:

„[...] we have created a booklet in terms of a list and directory of funding groups that you can apply for, one or two mentioned was mentioned with the PEACE IV moneys that would be coming, all different things, there is money out there that people can access.“

Können Gelder der EU noch als eine Art finanzieller Ermächtigung gesehen werden, wird ‘die EU’ als Akteur, welcher in den Konflikt interveniert, als verbesserungswürdig angesehen, die Förderung als *bottom-up*-Vorgang gegenüber ‘der EU’ als optional ‘von oben’ diktierender Akteur:

“[...] the funding is available to ensure that the work on the ground continues to happen and there continues to be peace built within our communities. There is also a leadership role that can be played in terms of the European Union sending out the message that the European Union and the parliament is there to obviously work behalf of the people rather than a sort of top-down-approach so that will be something that we would like to see as well. [...] decisions that are made in Europe must reflect a wider society and we elect our politicians here on the basis that they will go and represent us to the European Union. [...]”

‘Die EU’ wird hierbei der ‘eigenen’ politischen Ebene gegenübergestellt, was einen durch Abgrenzung beinahe identitätsstiftenden Charakter zeigt.

Ganz explizit positiv wird die ermächtigende Funktion der Union beschrieben, nämlich die Unterstützung der lokalen politischen Ebene durch Mediation:

“[...] if it is within their will that other people come in and try and help them and assist them and try to mediate between two different sides, I think that’s not a problem, that’s a positive move.”

Zu den sogenannten ‘*veto players*’ wird kein Akteur per se identifiziert, viel eher wird auf das sogenannte ‘Brexit-Referendum’ (geplant für das Jahr 2017 [vgl. BBC News 2015]) zum Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verwiesen:

“[...] we felt that we would like to see reforms within the European Union and if that can’t work, then we would like to leave Europe, we would like to see the UK leave the European Union that’s if those reforms can’t be met. We wouldn’t rush into something, case of ‘Let’s just pull out’ because there would be implications in that in that obviously, we some good friends within the European Union as well, so it will play a part next year in terms of people will look at our manifestos and say: ‘Well, where do you stand on the European Union?’”

Der Verbleib in der Europäischen Union wird hierbei von Reformen abhängig gemacht, welche dem Prozess der Europäisierung – also der Transformation eigener Kompetenzen auf die europäische Ebene – kritisch gegenüberstehen. Ebenso ist der Verbleib bzw. der Ausstieg ganz klar eine Thematik des Vereinigten Königreichs, die Option eines Alleingangs der Region Nordirland wird explizit nicht erwähnt.

Eine *‘facilitating institutions’* als Ausstattung involvierter Akteure mit entsprechenden rechtlichen Ressourcen ist in diesem Falle klar die Europaabgeordnete der Partei, welche als eine Art Schnittstelle zwischen der Europäischen und der regionalen Ebene fungiert; die Informationsverarbeitung stellt sich hierbei als Mehrebenensystem dar, da innerhalb der Partei ein eigenes Team zu dessen Verarbeitung eingerichtet ist und die Abgeordnete unterstützt:

“There are booklets Diane has created in terms of seeking funding within the European Union, how do you access fund across Europe, so she would be working on all of these things she would hold rural roadshows, where she would go into the rural areas and to the countryside and meet those farmers and look at issues they are facing and raise those in the parliament in Brussels. [...] Every Monday morning, we have a group meeting at Stormont with all of the MLAs, MPs and our MEP Diane Dodds so what we would do there is discuss all the issues that are coming up that week and of course she has thoughts on those issues so there is a clear line of communication so the councillors would raise any issues [with the MLA] and then [the MLA] can take them directly to Diane Dodds as well, but they are very accessible and Diane would be in the constituency here, she would call here a couple of times a year [...].”

Dies betrifft natürlich auch die Anforderung und Verarbeitung von Förderungen:

“[...] whatever funding application became available, there was a team who came up with the idea and then obviously submitted, ordered the funding for it again [...].”

Die sogenannten *‘norm entrepreneurs’* also, welche einen Anstoß für die Veränderung des eigenen agenda-settings bedeuten, ist also einerseits die Akzeptanz von finanzieller Unterstützung von Seiten der Europäischen Union (welche, im Gegensatz zu anderen Politikfeldern, deutlich positiv besetzt sind), andererseits ist es eine europäische Gesellschaft im weiteren Sinne, ganz besonders auf den Konflikt in Nordirland bezogen:

“[...] we have people here who are from other European Union countries, and they would play a valuable role here within our society, you know, regardless of what background they come from [...] but that doesn’t mean that they lose their own identity, they have their own identities and we can enjoy those and share those as well, so I suppose the people would be a benefit to us as well in terms of the peace process. Sometimes, we need to hear the perspective from other individuals from other parts of the world and...you know, not just our own views as well. [...] we’ve seen in recent years an increase in terms of racist attacks and our party and along with other parties will be out there working with those who have been attacked to ensure that they...you know, such issues are resolved.”

Gesellschaftliche Diversität und dessen Problemlösungskapazität im Kontext des nordirischen Konflikts wird hier ganz explizit mit dem Zuzug aus Staaten der Europäischen Union in Zusammenhang gesetzt.

4.1.A.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN DURCH EUROPÄISIERUNG

Im Fokus steht hier das politische System als institutionelles Umfeld des Akteurs. Das durch den Friedensprozess als grundlegendes juristisches Dokument anzusehende Karfreitagsabkommen ist somit von zentraler Bedeutung. Durch den Frame des unionistischen Akteurs wird dem Zentralparlament in London ein legitimes Zeugnis ausgestellt. Antistaatliche Gruppierungen werden als Manko und Hürde des modernen politisch-institutionellen Systems gesehen:

„Westminster obviously, has played a key role in respect of having been the outsiders and coming in and trying to negotiate because obviously our purse strings are controlled by Westminster as well but obviously it took a lot of courage by the local politicians here in Stormont as well, a lot of work was put in and sometimes a lot of compromises were made. [...] But on reflection, I don't believe the Good Friday Agreement was a deal I think. I wouldn't have supported such an agreement because what we have or what we had then was terrorists released from prison as part of the agreement. I think that's a part of the problem we still have today is that we can never move on because there are still those who committed those crimes, having freedom whereas they are not being prosecuted for what they did, so that's part of the problem. But both Westminster and Stormont had a huge part to play and only because of that collective effort that we are in the situation we now are in.“

In Bezug auf einen möglichen Austritt aus der Europäischen Union, bezieht sich der Interviewpartner ebenfalls sehr deutlich auf die Relevanz von Premierminister Cameron als Repräsentant des Vereinigten Königreichs:

„[...] but I think it will play a major part coming into 2017, when the Prime Minister has agreed to have a referendum on the European Union.“

Auch ein mögliches transeuropäisches Netzwerk eines Akteurs kann als Indikator für Europäisierung gelten; im Gespräch wird dies jedoch tendenziell verneint:

„I don't think we're using it as strongly as we should. When I was deputy mayor here, I took part in a number of initiatives going to various countries, I was in Malta, and a lot of places in terms of trying to connect with, around the 'Walled City', you know there is a 'European Walled Towns'-group, which is key because I think that we could benefit from being part of that European Walled Towns Group-organisation where we can link up to other cities around tourism and all sort of things. I think there could be more done in that respect. I know that at the level Stormont, the enterprise minister and other ministers would travel often within Europe, within the European Union, the council would access European funding fairly regularly, but in terms of actual groupings and other interest groups, there is probably more work that could be done.“

An dieser Stelle wird der Vorteil durch Finanzierung abermals explizit hervorgehoben, jedoch ebenso der Aspekt der Kooperation im Hinblick auf Tourismus und Reisepolitik. Die eigene Position wird

hierbei jedoch durchaus kritisch gesehen; der Prozess der Kooperation ist aus Sicht des Akteurs nach oben hin offen.

4.1.A.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Angesprochen auf die Relevanz der Europäischen Union bzw. ihrer Politiken – zuerst im Bereich der landesweiten Wahlen – wird dieser dort eine Rolle zugesprochen, wo gegenüber ihrem Einfluss bzw. dem Prozess der Europäisierung, Kritik erhoben wird, so beispielsweise der aus Sicht des Nationalstaates verschwindenden Einflussmöglichkeit auf Thematiken wie Migration. Eher positiv wird auch hier wieder der Aspekt der Förderungen, aber auch der Marktfreiheit, besonders im Bereich der bäuerlichen Wirtschaft in der eigenen Region gesehen. Es wird also deutlich unterschieden zwischen Einflüssen, welche den eigenen, regionalen bzw. nationalen Interessen im Zuge von Transformation eigener Kompetenzen gegenübergestellt werden (so beispielsweise im Bereich der Migration, welche negativ konnotiert werden), sowie Prozessen der finanziellen Ermächtigung, welche tendenziell als positive Chance erkannt werden:

„In terms of the last election, the Westminster election, obviously for the main land, so for all of the government of the UK, there would be no specific role of the European Union within that...that would just be on the basis of electing to Westminster. But at the same, there is an element of European Union in that. There is almost, among the community...anti-European would be very strong, but it would be looking for reforms within the European Union. What we find is a lot of people will say to us, that you know, Europe has too much control over certain things and we should have control over ourselves, you know, emigration, various other things that the European Union controls. But at the same time, to the contrary of that, we did hear on the doorsteps, when we were canvassing the doors from farmers, who very much value the European Union in terms of the money that they get, the access they get to the wider countries they get within the European Union [...].“

Im Falle der regionalen Parlamentswahlen in Stormont wird auch hier explizit auf den möglichen Ausstieg des gesamten Staates aus der Europäischen Union verwiesen. Die Thematik, also die Kritik an steigendem Einfluss der Europäischen Union, ist also de facto deckungsgleich wie im Falle der nationalen Parlamentswahlen, auch spielt die nationale Ebene einen wesentlichen Einfluss im Zuge der regionalen Wahl:

„[...] there probably will be an element of the European Union mentioned, because of the fact that the referendum will be in the following year. So what they will be looking for, is where the party stands in terms of the European Union. So our position is clear, we felt that we would like to see reforms within the European Union and if that can't work, then we would like to leave Europe, we would like to see the UK leave the European Union that's if those reforms can't be met.“

Allgemeiner wird schließlich die Aussage zu den Europäischen Parlamentswahlen selbst gehalten.

„It was quite a significant election in a sense that people were turned out well for it and it was a good turnout of electorate. Those issues were solely-European issues, that mentioned farming and fisheries and bringing in business here, all these things played a key role and all of the candidates that stood were fighting on the basis that they wanted take their seats in Europe so that's what it was.“

Die eigene Partei im EU-Parlament – respektive die Europaabgeordnete der Partei – wird besonders im Bereich der Förderungen als wichtige Interessensvertreterin regionaler Akteure gesehen, jedoch auch wesentlich in Bezug auf Friedensprojektfinanzierungen:

„Diane's major issues she would raise would be around the rural aspect, our farmers, you know our farmers need a lot of support in terms of grants and assessments and, you know, prices of you know, the products that they have, all these things would be raised within Stormont, the fisheries, the prices of things, all of these things Diane would raise and those would be her main issues. Of course, what she would do as well is try and seek as much funding for our communities as well, obviously peace funding, you know, all types of funding she would access as well.“

Der generelle Input der EU wird, einerseits durch die Arbeit der Europaabgeordneten, andererseits jedoch auch durch die Förderpolitik der Europäischen Kommission nicht nur als legitim, sondern tendenziell positiv befunden. Die sogenannte ‚Peace Bridge‘ ist hierbei ein repräsentatives Symbol für die Förderung von Friedensprojekten durch die Europäische Union:

„Oh, absolutely, very positive. There is actually the Peace Bridge there, funded by the European Union as well, so a lot of positive work has been done that I think it's a bit, I suppose, highlighting that message as to what has been done by the European Union, what money is coming from Europe, but I do think people do appreciate the work that comes and the money that comes from the European Union [...]. [...] in terms of the peace bridge, it has been a real game changer, in terms of bringing communities together [...].“

Besonders mit Hinblick auf einen möglichen EU-Input im Zuge des Konflikts (unter anderem durch Ressourcen), wird die lokale Ebene jedoch wieder in den Vordergrund gerückt:

„Sometimes I believe, that local politicians and local governments should be given the first opportunity to resolve their issues themselves [...].“

Kritik an der Europäischen Union aus Sicht der Partei orientiert sich auch hier an einem identitätsstiftenden Konzept, das ‚die EU‘ der eigenen politischen Ebene gegenüberstellt. Der Prozess der Europäisierung – am Beispiel der Verteidigungspolitik – wird als zu begrenzender Prozess, die eigene politische Haltung als eine Art informierender Mediator zwischen Vorteilen und zivilgesellschaftlichen (Fehl-)Informationen im Kontext der Europäischen Union gesehen.

„We believe that we pay into Europe a lot more than we get out, so I think that's part of the problem, so people would say: They should give us more control over the money that we have, some would say: Okay, that's fair enough, but then you're maybe damaging the market place, in terms of the connectivity within the European Union, so it's something that needs to be thought out, nobody should rush into, and I think all the parties will think long and hard about the message that they want to say, but I think we'll see over the next couple of months, never mind years, the likes of Cameron working hard to convince the people...I think, what the people need is clarification around, you know, how much power the European Union actually has, or people were concerned about the likes of a European army and...things, that people would not here find very comfortable.“

Im weiteren Sinne wird 'die EU' abermals mit Akteurscharakter besetzt, welche der nordirischen bzw. britischen Bevölkerung gegenüber Verpflichtungen hat:

“It's about trying to create that bottom-up-approach rather than the top-down-approach and I think the European Union is going to have to look very carefully over those next number of years and trying to reform that and ensure that the people within the European Union are kept happy otherwise what you can see is a breakup within the European Union.“

Positive und negative diskursive Konnotation von EU-Einflüssen und -Politiken sowie die entsprechende Legitimität sind also aus Sicht der DUP sehr stark von dem entsprechenden politischen Feld bzw. der Thematik abhängig. Eine prägende Kernpolitik ist hierbei die Förderung von Friedensprojekten in der Region. Der Interviewpartner erkennt die momentane Situation jedoch nicht mehr als konfliktuell:

„I would not say we are currently in a conflict, I think yes, there is a small minority of people who would try to cause problems, but they do not have the capacity to do any harm or any serious harm and communities are now working together and they try and better the future for everybody.“

Ein mögliches ‚issue‘, das als Auslöser für Europäisierung fungieren kann, ist daher zwar gegeben, jedoch nicht mehr in der intensivsten Form eines politischen Konflikts.

4.1.A.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Im Bezug auf die rechtlich-politische Kultur der Region bzw. des Landes wird im Zuge des Gesprächs kein Problem beim rechtlichen Implementationsprozess europäischer Gesetzgebung erkannt.

Trotz der bereits in vorigen Subkapiteln angemerkten Kritik an europäischen Politiken durch die DUP, können besonders die Förderungen im Gespräch als sogenannte ‚cooperative institutions‘ erkannt werden; die Möglichkeit des Zugangs zu finanziellen Förderungen erfordert, wie im Interview angemerkt wird, spezifisches Grundwissen:

„[...] it takes hard work and a lot of skill to access European money or to access big and significant European money, so but I think it's something that's going to progress over the next number of years in terms of I think you may have the likes of some local governments as council bodies applying themselves for money for major projects, maybe road networks.“

Der Kritik an der Europäischen Union, unter anderem dem Aspekt der fehlenden Repräsentation einer „wider society“, wird dennoch – besonders im Kontext des ehemaligen Konflikts und dessen Befriedung – eine gesamtgesellschaftliche Relevanz beschieden:

„Well, I think they can play a role, you know, there is a role here in terms of funding, you know, and it's vital that funding continues to exist, especially within societies such as ours where you're not that long out of conflict [...].“

Die Fragen nach 'europäischen Werten' und einer möglichen transeuropäischen Gesellschaft können schlussendlich nicht komplett voneinander getrennt werden. Dies umfasst zentral die Identifikation von Wertesystemen:

„I suppose we see ourselves in terms of...our party certainly in terms of British values, in terms of Christianity, you know...peace. But all these things I suppose could be linked to the European Union as well, but we would see the European Union very multicultural. You know, cross-country... [...].“

Auf Basis eines multikulturellen Aspekts werden diese Wertesysteme – besonders unter Berücksichtigung des nordirischen Konflikts miteinander in Bezug gebracht:

„[...] we have people here who are from other European Union countries, and they would play a valuable role here within our society, you know, regardless of what background they come from, there is multiple I think 40 languages here, from all over the world, not just from Europe, those people play a valuable part, there is no doubt about it, they integrate within society as much as they can, we say integrate, but that doesn't mean that they lose their own identity, they have their own identities and we can enjoy those and share those as well, so I suppose the people would be a benefit to us as well in terms of the peace process. Sometimes, we need to hear the perspective from other individuals from other parts of the world and...you know, not just our own views as well.“

Inklusion, auf Basis von Migrationsprozessen, wird hierbei als eine Art ‚europäischen Gesellschaft‘ im Zuge von Konflikttransformation erkannt. Die Partei selbst sieht sich in dieses System involviert; im Gegensatz zur gegensätzlichen Identitätsbildung ‚der EU‘ gegenüber wird in diesem Kontext ein kollektives Bild gezeichnet.

4.1.B SINN FÉIN

Sinn Féins Entwicklungen gehen auf die Gründung der gleichnamigen Organisation Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, ihre Inhalte auf den bewaffneten Kampf gegen die britische Präsenz in Irland. Über viele Jahrzehnte verbunden mit der Terrororganisation *Provisional Irish Republican Army*, wird die Partei von einer tendenziell militant-nationalistischen Wählerschaft favorisiert und präsentiert sich u.a. durch die fehlende Verurteilung der IRA-Kampagne sowie der Ablehnung der Legitimität von Nordirland als Bestandteil des Vereinigten Königreichs (vgl. Webb 2000: 21f).

Die Entwicklung der Partei in Bezug auf die Europäische Union stellt sich durch eine gewisse Veränderung dar: So bezeichnete man in früheren Jahren noch die Unterstützung der moderat-republikanischen Partei SDLP zur EU als Abschaffung des Ziels eines vereinigten Irlands (vgl. Guelke 1993: 79), im April 2015 jedoch im Kontext der Debatte um einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU über ein wirtschaftliches Desaster sowie negative Auswirkungen für die ländliche Community (vgl. Belfast Telegraph 2015).

4.1.B.I KLASSEFİKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Im Gespräch identifiziert der Interviewpartner einen Prozess sozialen Lernens im Kontext des Nordirlandkonflikts in den letzten Jahren:

„For me, what the PEACE programme did: It allowed people who were once, if you like, outside of that, never felt part of it, had no aspiration to be part of it, it allowed for them to...they provided resources where they could see they were worth being validated and seen as a contribution to the community and could see that the new political dispensation would work.“

Der Input der EU lässt klar ein durch finanzielles *empowerment* in Bezug auf sozialisierte Werte erkennen. Es wird betont, dass sich besonders durch das PEACE-Programm ein Zusammenhang zwischen den Förderungen und zivilgesellschaftlicher Ebene gibt:

„[...] the PEACE money would have had a big impact in the communities because they certainly had a very significant role of bringing money and resources and...to people who never had it before [...].“

Der beschriebene Aspekt der finanziellen Ermächtigung (welche in ihrer Funktion als Ausstatter finanzieller Ressourcen, als *facilitating formal institution*, erkannt wird) steht für den Interviewpartner in keinem Widerspruch zu ‚der EU‘ als mediativem Vermittler im historischen und modernen Nordirlandkonflikt, tatsächlich werden die beiden Funktionen als verbunden verstanden:

„[...] the genesis of the European was to try and harmonize the relationships between France and Germany, so the architects of the EU were saying as they are now, if you look at some of the countries coming from the East, they are trying to say: We were able to create a harmony, even though there might be discord in terms of philosophy, we were able to prevent war, so if we have an opportunity in Ireland, so let's do it. So in the same way if you look in terms of the Baltic states, the European Union would have been, I have no doubt, a big influence in harmonizing

relationships between those countries and attracting them towards the European Union which obviously brings stability in one sense, but also brings resources and the open market, you know, free trade, and the people, obviously allows people to better their lives and by bettering their lives, they better the lives of their families.“

„Die EU‘ wird in ihrer Rolle als Vermittler und (historischer) Mediator nicht als intergouvernementaler Staatenverbund, sondern per se transnationaler Akteur erkannt.

In Bezug auf Veto-Strukturen der europäischen Integration, werden diese im Bereich ökonomisch-wohlfahrtsstaatlicher Überlegungen so gesehen:

„So, to me that’s where the European Union, the European values, the European philosophy, should be saying: There is enough wealth to ensure none of our citizens and then we should have an approach to the world as well, because there is no use having a big trading block in the middle of Europe and then Africa become a place where people are you know people are sentenced to a life a famine, particularly when you have the scandals of food being destroyed markets being protected. To me, that’s just a banality of a system.“

„Die Europäische Union‘ bzw. ‚Europa‘ wird in diesem Kontext als normative Persönlichkeit dargestellt und der kritisierten, neoliberalen Wirtschaftspolitik gegenübergestellt, welche als ‚Blocker‘ eben dieser Werte identifiziert wird.

4.1.B.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN DURCH EUROPÄISIERUNG

Wie in Punkt C. beschrieben, verfügt die Partei über ein auf europäische Angelegenheiten spezialisiertes Büro sowie ein Team, welches sich rund um die entsprechende Europaparlamentarierin organisiert; die Beziehungen zwischen der Regionalpartei und der hierauf bezogenen europäischen Ebene werden vom Interviewpartner als gut bewertet. Dies wird dem Frame des Akteurs entsprechend beschrieben:

„ [...] we have one in each of the constituencies in Ireland, so we have four MEPs so that obviously increases your staff and capacity and all goes with it [...]“

Auch diese Aussage wird auf Basis der ideologischen Ausrichtung des Akteurs getroffen; von Irland als gesamtinsularem System wird hier ausgegangen, eine entsprechende Identifizierung wird durch die Formulierung ‚we‘ zum Ausdruck gebracht.

Blickend auf die momentane Ausgestaltung des nordirischen Politischen Systems, wird diese kritisch betrachtet, jedoch als durchaus verbessert eingestuft:

„[...] even now you can see the pushes and pulls because you see things which, you know, say the Democratic Unionist Party might see it as a good political policy and we don’t in Sinn Féin, so each block has a power veto, so that can lead to fragmentation and indeed it can lead to implementation being slow but underneath it all I think most people living here would say that the

Assembly has been a benefit because at least it's local people in control of local services. It could be better, yes, it's the system, the perfect system of government, I think most people would say: No, it's not a perfect system, but imperfection was dictated by history, we had a system of government in the north from the 20s to the early 1970s century, where it was virtually a one-party-state, Unionism dominated and anybody outside Unionism was seen as an enemy of the state and they were treated as such.“

Die parteipolitischen Frames werden vom Interviewpartner als äußerst divergierend und different angegeben, wodurch die daraus resultierende grundlegende Struktur des nordirischen Parteiensystems als konfliktuell identifiziert werden kann, wodurch sich die Optionen zur Koalitionsbildung programmatisch und strukturell erschweren.

Stark europäisiert zeigt sich die Netzwerkaktivität der Partei, was der Interviewpartner stark mit der Zugehörigkeit zu einer europäischen Parteienfamilie in Zusammenhang bringt:

„[...] we're part of the EUL-NGL-group in Europe which is sort of a group of left-wing green party and, you know, some of the Nordic left, so there is a good growing relationship [...].“

Die Zugehörigkeit zu einer EU-Institution wird hier nicht nur als Grundlage des parteilichen Netzwerks identifiziert, sondern überdies positiv konnotiert.

4.1.B.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Bei dem Verhältnis des nationalen Systems zum europäischen System gibt es bei der Aussage des Interviewpartners mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Beispielsweise ist der Wahlkampf zum Europäischen Parlament zu großem Teil nicht über europäische Angelegenheiten definiert, dabeo wird auch viel im Kontext des Nordirlandkonflikts gearbeitet:

„[...] the European election, here it wouldn't be fought on European issues alone. The complexity of our politics would mean all politics comes to that concept of Unionist-Nationalist, your perspective on...what we call the national question, on partition, on the Union, obviously the MEPs would have a good idea of the impact on farming communities, but voting would be very much down to the traditional blocks.“

Mögliche *bottom up*-Prozesse werden durch den Konflikt aktiv reproduziert, wohingegen die MEPs davon tendenziell weniger betroffen sind. Weiters liegt die Herausbildung einer städtischen bzw. regionalen Identitätsbildung vor, festzustellen in Form der Interessensvertretung durch die MEPs:

„[...] we're fortunate in that the MEP in present for Sinn Féin is Martina Anderson who lives in Derry. So her office is in Derry...if Martina had lived in Belfast then our main office would have been in Belfast. So we benefit from that [...]. Martina wouldn't see just it in terms of Derry, she would see it in terms of the North and she would see it in terms of the island of Ireland.“

Erkennbar der deutlich republikanische Frame des Akteurs, welcher sich abermals in der Ausgangssituation äußert und soch basierend auf einen irischen Inselstaat gründet. Als letzter Punkt

wird deutlich differenziert zwischen Politiken, die durch den Nationalstaat sowie die EU finanziert werden:

„[...] the main European funding is usually for big infrastructure, for big projects, it's never for...internal, that's not to say is no draw down for health and...but it, they don't try to usurp the role of the Assembly in terms of drawing funding down for education health and facilities.“

Inhalte wie die Verbesserung der Infrastruktur und Friedenspolitik werden daher deutlich der Förderung der Europäischen Union unterstellt, ‚interne‘ Angelegenheiten jedoch, so beispielsweise die Gesundheitspolitik, sind im Kontext der nationalstaatlichen Angelegenheit institutionalisiert. Abseits wird der Europäischen Union im politischen Bereich jedoch ein breites Feld eingeräumt, das von internationalen bis hin zu umwelttechnischen Fragen reicht:

„[...] capacity-building, infrastructure, community infrastructure in a place like Derry is very strong [...] and in the international context that sort of sense of the European Union having some, you know, perspective on international affairs. The first time with our sort of prompting along with other parties, there is a special group now in terms of Palestine [...] so when you look at the funds that are available, obviously for farmers, the CAP reform, the structural of funds and the regional development fund and the PEACE money, so that's where our focus and our emphasis is was very much on to ensuring that the European Union had a good perspective on climate change [...].“

Die Partei in ihrer Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament wird ebenfalls positiv kontextualisiert:

„[...] the dynamic of our party and our party politics is, I think, and most observers would say, even though we're a smaller number, our impact would be no greater than our numbers, because we would go at it from a very strategic point of view, so there would be good party support. So whatever programmes and whatever we would be pushing in Europe, would be done with a good degree of dynamic.“

Die damit einhergehenden Aktivitäten der Partei werden somit als relevant wahrgenommen, was die Legitimität der Institution des Parlaments impliziert. Dies kommt bereits im Zuge der reinen Annahme der Mandate im europäischen Parlament zum Ausdruck, wohingegen im Parlament des Vereinigten Königreichs eine abstentionistische Linie verfolgt wird:

„(...) we were never abstentionist on the European level because there is no claim of legitimacy. Brussels doesn't try to say, you know, that Ireland is a...Brussels recognises each individual nation state, so the politics of Ireland is...and the politics of Britain would be covered by that.“

Die europäische Ebene wird somit Interviewpartner somit als eine positiv konnotierte, zusätzliche über der als illegitim und hemmend erachtet nationalen Ebene begriffen. Der Blick auf den Konflikt zeigt sich in dessen Definition:

„What we have in Ireland is a conflict about ideals and philosophy, there is a large number of people on the island of Ireland who believe Ireland should be a unified country in every aspect

of that word and then, in the north of Ireland, because of partition, you have a minority of people at present who believe that their aspirations would be best served in the concept of a unitary state. There is a narrow group of people who are in a majority at present who believe that their allegiance lies to Britain and to the concept of to what's called the United Kingdom. [...] In the north here we have a particular style of government which is a mandatory coalition which in itself creates a degree of conflict because not everybody sitting around the table have a common philosophy or a common view as to how life should be organised, they do agree a program for government, but their programme of government is a reflection of those tensions and a degree of conflict.“

Abseits der analytischen Haltung dem Konflikt gegenüber, drückt der Interviewpartner seinen ideologischen Frame unter anderem durch die Formulierung ‚what's called the United Kingdom' aus. Der Konflikt spielt sich auf Basis der Gesellschaft, aber auch auf jener der Parteipolitik ab.

Wie beschrieben, wird der Einfluss der Europäischen Union auf die Region und ihren Konflikt als explizit positiv wahrgenommen. Wie im Folgenden dargestellt, kann die Partei auf Basis der Aussagen des Interviewpartners nicht als EU-kritisch bezeichnet werden:

„[...] they might say the European Union has insisted that tomatoes have to be a certain size and bananas have to be...no, and that's overstated, but there are regulations which are European standards now, now which is good because food passes certain routine standards [...]. [...] there was big criticism that the European Commission isn't elected and it's very powerful, you get all that criticism, but that's the nature of what effectively was a trade, an economic pact between two countries now that's grown up and it has it's benefits, but obviously, it has as well its weaknesses as well.“

Die angeführte Kritik an der Europäischen Union und ihren regulativen Weisungen wird sogleich folgend relativiert, die Kritik per se als die Meinung Dritter dargestellt.

4.1.B.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Wie in C. angeführt, wird der Konflikt explizit als *issue* erkannt, auf welchen die EU einerseits als Kontext, andererseits als mediativer Akteur reagieren kann und soll.

In Bezug auf ‚europäische Werte', fokussiert der Interviewpartner auf die Beziehung zwischen Nationalstaat und EU:

„So, if that's the European values, then that's good. [...] I believe firmly that the Human Rights Act is good, a standard of jurist prudence is improving so that the ability for a state to manipulate the judicial processes in Ireland and particularly in the North is diminished, you know, you have lawyers here who are more efficient in understanding European law, I think you have a policing service and a judiciary and a prosecution service (...) we all know that mistakes

were made and now is the chance to not make these mistakes going forward because in a conflict it's easy for states to lower standards because what they'll say is we have an enemy out there and we have to lower standards to put our enemy behind bars and arrest them and imprison them, but ultimately...it doesn't fulfil, what you set out to do and ultimately it allows states, to try and define the problem in the wrong way.“

Der Interviewpartner sieht – auch mit Verweis auf die von ihm als korrupt definierte Situation Nordirlands beispielsweise in den 1970er-Jahren – europäische Wertigkeiten als die tatsächliche Umsetzung universeller bzw. internationaler Werte (z.B. Menschenrechte) sowie die dadurch resultierende Eindämmung nationalstaatlicher Willkür.

Ebenso wird auf soziale Strukturen verwiesen, die als möglicher europäischer ‚layer‘ über nationaler Konfliktstruktur liegt:

„I think the function of the European Union isn't to become some sort of social arbiter, so whether states are right or wrong, but it's not bad if a citizens feels they don't get their justice or that they're not getting their proper representation then they have an arm that's perhaps not as bound by the politics of a particular state and the European Union and the European Court in my opinion can play a very valuable role in that.“

Der Verweis auf die Verfügbarkeit transnationaler Jurisdiktion, welche nicht nur als Alternative zu nationalstaatlicher Rechtsstaatlichkeit, sondern in diesem Falle als eine positive ‚Erweiterung‘ verstanden wird, kann in Bezug auf den Nordirlandkonflikt auf rechtlicher Ebene daher ebenso als Form eines erweiterten Konfliktlösungsverständnisses interpretiert werden.

4.1.C ZWISCHENFAZIT

Wie bereits im Kapitel zur 2.3.1.b angedeutet, ist es für Parteien, welche sich in das elektorale System ihres regionalen bzw. nationalen Systems sowie das der Europäischen Union eingebracht haben, äußerst aufwendig bzw. oft nicht zuträglich, das System der EU abzulehnen. Diese Hypothese wird auch im Falle der hier untersuchten Parteien bestätigt; nicht nur durch die Friedensförderungen der EU, sondern auch die Teilnahme an europäischen Institutionen wie dem Parlament oder der Berufung auf die europäische Jurisdiktion, lässt sich in beiden Fällen ein stark struktureller sowie informeller Grad der Europäisierung beobachten. Dies führt zwar zu einer mehr oder weniger starken Ablehnung der EU in Bezug auf sekundäre Politiken oder Richtlinien, jedoch nicht zu einer Infragestellung der Europäischen Union als politisch-rechtliches System.

4.2 EUROPÄISIERUNG SYSTEMKRITISCHER UND RADIKALER ORGANISATIONEN

Im Akteursfeld des Nordirlandkonflikts spielen auch jene Organisationen und Bewegungen eine Rolle, welche – aus unterschiedlichen Gründen – dem regionalen bzw. nationalen politischen System kritisch oder auch ablehnend gegenüberstehen (oft verbunden mit der Ablehnung des Karfreitagsabkommens von 1998) und deren ideologische Grundlage manchmal auch im radikalen Bereich angesiedelt ist. Die vorgestellten Akteure entsprechen diesen Aspekten und sind häufig durch Aktivitäten auf Community-Ebene wie beispielsweise Proteste, Kundgebungen oder Märsche präsent, wodurch sie sich häufig in aktuelle politische Debatten im Zusammenhang mit dem Konflikt einbringen. Durch diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sind die dargestellten Organisationen mit europäischen Fördergeldern konfrontiert, manchmal auch mit der europäischen Jurisdiktion. Auch die starke ideologische Bindung an nationalstaatliche Systeme macht die Frage der Europäisierung ihrer Frames zu einer äußerst relevanten Frage.

4.2.A 32 COUNTY SOVEREIGNTY MOVEMENT (32 CSM)

Wie in den folgenden Subkapiteln dargestellt, kann dieser Akteur als dissident und nicht bewaffnet auf radikal-republikanischer Seite klassifiziert werden (vgl. Horgan / Gill 2011: 58). Eng mit der terroristischen Gruppierung *Real Irish Republican Army* verbunden, gründete sich die Gruppierung im Jahr 1998 als Abspaltung des bis dahin etablierten Republikanismus und aufgrund eines kritischen Blicks auf das Karfreitagsabkommen (vgl. Currie/Taylor 2011: 14).

4.2.A.1 KLASSIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

In Bezug auf die Aktivität der Europäischen Union im regionalen Förderbereich, wird diese – nicht nur als Vergabe der Europäischen Union – von den Interviewpartnern kritisch gesehen:

Respondent 2: “[...] all sorts of funding, not just the European Union funding, but, you know, peace funding and things like that, it’s obvious that if you haven’t bowed to the state, that you won’t receive or benefit from any of this type of funding, this funding will go to the community groups who are by and large controlled by Sinn Féin, you know, they are is gatekeeping and the funding will not reach the grassroots [...]. [...] it’s possibly part of throwing money at something, you know, there is people who would have the attitude: Pump money in, pump money in and...it doesn’t, you know, you can pump as much money in, finance this part of the world as you want, but unless you deal with the core issue, which is the violation of sovereignty, it’s going to keep resurrecting, you know, and people on the ground will say: The amounts of money being pumped down is going to fail the attempts to show a failed state.”

Die hier anti-systemische Kritik wird im Folgenden ergänzt durch die Kritik an globalen ökonomischen Machtgefügen und einem klassenfokussierten Ansatz:

Respondent 1: *“And probably, there is much more of that coming from the capitalist system that works in Britain and in Ireland. The moneys coming through is effectively buying people’s allegiance to something which they don’t necessarily agree with and in that context, people who stand up will find themselves marginalised in relation to the funding.”*

Die dadurch dargestellte fehlende Anerkennung staatlich-politischer als auch ökonomischer Gefüge, lässt klar erkennen, dass keine Legitimität der Förderungen bzw. keine ermächtigende oder mediative Rolle gesehen wird. Ebenso kann dadurch kein Rückschluss auf Lern- oder übrige Akteursprozesse gezogen werden. Diese Rolle der Legitimität ist jedoch in Bezug zur rechtlichen Komponente der Europäischen Union different gestaltet; so findet beispielsweise die europäische Jurisdiktion folgenden Eingang:

Respondent 2: *“[...] there a special Criminal Court which Europe has found illegal, [...].”*

Dieser Verweis – welcher der (als illegitim erkannten) britischen Jurisdiktion den Akteur ‘Europe’ ohne weitere Ausdifferenzierung gegenüberstellt – implementiert juristische Legitimität auf europäischer Ebene, wird jedoch in diesem Zusammenhang ausschließlich im Kontext des regionalen Konflikts reproduziert.

4.2.A.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

Zwar kann keine Europäisierung auf Basis der Akteursstruktur erkannt werden, dafür jedoch eine stark kritische Sicht der Interviewpartner auf die institutionalisierte Struktur des politischen Systems:

Respondent 1: *“Stormont is...has failed, has failed the people, has failed the Republican base and in that context, the difficulties that we are witnessing in the Stormont administration, where it is stumbling from crisis to crisis and possibly leading to one of the most major crises within the coming weeks that our analysis was correct back then. So that is basically the situation where Republicans are today. [...] And as part and parcel of that, the unjust laws within the criminal justice system have been designed to ensure conviction and we have what has been termed in this country ‘internment by remand’, where people are imprisoned for long periods from up to 18 months to two years on spurious charges.”*

Die dargestellte systemkritische Haltung an einem illegal erkannten politischen sowie rechtlichen System wird im Folgenden erweitert durch einen (bereits in Punkt A. angesprochenen) kritischen Zugang in Bezug auf die klassenbasierten Machtverhältnisse vor Ort, was die Problematik und den Konflikt aus Sicht des Akteurs auf eine doppelte Ebene hebt:

Respondent 1: *„As part and parcel of that, of the social strata, more and more working class people have no voice (...) and they are feeling further and further marginalised.”*

Der regionale Konflikt ist ergo omnipotent; er überdeckt die Möglichkeit transnationaler Ermächtigung (als zusätzlicher politischer Ebene) aus Sicht der Interviewpartner, was sich besonders in der fehlenden Möglichkeit darstellt, eine übergeordnete juristische Stelle anzurufen:

Respondent 1: “[...] we have no remit through the European Court, because European Court and the process of getting there has to be exhausted through what they call the national legislation. And that is obviously the difficulty for an occupied country, because the national is the British government and for many Republicans, we don’t recognize the British government of having any right to legislate in this part of our country.”

Die Internationalisierung des Konflikts und die damit einhergehende Steigerung des Bewusstseins wird als äußerst relevant und wichtig angegeben:

Respondent 1: “Yeah, this is very important to internationalise what’s happening here because what’s happening in other countries, such as Venezuela or whatever, is very clear that the colonial and imperialist systems that operate are designed to suppress and oppress the working class people, the ordinary indigenous people and the whole capitalist system impacts on indigenous people is severely creating hardship, poverty and whatever.” [...]

Respondent 2: I think the international aspect is very important and there has always been a, you know...a historical context with Republicans being involved in that, be it the anti-Apartheid in South Africa and more recently the boycott of Israeli goods, Palestine and, you know, as a country that suffered from...and still suffers from imperialism, you know [...].

Diese abermals klar anti-systemischen Aussagen zeigen deutlich das Fehlen einer europäisch-institutionellen Ebene, auf welcher Proteste oder Bewegungen organisiert werden könnten.

4.2.A.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Der aktuelle Nordirlandkonflikt wird von den Interviewpartnern im Zusammenhang staatlicher Diskriminierung gesehen. Der Schwerpunkt liegt hierbei weniger auf zivilgesellschaftlicher Separation oder dem daraus resultierenden Konflikt, sondern der Problematik gegenüber dem System:

Respondent 2: “Regarding the prison situation, you know, it’s important to remember that the British government in this part of Ireland...you know, it used all sorts of draconian legislation, they would call them anti-terror legislation and this is basically a mechanism for them to practically remove anyone who won’t bow to the status quo.” [...]

Respondent 1: “And that’s why we as an organisation have to make our community activities relevant to the people, which is sovereignty in action. Because sovereignty belongs to the people so in that context it works both ways, if we go in with some academic philosophy towards...about...sovereignty that our people won’t understand. As [he] says, the food on the table, but if we’re going in, seeing all of these...recognising all of the difficulties, that the people are experiencing, and drafting proposals how to deal with them, in whatever. That’s sovereignty in action.”

Die Kritik wird hier auch innerhalb des republikanisch-nationalistischen Flügels geäußert; Sinn Féin als republikanische, jedoch am System teilhabende Partei wird ebenso kritisiert wie der politisch-elektorale Unionismus. Besonders stark kann die Doppelbödigkeit des Konflikts erkannt werden,

einerseits durch die Darlegung der Kritik am eigenen politisch-rechtlichen System durch Interviewpartner 2, andererseits die klassenbasierte Systemkritik durch Interviewpartner 1.

Im Bezug auf die Legitimität der Europäischen Union per se wird stark unterschieden zwischen ihrer ökonomischen und rechtlichen Funktion. Dieser Unterschied wird, beginnend mit wirtschaftlichen Aspekten, hervorgehoben:

Respondent 1: “[...] the island of Ireland whilst it may have, there is a perception that it has gained from European funding, it has effectively lost because of the caps it has been put on indigenous industries in the nation and for small to medium sized businesses, to progress, they can’t because of the caps and they refer specifically to the agricultural and fisheries and all of that. [...] the value of looking towards Europe is minimalistic in the overall context. In a political context, there are some aspects of the human rights legislation, for example. And that Britain is in breach of, [he] referred to the system in the 26 counties, but if we look in more recent days, where the British government are looking to pull themselves out of the European Human Rights legislation, and set up their own Bill of Rights, obviously this is clear designed to give more powers on top of the special powers that they already have to breach human rights. And from this part of the world in the occupied area of Ireland, we are going to be the brunt, if that happens, that the British government pulls out of the European Human Rights legislation, we are going to suffer. Greatly.”

Die Europäische Union per se, besonders in Bezug auf ‚informelle Werte‘, wird ebenfalls ambivalent zwischen den beiden Interviewpartnern gesehen:

Respondent 2: “[...] you don’t need a European Court to look at the Israelis who slaughter women and children and the world just seems to be looking the other way so there wouldn’t be something that I would have any great faith in, it looks like the Brits have it all wrapped up and, you know, it’s not a level playing field, it’s an uphill struggle.”

Respondent 1: “But I think, you know, it’s, if England pulls out of Europe, can a small nation like Ireland sustain it’s overall economy and the level of...function we’re at the moment. Can we sustain that without Europe? Are we depending totally on Europe? It’s...a hypothetical question alright, but it’s difficult to say how we could sustain ourselves because of our neighbors if we remained in Europe and our neighbors was out of Europe and our neighbors put an embargo on our trade, well then, your economy will collapse, so there is all sorts of scenarios and hypothetical situations that you can look at [...].”

In beiden Annahmen wird die Europäische Union bzw. ihre Inhalte und Strukturen in ihrer Bewertung stark gegenüber dem Nordirlandkonflikt reproduziert. Nimmt Interviewpartner 1 eine eher vorteilsmaximierende Position ein, so weist Interviewpartner 2 auf eine institutionalisierte Problematik

hin, welche sogar die Reproduktion von supra- und internationalen politischen Machtverhältnissen thematisiert.

4.2.A.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Informell-normative Auswirkungen auf den Akteur können als Resultat der vorherigen Aussagen kaum beobachtet werden, einerseits durch die komplette Ablehnung des regionalpolitischen Systems, welches nicht nur als konfliktuell, sondern tatsächlich als illegitim erkannt wird, andererseits durch die Anerkennung des Konflikts als *issue*, jedoch den Vermerk, dass dies nicht oder nur äußerst begrenzt durch die Europäische Union und ihre Institutionen lösbar ist. In Bezug auf die Frage nach ‚europäischen Werten‘, so werden diese von den Interviewpartnern am Ende des Tages als sekundär wahrgenommen, da sie im Hinblick auf das britische System instrumentalisiert werden und somit keinen argumentativen oder faktischen Bestand haben.

4.2.B IRISH REPUBLICAN SOCIALIST PARTY (IRSP)

Laut Horgan und Gill kann die *Irish Republican Socialist Party* als eine von insgesamt vier dissidenten, nicht bewaffneten radikal-republikanischen Gruppen identifiziert werden, welche sich in den Konflikt einbringen (vgl. Horgan / Gill 2011: 58). Gegründet wurde diese im Jahr 1974, zugleich mit ihrer damaligen paramilitärischen Organisation, der *Irish National Liberation Army (INLA)*; aus der Gründung lässt sich maßgeblich die ideologische Orientierung der Partei schließen, welche auf gewerkschaftlich-sozialistischen Grundsätzen beruht (vgl. Morrison 2013, S.85ff.).

4.2.B.I KLASSIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Wie auch in den Kapiteln 4.2.A und 4.2.C zu beobachten, wird es durch die folgend äußerst stark geäußerte Kritik an der Europäischen Union verunmöglicht, zusätzliche Veto-Akteure zu identifizieren.

Zu den Förderungen der Europäischen Union in der Region fällt die Antwort der Interviewpartner zweiseitig aus:

Respondent 1: „*The financial activity is sort of...like...to a certain elite group benefit of that, but, you know, that didn't come down to the working-class community, the communities that needed it the most.*“ [...]

Respondent 2: „[...] *we would have done some work on PEACE III, trying to, issues had arose, you know, the flags and then they had issues rising and within the Unionism-Protestantism-Loyalism, we were doing some work with those groups who were not on ceasefire not to try and destabilise the peace process because of what they perceived our side to be doing.* [...] *The PEACE programme would have been the space where it built the relationships you could have them engagements and relationships, you know?*“

Interviewpartner 1 nimmt eine deutlich kritischere Haltung der Förderung gegenüber ein; durch eine klassenbasierte Argumentation spricht er den Förderungen, sowohl im ökonomischen, als im friedenspolitischen Bereich, eine mögliche Ermächtigung ab. Interviewpartner 2 hingegen ist positiver; mit Bezug auf das durch die EU finanzierte PEACE III-Programm führt er den dadurch geschaffenen Raum an, um nicht nur Beziehungen zwischen den dissidenten Gruppierungen zu stabilisieren, sondern auch sozialisierte Werthaltungen zu verändern, wodurch die beschriebene Funktion der Förderungen nicht nur als *facilitating formal institution* zur Ausstattung von Ressourcen, sondern möglicherweise auch als *norm entrepreneur* bezeichnet und dadurch – abhängig vom Standpunkt der beiden Interviewpartner – als Initiator von sekundären bzw. primären Lernprozessen gesehen werden kann.

In Bezug auf die Europäische Union als politisches System, liegt folgend eine de facto komplett theoretische Ablehnung des Systems bzw. seiner praktischen Umsetzung vor:

Respondent 1: „[...]we would oppose the European Union, we did in the 70s...we just see it as a capitalist club, you know, the richest are getting richer and the poorest being left behind, looking at Greece, Spain, Italy, every working class community has suffered. The rich haven't suffered, the banks haven't suffered, and we just see this as an extension of the United States really, a United Capitalist States as such, so we would not be great supporters of the European Union.“

Wie in der Aussage zu erkennen, liegt der Ablehnung eine eher ideologische statt funktionalistische Problematik aus Sicht des Interviewpartners zugrunde.

4.2.B.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

Die Akteursstruktur lässt auf Basis des Gesprächs kein Zeichen von Europäisierung erkennen; die Sicht der Interviewpartner auf das System Nordirlands zeigt die klare Nicht-Anerkennung dessen; die ‚britische Präsenz‘ in der Region wird klar illegitim gesehen:

Respondent 1: „The last election was really a sectarian headcount, the different parties were looking for a...they have...the DUP and the UUP have election strategies where they only stand in one constituency and one wouldn't and Sinn Féin was looking at that and so really it's just a sectarian headcount.“ [...]

Respondent 2: „[...]and then you have, you know, the Westminster effect that we have here, in the north, whereas you have in the south direct line to Brussels.“

Zu erkennen ist einerseits die antistaatliche Kritik, welche sich auch auf ‚eigene‘ (republikanisch-nationalistische), am System antizipierenden Akteure bezieht, andererseits kann man vor allem an der Aussage von Interviewpartner 2 klar sehen, dass eine mögliche europäische Ebene klar von jener des Nationalstaats überlagert wird. Dennoch wird die Ebene der EU als präsent wahrgenommen und als durch Interessensgruppen beeinflussbar erkannt:

Respondent 2: „But there is some good left-wing groups that participate within the Union, you know? In Brussels there is a lot of offices from parties and organisations on the left that join in to try influence the Union [...].“

Der Bezug auf ein mögliches Netzwerk – sowie ein verstärktes Bewusstsein über den Konflikt per se – wird bejaht, jedoch nicht in einem europäisierten Kontext:

Respondent 1: [...] the Republican social movement would have contact with different groups in Europe on a big level, you know, and probably on a military level as well, you know? [...] political allies there would have been a common ground there, you know?“

Somit kann festgestellt werden, dass von Seiten der Gruppe durchaus ein Netzwerk zu weiteren Akteuren hergestellt wird, jedoch eher in einem system-kritischen Zusammenhang, welchem keine europäisch-institutionelle Struktur zugrunde liegt. Netzwerkarbeit und wachsendes Konfliktbewusstsein wird nicht als europäisiert, sondern internationalisiert dargestellt.

4.2.B.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Wie in den Punkten A. und B. erkennbar, wird die Legitimität der Europäischen Union zwar infragegestellt und die Mitgliedschaft aus ideologischen Gründen abgelehnt, finanzielle Förderungen im friedentechnischen Bereich jedoch werden eher gemischt aufgenommen.

Generell ist die EU, wie jedes andere politische System, aus Sicht der Interviewpartner in eine gewisse Machtstruktur eingebunden, welcher die eigene Kritik im Allgemeinen gilt:

Respondent 2: „[...] we're recognising that...socialism is international, internationalism. It's not about the Union, the EU, (it's about) the world. [...] There may be some benefits at grassroots across the country, but it's also the thing, where they're in charge of the Euro they'll dictate it, the well-off countries will always survive, you know, the lobbies, where the poor countries would actually pay more.“

Die EU ist ergo im Weltbild des Akteurs nicht institutionalisiert, der Prozess der Internationalisierung jedoch schon. Dennoch kann festgestellt werden, dass die ‚EU‘ im Zusammenhang mit dem beschriebenen Machtblock in Akteursform erkannt wird. Die dadurch festzustellende identitätsstiftende Linie verläuft daher an der Linie der linksgerichteten Solidarität und des Klassenkampfes als an der regionalen.

In Bezug auf spezielle Politiken der EU, wird auf mehrere Aspekte Bezug genommen, der erste bezieht sich auf die von der Europäischen Union geförderten Projekten:

Respondent 1: „There are some infrastructure projects, like the Foyle Bridge and stuff like that, but by a large...the north-west of Ireland has been neglected, you know, by both the British Parliament and the European Union. There has been peace money, you know, the ex-prisoners

and groups like that...there is capacity-building towards that there, as a transition from conflict to peaceful struggles, you would call it, or political struggles, but I'd say that on a broader term it's sort of a narrower narrative, on a broader term, it hasn't reached out to the communities. [...] they [Förderungen, Anm.] build their capacity to obviously enhance the peace process, so in that sense, yes, and they have done a positive, we ourselves were involved, we were involved in projects with former Loyalist paramilitaries, and stuff like that, so no, we had a good understanding and some people made friends out of it, you know, on a former enemy, so it was positive on that context, you know?"

Jene zum Ausdruck gebrachte Kritik bezieht sich tatsächlich eher auf die Verteilungssystematik der Förderpolitik als auf die Gelder und ihre Verwendung selbst, welche in ihrer Wirkung als tendenziell positiv bewertet werden. Ein weiterer durchaus positiver Aspekt wird den fehlenden Grenzkontrollen während des Konflikts der vergangenen Jahrzehnte eingeräumt:

Respondent 1: *„[...] obviously you had border stops here at everything two miles down the road there is southern Ireland but they are all gone because of the European stuff, single market and all that there. So it's sort of makes the physical border gone, you know? So it's only a political border now, so maybe the more relevant they become and the more together the European Union is, the less intrusive borders will be, you know? That would be the only positive thing for me on it, you know?"*

Die aufgebrachten Positiva werden klar im Blickpunkt des Konflikts argumentiert und reproduziert. Interviewpartner 2 nimmt schließlich auf gewisse Politiken der EU Bezug:

Respondent 2: *„[die eigene Community, Anm.] would have deep suspicion on the Union, although they recognize the union brings a lot of benefits from the money that comes in. [...] Agri, you know? Industry, you know? That gets supported by the Union. You know, so...there is an element of...where people see the benefits, but historically, the politics. [...] The laws that are made, you know, that there is no empowerment, no ownership, it just comes down the line and that would be one of the things that is against this.“*

Im dargestellten Zugang wird klar die Bewertung zwischen wirtschaftlichem *empowerment* (so auch beispielsweise im Bereich der Infrastruktur und der Landwirtschaft) sowie andererseits auf politisch-ideologischer Ebene, welche die Konfliktlinie auf eine Trennung zwischen ‚output‘ und ‚Politik‘ hebt, was nicht zuletzt auch die Kritik gegenüber der rechtlichen Implementierung beinhaltet, differenziert.

4.2.B.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Erkennbar an der Kritik am politischen System, wird die politische Kultur Nordirlands als illegitim und konfliktuell eingestuft, was jedoch dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegenübergestellt wird:

Respondent 1: *„[...] we were trying to engage them [weitere dissidente Gruppierungen, Anm.] and you know, say there is our way, or look because we haven't given up any of our principles,*

you know, we support the peace, but we don't support the process, you know, so we're saying to them: Look, you can still disagree, but you can disagree with it in a political way. "

Man kann diese Beschreibung als eine Art ‚akteurszentrierten‘ Friedensprozess bezeichnen, da auf zivilgesellschaftlicher Ebene besonders mit ehemals und momentan aktiven dissidenten Gruppierungen (der loyalistisch-unionistisch-protestantischen Community) verhandelt wird.

Der Konflikt wird durchaus als *issue* erkannt, jedoch nicht als ein Prozess, der von der Europäischen Union befriedet werden könnte oder sollte.

‚Europäische Werte‘ werden diese – von Interviewpartner 1 als theoretisch bezeichnet – Wertigkeiten nicht im institutionellen Sinne, sondern als ‚Instrumentalisierung‘ für (militärische) nationalstaatliche Interessen erkannt.

Respondent 1: *[...] we see it a bit different, we see it as a form of control, a form to keep people quiet and stuff like that. [...] but they say that, that European values, and then they go bombing people in Iraq and Iran and Afghanistan, there is a lot of hypocrisy as well there, you know? So it's European values when it suits them, when it's in Europe, when it's foreign, they can do what they want [...]. I think, European values should be about...social equality social inclusion, you know, that's where I would see European values. "*

In dem beschriebenen Kontext dominanter nationalstaatlicher Interessen findet die Europäische Union als Akteur keinen Eingang. Interviewpartner 2 bringt schließlich den Aspekt der Identität auf:

Respondent 2: *„[...] European values, you know, has been made up by somebody who is sitting in Brussels who has a big benefit to say, you know, the union is great, you know? [...] That's not to be dismissive it just has no bearing, no relevance. Why would I have European values, I have my own values. You know Irish values, Socialist values, you know, that would be paramount before I would get to European values. "*

In dieser Aussage werden ‚europäische Werte‘ nicht nur als künstlich, sondern gegenüber nationalen und ideologischen Werten nachgereit.

Dies lässt keinen Schluss auf einen ‚europäischen layer‘, welcher über konfliktuellen Identitäten stehend zu; der Fokus des beschriebenen Akteurs liegt diesbezüglich tendenziell ausschließlich auf einer international-systemkritischen Basis und der daraus resultierenden Solidarität.

4.2.C ORANIERORDEN

Gegründet 1795, weist der Orden Handlungsstrukturen eines historischen Frames auf, der besonders auf die Verbindung zum Vereinigten Königreich, dessen Monarchie und Protestantismus fokussiert ist (vgl. Tonge et.al. 2011a: 10). Dies wird im öffentlichen Raum durch regelmäßige Aufmärsche entsprechend dargestellt, wodurch der Orden innerhalb der protestantisch-unionistischen Community

Nordirlands einen zentralen Akteur bei zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen darstellt (vgl. Mitchell 2006: 95), ohne hierbei die Methode religiöser Diskurse (auch im Zuge der eigenen Identitätsgestaltung) außer Acht zu lassen (ebd.: 135).

4.2.C.I KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Die Meinung über die Involvierung der Europäischen Union in der Region fällt im Folgenden doppelseitig aus. Die wirtschaftlichen und friedenspolitischen Investitionen werden per se positiv bewertet:

“[...] the actual projects themselves have been very important, for the building of a better society here, such as the peace bridge, such as the development of other infrastructure around here for tourists and yes, that has been from European money [...]”

Im Kontext des nationalen politischen Systems jedoch blickt der Interviewpartner aus einer kritischen Perspektive auf das Engagement:

“[...] it's just that we don't believe it necessarily had to come from Europe.”

Die Förderung, das heißt die Finanzierung von Friedensprojekten, wird zwar als ‘Mittel zum Zweck’ positiv konnotiert, jedoch wird die Logik der Vergabe stark kritisiert. Die Europäische Union wird als reine Alternative zum eigentlich bevorzugten Fördergeber, dem Staat, dargestellt. Die Kritik an der Union wird schließlich ebenfalls angesprochen:

“More could be done without the bureaucracy of Europe and in fact, we could even get more money if we didn't have Europe there.”

Die finanziellen Aktionen der Union werden somit nicht mehr als reine Alternative, sondern als eine tatsächliche schlechtere Option für die Region begriffen.

Man kann aus diesen Ausführungen erkennen, dass die Finanzierung durch europäische Gelder zwar legitim, jedoch stark suboptimal im Vergleich zu nationalstaatlichen Fördergebern gesehen wird. Durch diese kontextuelle Kritik kann de facto kaum über einen durch die EU indizierten Prozess des politischen oder sozialen Lernens aus der Perspektive des Oranierordens gesprochen werden.

4.2.C.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

In Bezug auf die Beantragung und Verarbeitung von EU-Geldern gibt der Interviewpartner eine klare Struktur an:

„[...] and then through the European funding, that's where they get myself and other employees of the museum, etc., employed to do that outreach, but if you like there is really only two people up there who... actually the people who're looking at the whole idea of funding and applying for that funding.“

Diese Professionalisierung (also durchaus Europäisierung im institutionell-strukturellen Bereich des Akteurs) wird ergänzt durch wissenstechnische Ressourcen der Stadtregierung.

In Bezug auf die Europäische Union als ‚zusätzliche‘ politische Ebene zum regionalen bzw. nationalen System (so beispielsweise im Bereich des Aufbaus von Netzwerken mit anderen Gruppierungen) können keine Strukturen in Kooperation mit europäischen Instituten erkannt werden; tatsächlich beruhen sämtliche Netzwerke auf Eigeninitiative:

„We don’t really have contacts with other groups, there would be other contacts with groups in other parts of Europe such as parts of Spain, who would see what’s happened here and they would be coming and speak to us see what we’re doing, and other groups to see how we actually managed to see how we can bring the communities closer together and maybe they can do that in their own country, because of the Basque country for example, Spain has got its own problems, we’ve also been to other parts of Europe to see how they’ve done things, South Tyrol, Northern Italy.“

Der Austausch von Ressourcen ist durch Netzwerke somit nicht nachzuvollziehen. Diese werden, wie bereits vermerkt, unter anderem durch die Europäische Union und ihr PEACE-Projekt erstattet. Der Interviewpartner beschreibt den Vorgang dazu folgendermaßen:

„[...] those projects, first of all, come with a lot of support from the Irish government and the British government, they go to Europe and say: Look this project is worth funding to break down those barriers, to provide that education, they put it up there so that people come in and see what it’s actually about. The funding itself can provide staff, such as those staff working with me, professional people, who go out there and tell people our history [...].“

Es wird klar, dass in der Analyse *facilitating formal institutions*, welche Akteure mit Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, klar in den Förderungen und den von ihnen etablierten Friedensprojekten zu erkennen sind; dies lässt auch erkennen, dass es sich im Frame des Interviewpartners bei der Europäischen Union deutlich um einen ermächtigenden Kontext, jedoch keinen im Konflikt auftretenden Mediator handelt. Die Bewerbung um Fördergelder wird hier als Rolle von Nationalstaaten dargestellt; Kompetenzen und personelle Ressourcen werden ausschließlich durch regionale Expertise zur Verfügung gestellt.

4.2.C.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Angesprochen auf die Relevanz und Aktualität des modernen Nordirlandkonflikts wird wie folgt geantwortet:

„[...] the current situation is by no means back to normal. There is a lot of work which needs done in the future, but it’s a lot better than it has been and it’s a lot more peaceful, but they are now a tiny minority and so things have actually moved on quite a lot and the society has moved on, it’s modernised, living standards are much better than they were in the past but things are not back to the peaceful way there were when I was a child [...].“

Der Konflikt, obgleich seine Entwicklung vom Interviewpartner als positiv erkannt wird, ist dennoch in seinen Augen immer noch präsent. Der Kern des Konflikts wird nicht explizit genannt, die wesentliche Problematik jedoch offensichtlich in der als ‚they‘ betitelten Gruppe gesehen und die Brisanz des Konflikts somit auf Prozesse fokussiert, welche von einer gesellschaftlichen Minderheit ausgehen. Dass der Konflikt nach der Sicht des Gesprächspartners keine gesamtgesellschaftlichen Ausmaße annimmt, zeigt das folgende Zitat:

„[...]we are brought up in mixed areas, even the Protestants, we have moved into this area as we did in the past...we didn't move to a Protestant area, there was areas where the majority of people might be Protestant but they are all mixed. I've never lived in areas that's solely protestant people, so it's this idea of there being Protestant, Catholic areas, it's just nonsense. Unfortunately, there are certain areas that are almost exclusively Catholic, and a few areas of Protestants that are like that, but that's mainly because people were intimidated out of those areas, but they didn't move from a Catholic to a Protestant area, they moved to an area, where there was Catholics in it as well, so it's always been that – interactions between communities. It was a misinterpretation of the press that it was two communities facing each other, that was not the case. Even in school, for example, you talk about Protestant schools and Catholic schools, there is no Protestant schools. The schools that are run by the state are all mixed [...]. [...] there is a lot of people in society, including myself who think, in the long run, it would be better if we hadn't got the division, that those schools were all, just, one mixed school. But I would also be against forcing people into that...if the Catholic sector who wish that they had Catholic teaching in their ethos in their school, it should be their right to have that and parents choose to send their son there, but I don't think it should be used as an excuse for division.“

Die Isolation und Trennung der konfliktuellen Communities wird somit nicht im gesellschaftlichen, sondern tendenziell eher im institutionellen Bereich gesehen, was jedoch vom Interviewpartner besonders auf der Initiative katholischer Bevölkerungsgruppen begründet gesehen wird.

In Bezug auf die Europäische Union, nimmt der Gesprächspartner eine klar kritische Haltung ein:

„A lot of money has been put in from Europe in this city, for example the peace bridge there and other places and I'm not saying it hasn't helped, it has. That sort of investment was needed to help...sort of move things forward. But on other issues, for example as the UK as a whole, there is much more money put into the EU every year than what comes out of it. So, the British government could have given us the same items for less money, our taxes, you know so, there is...there is a view among some that Europe is this great thing that has given us all this but actually it's just a part of what we've given them and the same within agriculture, for example. The bureaucracy as well is annoying at times.“

Hier wird neuerlich der Zusammenhang zwischen der Kritik an der EU und dem klaren Vorzug gegenüber der nationalstaatlichen (deutlich britischer) Förderpolitik dargestellt. Die Befriedung von Konflikten ist damit eine klar nationalstaatliche Angelegenheit:

„There is...if you want to put it like this, the situation that the government could have given us funding, peace funding, without the need for Europe as that would cost the British taxpayers less money.“

Der Vorzug für die nationalstaatliche Ebene (im Bereich der Förderungen) wird nicht zuletzt mit der Steuerlichkeit erklärt.

Blickend auf die identitätsstiftende Abgrenzung des eigenen Frames, findet diese einerseits im städtischen, andererseits im nationalstaatlichen Kontext statt, wobei selbst die regionalpolitische Ebene des nordirischen Regionalparlaments implizit aufgrund inhaltlicher Distanz kritisiert wird:

“The government in Stormont, they appointed a team to look after that, they don’t really understand the situation here, whereas the Council and the rest of the city have gone out of their way, to make sure the city welcomes everybody and Protestants do now feel welcome in the city again and as hopefully everyone [...]”

Die Bereitstellung regionaler Expertise fokussiert auf die Stadt als unterster politisch-systemischer Ebene.

4.2.C.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Die positive Konnotation der in C. angesprochenen Stadt als politische Ebene findet auch Eingang in den Kontext politischer Kultur, der vom Interviewpartner klar als konsensual gesehen wird:

„[...]the council in the city deserve a lot of credit for their shared space policy which means the space in this city is for everyone and that’s very much their credit and everybody enjoys the city, from all backgrounds [...]“

Der starke Fokus auf städtepolitische sowie nationale Ermächtigungskontexte und die gleichzeitig starke Kritik der regionalpolitischen und europäischen Ebene lässt Rückschlüsse auf einen zusätzlichen ‚supranationalen‘ Identitätskomplex de facto nicht zu, ebensowenig wie die Herausbildung einer gesamteuropäischen Gesellschaft.

In Bezug auf ‚europäische Werte‘ nimmt der Interviewpartner einen distanziert-reflexiven Standpunkt ein und differenziert im Folgenden zwischen ‚europäischen‘ Werten und Werten, welche die europäische Ebene zu vertreten versucht:

„The peace and reconciliation is to me an issue that Europe is trying to push through, rather than is, I don’t think people here would look at that particularly to be a European idea such as across Europe...while that’s right or wrong it may be more of a European issue but locally it would be

more looked at as Europe taking an interest in our situation and saying: The big issue for you is peace and reconciliation.“

„Europe“ wird hierbei der eigenen, regionalen bzw. nationalen, Sicht gegenübergestellt, es erhält Akteurscharakter – nicht nur durch die Klarstellung der europäischen sowie „eentlichen“ Interessen, sondern auch durch die Formulierung „such as across Europe“, welche die Zugehörigkeit zu Europa in diesem Kontext beleuchtet und infrage stellt.

4.2.D ZWISCHENFAZIT

Die dargestellten Aussagen zeigen deutlich, dass alle drei Akteure – unabhängig von ihrem ideologischen Spektrum – der Europäischen Union äußerst kritisch gegenüberstehen, diese jedoch nicht primär als illegitim verstehen, was sich vor allem an der Bewertung der ausgegebenen Fördergelder darstellt. Grundsätzlich wird in der Bewertung der Aktivitäten der EU stark zwischen gewissen Politiken, der Jurisdiktion und der Förderung unterschieden. Dies kann als Folge eines Lernprozesses gewertet werden. Die informelle, wertebasierte Ebene ist von dieser Entwicklung kaum betroffen, nicht zuletzt aufgrund der ideologisierten Wertebasis der Akteure, die stark in nationalstaatlichen Frames verhaftet und / oder auf anderen, mit der institutionellen Basis der EU von den Akteuren unvereinbar erkannten ideologischen Konzepten aufgebaut ist.

4.3. EUROPÄISIERUNG KOMMUNALER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ORGANISATIONEN

Das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Aufarbeitung des Nordirlandkonflikts nimmt in der vorgestellten Analyse nicht nur eine äußerst relevante Rolle ein, sondern auch bei der Frage der Europäisierung der zivilgesellschaftlichen Ebene. Das vorliegende Kapitel soll nicht nur die Frage beantworten, worin die besondere Signifikanz von Community-Organisationen besteht, sondern auch die Thematik der Rolle der EU in diesem Prozess behandeln. Wesentlich dabei ist das Prinzip der Arbeit nordirischer Community-Organisationen, *empowerment*, also die Ermächtigung der Communities zur selbstständigen Bewältigung konfliktueller Situationen.

4.3.A CREATING SPACE FOR LEARNING AND SHARING PROJECT

Das Projekt *‘Creating Space for Learning and Sharing’* wurde mit der Finanzierung durch den Internationalen Fond für Irland (beteiligt daran sind mehrere Staaten, beispielsweise die USA, sowie die EU) und dessen *Community Bridges Programme* im Jahr 2008 gestartet. Es basiert auf dem Prinzip, Communities (u.a. finanziell, aber auch durch theoretische Wissensmodelle des Lernens und zivilgesellschaftlicher Konfliktlösung) zu ermächtigen und zur Lösung regionaler Konfliktsituationen beizutragen. Das zentrale Prinzip besteht nach der Programmbeschreibung in der Einbringung der

eigenen Kompetenz durch die Communities (vgl. The Community Foundation für Northern Ireland 2013: 3ff.).

4.3.A.I KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Der Prozess des Lernens wird im Zuge dieses Gesprächs stärker auf individueller Ebene und weniger auf der bisher diskutierten institutionellen Ebene verortet. Die Situation selbst ist hierbei Initiator des Lernprozesses:

„This country produces more experts in peace building than anywhere in the world and they come here from all over to study our conflict and they go back, experts. [...] So it's all about people and learning from themselves. And our programmes are flexible enough that, if people want to do this and go down road A, and they find they can't do it, we say: Okay, well then let's try B or C or D.”

Der Lernprozess auf zivilgesellschaftlicher Ebene hat hierbei auch eine stark internationalisierte Reichweite mit Fokus auf dem US-amerikanischen Raum. Dies zeichnet sich ebenfalls in der Finanzgeberpolitik bzw. starken Interdependenzen zu US-amerikanischen Institutionen ab:

“Every March, [...] we send ten, or so, people, from the PIP programmes to America for ten days and that always happens in March around St.Patrick's Day. [...] So, those people visit maybe two cities in America and they find out about local projects in America, but they also take part in high profiled activities in America around St.Patrick's Day. So for example, one or two of the people want to meet the President of the United States, a number of them will go to the White House, all of them will go to the British and Irish embassies and meet very high profiled people and talk about their own experiences and their programmes and their communities and what's good and what's bad and these are ordinary people, these are not politicians and these are people who live in the communities where the conflict is. They don't live somewhere else. So we have that. A number of people from the USA come over every year and visit projects, we give them reports every six months through the International Fund for Ireland and when we want to work in a new area, they have to approve it, etc. And they get all our reports, but they also then report that up through the American State Department System. And so, we have, for example, when the US Agency for International Development, whenever we send them a report for Europe, quite often our programmes will be the high profiled programmes, within that Europe report, which would as well cover the Middle East, the Balkans, Cyprus, wherever.”

Explizit bezogen auf die Rolle der Europäischen Union vor Ort wird ihre Relevanz für Friedenstransformation genannt, ebenso jedoch jene im Bereich von Verbindungen, welche allerdings nicht näher definiert werden:

„I personally think that the European Union is a very positive thing, a very positive thing for Ireland, not just in terms of peace and peace building, but also in terms of connecting Ireland which is the most westerly member of the European Union, with the rest of Europe.”

Als ‘Mediator’ für den Konflikt wird die EU hier nicht explizit genannt, Irland per se jedoch ganz klar als Teil Europas bzw. der Europäischen Union erkannt.

Die Involvierung der Europäischen Union wird als legitim gesehen und – für einen großen Teil der Betroffenen – positiv bewertet. Dennoch scheint dies, dem Interviewpartner nach, eine Art ‚mainstream‘-Förderung zu sein, welche zwar jene Akteure fördert, die sich im Friedensprozess engagieren, nicht jedoch jene Gruppen, die dies nicht tun. Das hier vorgestellte Projekt knüpft an diese Lücke an:

“And the impact of that has been tremendous, an amazing amount of money, put into a tremendous number of projects, employing an awful lot of people to deliver peace building activity or community relations or cross-community to a very wide range of people. And, well, a lot of it has been very beneficial, as it also helps to support the development in the city and create jobs and create opportunities, but it hasn’t reached the people who don’t want to engage.”

Die Förderung wird also im positiven Kontext eher im wirtschaftlichen Bereich gesehen. Der Verweis auf das Vereinigte Königreich zeigt nicht zuletzt, von welcher politisch-systemischen Basis ausgegangen wird:

“Other European moneys have been coming here as well through structural funds and all that sort of stuff and they have also been useful to create employment and re-developing after the conflict and physically and...so, there has been quite a lot of European support here. This part of the United Kingdom has received more European funding than any other part, again because of the conflict.”

Als Kritik (welche, wie in anderen Gesprächen angemerkt, als Veto-Struktur gelten kann) wird die Notwendigkeit hoher personeller, administrativer und wissenstechnischer Ressourcen zur Anmeldung europäischer Fördergelder angegeben und den Vorzügen des eigenen Projekts bzw. dessen Ansatzes gegenübergestellt:

“The European Union money has been very bureaucratic, the PEACE Programmes have been tremendously bureaucratic and very difficult for small groups to manage, whereas our approach is to go to small groups, even go to areas where there are aren’t any groups and set up a group and encourage them to learn from themselves, so it’s very much a social justice community development approach. [...] And so therefore, it’s not about money, jobs, as PEACE programmes tend to be, peace building for us is about developing communities and developing

their skills and it's about giving them a confidence to deal with their issues and that's the difference between us and the European Union PEACE programmes."

Besonders der letzte Satz verweist nicht nur auf zwei unterschiedliche Förderbereiche, sondern zwei differente Konfliktlösungsverständnisse. Die Geberpolitik der EU wird nicht nur als bürokratisch sondern als reiner top-down-Prozess begriffen, wohingegen der Ansatz des eigenen Projekts nicht nur tatsächliches *empowerment* als bottom-up-Ansatz darstellen, sondern gleichsam soziales Lernen nicht nur auf finanzieller Basis fördern soll.

4.3.A.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

Die Struktur des Akteurs bzw. des hier vorgestellten Projekts orientiert sich, abseits jeglicher Auswirkungen europäischer Integration, stark an eigens entwickelten deliberativen Ansätzen:

"[...] we say to people: What do you want to do? And they say: Well, here is our issues and we say: Do you want to tackle them all? Or just one, or two? And let them decide."

Wie bereits in A) angesprochen, sind die Netzwerke des Programms sowie die Finanzierung stark internationalisiert. Die Europäische Union ist einer von vielen Akteuren zur Finanzierung:

„The CSLS was funded by the International Fund for Ireland, we call that IFI, and the IFI get their money from America, Canada, Australia, New Zealand, and from the European Union. The current Peace Impact Programme that we're working on is again funded by the International Fund for Ireland. CSLS was a small programme, whereas PIP is a massive programme and we are the management agents for that behalf of the fund."

Weder die eigene Finanzierung, noch die organisatorische Struktur sind also in einem signifikanten Maße europäisiert.

Das Wissen der Organisation selbst findet Eingang in die Basis internationaler Konflikttransformation:

„[...] in my own work I've been involved in lots of different networks across Europe, I've done work in Cyprus, I've done work in the Balkans, in the Georgia and places like that right throughout Europe. The International Fund for Ireland actually, when it was set up, was set up on a model of programme cooperation between France and Germany after the Second World War along the border, where those governments realised that for everyone lived together, then our people need to fix what happened in the past [...]."

Der Aspekt größeren Bewusstseins für den Konflikt wird als ein globaler Faktor beschrieben, der zu Bewusstseinsbildung und besonders zu einem Prozess des Lernens auf zivilgesellschaftlicher Ebene führen soll:

"Yeah, even in the PIP programme, we've had people from the Balkans come over and talk to people, we've had people come here every year from Kashmir, and they meet our PIP groups, we have people coming in all the time from different parts of the world in terms of conflict. And when they come here, we bring them out to our Peace Impact programme groups, or the CSLS"

groups or other groups and we have part of networks we share learning anyway because we feel that's important and rather them coming to us, we found that about our processes, we can tell them that easily, we prefer people go and meet groups on their ground and their own environment, so they can see what they have done for themselves."

Auf Expertise wird im Projekt nicht primär fokussiert, sondern auf den angesprochenen bewussteinbildenden Prozess:

"This country produces more experts in peace building than anywhere in the world and they come here from all over to study our conflict and they go back, experts. For us, it's not about expertise, we try to build up local confidence, competences as well, and it's about quiet diplomacy and dialogue and all those processes and there is value in bringing people over to give talks or whatever it is, we try to build from the ground up as opposed to bring in people to tell people how to do things."

Es kann also ganz klar erkannt werden, dass die beschriebenen Prozesse einerseits auf zivilgesellschaftlicher Ebene, andererseits – in Bezug auf strukturelle Prozesse – tendenziell eher in einem internationalen Kontext stattfinden. Die Europäische Union ist durch die Finanzierung teilweise beteiligt, institutionell jedoch de facto nicht präsent.

4.3.A.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Angesprochen auf die Relevanz des heutigen Konfliktes in der Region, wird klar, dass für den Interviewpartner der Konfliktprozess per se noch nicht abgeschlossen ist. Er unterscheidet hierbei zwischen zwei wesentlichen Schienen des Konflikts:

"My view is that there is a political process and that the political process is necessary and it has to happen and it has ups and downs and difficulties and fallout and things work and things don't work. And that's the political process. But the political process is not the peace process. It's part of the peace process. And I think the peace process is what happens among communities, on the ground and places like Creggan. And lots of those communities are failing as they are not part of the political process, even if they elect people. So therefore, they feel they are not part of the peace process. And that they've had no dividend, they've had no...nothing positive, no positive experience of the peace process."

Diese zivilgesellschaftliche Ebene des Konflikts fokussiert primär auf fehlende Erfahrung bzw. fehlendes Selbstbewusstsein bei der Transformation der konfliktuellen Situation. Der zweite wesentliche Aspekt betrifft die explizite *Instrumentalisierung* diese zivilgesellschaftlichen Missstände, nicht zuletzt auch im Bereich dissident-paramilitärischer Organisationen:

"And in situations like that, you have people on both sides who use that to their advantage. And we have a number of groups that are armed and they'd use that to their advantage. And so in areas like Creggan, some of the armed groups would be stronger than in other areas. And so you have an armed conflict, because there has been an increase in the number of shootings,

there has been an increase in the number of bomb attacks, there has been an increase in the number of attacks by armed groups over the last couple of years, and it's escalating. And so, some of the armed groups are developing their expertise and getting bigger and getting more confident and at the same time, the police have had major success in this city against some of the armed groups."

Ein dritter Schritt des Konflikts widmet sich der Auseinandersetzung zwischen den angesprochenen paramilitärischen Gruppierungen und dem staatlichen Gewaltmonopol, welches – wie im Gespräch betont – zur Verschärfung des Konflikts führt:

"And so, they keep taking their leadership away and the leaders are in jail and when that happens, the situation actually becomes more volatile, because the person who takes over the leadership might not have leadership ability and this might be the next person or the only person who can take the job. And therefore, there is no strategy in terms of the armed campaign and so the campaign becomes more volatile and more dangerous. I also believe that these groups are infiltrated by secret services and that's why they've had such an impact in terms of catching people, particularly when they have guns and bombs with them, that happened a lot here in the city in the last five years."

Die Aktualität des modernen nordirischen Konflikts bestünde also nicht primär nur aus diesen drei Schritten, sondern auch in einer Weiterentwicklung bewaffneter Gruppen auf beiden Seiten:

"So they know everything about these people but we've seen some successful attacks in the last years which makes me believe that there is new cells, new people involved. My view would be that some of the groups who are armed haven't yet decided to use armed violence. So there are other groups out there that have weapons and capability but they are not yet using it. And few people know that. In terms of Loyalism, we've seen an upsurge in Loyalism, too, in terms of their violence, particularly in North Antrim and Londonderry and in places like East Belfast and North Belfast, where the main Loyalist groups are under pressure from within their own communities and therefore, they have an outward violent reaction to things that are happening. So I think things are very volatile at the moment, although the vast majority of people who were engaged in the conflict are now engaged in the post-conflict resolution in political or other ways, as in communities. But I also think that some of the groups here on ceasefire are being untested. So I think that's a difficulty for lots of people."

Wie angemerkt, handelt es sich aus der Sicht des Interviewpartners um einen Konflikt, der von einer Minderheit ausgeht, dennoch nichts an Relevanz einbüßt. Besonders im Kontext der Kritik an der europäischen Geberpolitik als ‚mainstream-Förderung‘ kann daraus geschlossen werden, dass der Konflikt nicht explizit als ‚EU-issue‘ erkannt wird.

Identitätsbildung aus der Sicht des Interviewpartners erfolgt daher nicht wie bei anderen Gesprächen im Kontext des Konflikts, sondern auf Basis eines anderen (unter anderem multilinguellen)

Kulturverständnisses, welches der regionalen Bevölkerung den Rest der europäischen Bevölkerung gegenüberstellt:

“[...] people here don’t speak three languages like other people, they don’t have the same European culture and experience [...].”

‘Europa’ wird also über die sprachliche, aber auch eine (homogene) kulturelle und erfahrungsbezogene Ebenen erklärt, ohne dieselbigen weiter zu beschreiben.

4.3.A.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Das unter C) angesprochene differente Kulturverständnis ist nach Meinung des Interviewpartners im Wandel begriffen. Eine Art zivilgesellschaftlicher, internationalisierter (nicht ausschließlich europäischer) Zivilgesellschaftsprozess sowie eine mögliche Ebene übernationaler Identifikation wird auf Basis des wachsenden Tourismus, also eines gesteigerten ‚internationalen Inputs‘ argumentiert:

„[...] it’s only since the conflict ended, that we have more and more tourists and people from different backgrounds living here and I’m starting to see our culture become more multinational, international and I think that’s a good thing.”

Der Aspekt des ‘Konflikts’ wird – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – als ‚beendet‘ beschrieben.

Angesprochen auf die Frage europäischer Werte, so werden diese im vorliegenden Falle als Zustimmung oder Ablehnung der Europäischen Union verstanden. Dies wird gezielt in den Kontext des Konflikts gestellt und in dessen Strukturen reproduziert:

“[...] people in Britain and Ireland have mixed views about the European Union and it depends on your left-right-politics. And right wing here would be anti-Europe. Left wing tends to be pro-Europe, but not always. Our difficulty here is in that those left- and right-wings are separated by this notional religious attachment as well, so the right wing parties tend to be Protestant, Unionist, Loyalist and the left wing parties tend to be Catholic, Nationalist, Republican. So you then tend to find that Catholics, Nationalists, Republicans tend to be pro-European, generally, not always, and that Protestants, Unionists, Loyalists tend to be anti-European, generally, not always. So in terms of European values, people from the Protestant community would value their Britishness more than they value European (...) ideologies or whatever it is. The Irish identity is important, but Irish people then tend to have a closer affinity with Europe than the British or Protestant people. Part of that is because the Catholic-Nationalist-Irish people tend to have more experience with emigration than people of the Protestant-Unionist-Loyalist-British type of community. And this is my prejudice to probably real habit, but in terms of history, there is a closer connection between Ireland and Europe than there is anywhere else so in terms of how people see European values, the level of support would be higher in those communities than in Protestant-Unionist-Loyalist-British communities.”

Das Konzept der 'Werte' wird nicht nur mit Zustimmung bzw. Ablehnung gleichgesetzt, sondern besonders im Falle der Ablehnung als etwas bewertet, das nicht parallel zu ‚europäischen Werten‘ existieren kann. Werte können in diesem Sinne nicht transnationalisiert werden, sie orientieren sich entlang nationaler bzw. regionaler Identitätsstrukturen und stehen damit einem (nicht näher definierten) europäischen Wertesystem getrennt gegenüber, welches schließlich – im Frame dieser ersten Identitätsstruktur – positiv oder negativ bewertet wird.

4.3.B THE WHISTLE PROJECT

Das vorgestellte Projekt fokussiert auf die Aufarbeitung der Vergangenheit im Kontext von Jugendarbeit. Mit Kindern und Jugendlichen aus beiden konfliktuellen Communities werden hierbei Schlüsselemente europäischer (bzw. nordirischer) Geschichte aufgearbeitet, so z.B. der Erste Weltkrieg oder auch der Osteraufstand in Dublin 1916. 'Moderne' Problematiken wie Rassismus sollen beseitigt werden. Abseits regionaler bzw. nationaler Förderungen spielen Gelder des europäischen PEACE III-Programms bei der Finanzierung eine Rolle (vgl. North West Peace Showcase 2015).

4.3.B.I KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Wie auch bei anderen Subanalysen wird auch hier kein *thick learning* verzeichnet, eine Art von sekundärem Lernen wird jedoch deutlich im Bereich der politischen Aushandlungsprozesse im Regionalparlament vermerkt:

“Yes I believe that the EU did have a tangible influence on the development of the peace process since 1998. I believe that the promise of major funding has influenced decision making and encouraged or somewhat enforced talks in Stormont. I find it laughable yet frustrating that all parties attend talks and show enthusiasm when there is money on the table.”

Die Analyse des sekundären Lernens trifft besonders durch die Begründung „promise of major funding“ zu; zur Erreichung eines (finanziellen) Ziels wird politisches agenda-setting verändert, jedoch von der Interviewpartnerin nicht als nachhaltige Veränderung politischer Ideologie dargestellt.

Die Förderungen selbst sowie die Involvierung der Europäischen Union durch diese vor Ort werden im Folgenden einerseits legitim – und positiv – aufgenommen:

“The development of the European Union helped in so many ways including providing opportunities for funding for small organisations.”

Diese Darstellung wird eher allgemein gehalten; viel eher wird auf einen Nachteil der Bürokratie im Finanzierungsbereich hingewiesen, welche die eigene, nicht stark professionalisierte, Organisation benachteiligt:

“[...] having attended workshops on this potential funding, I can clarify that they guidelines and instructions to access this funding has made it virtually impossible for small third sector

organisations such as ours to avail of the funding. [...] outstanding issues would need addressed and supported.”

Wie bereits im Subkapitel 4.3.A kritisiert, kann diese Anmerkung auf die EU-Förderpolitik als ‚mainstream‘-Förderung hindeuten, welche aus Sicht kleinerer Organisationen unzureichend agiert.

4.3.B.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

Die obig dargestellte fehlende Spezialisierung und Professionalisierung, welche die Thematik erfordern würde, wirkt sich jedoch nicht nur auf den Zugang zu Fördergeldern der Europäischen Union aus, sondern auch auf die Möglichkeit, ein Netzwerk zu anderen Organisationen aufzubauen oder diesem beizutreten:

„No our organisation is small and would not have the capacity to network with other institutions or organisations from other conflictual regions on a European level.”

Generell kann an dieser Kritik (wie auch in vorigem Subkapitel) nicht zuletzt eine Art Veto-Funktion des eigenen institutionellen Netzwerks der Europäischen Union und ihrer Regionalpolitik erkannt werden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass auch hier (wie beispielsweise in Kapitel 4.3.D) grundsätzliches Interesse – und somit die implizite Legitimität an Aktivitäten der Europäischen Union in diesem Sinne – an einem solchen Vorhaben erkennbar ist.

Die top-down Prozesse in Bezug auf die eigene Region werden wie folgt dargestellt:

“Yes I believe there has been international attention with regards to the conflict in Northern Ireland. This amount has dramatically changed in particular with respect to the Historical Enquiries. Personally, I believe international attention was focused on Derry when the Bloody Sunday Enquiry was held and David Cameron publically apologised for the atrocity. [...] Our organisation has been supported directly and indirectly through funding. We implemented a cross community and cross border educational programme based on WW1 and the Easter Rising which was funded by Peace III and our building was recently refurbished and extended through a Capital Build fund.”

Hier sind mehrere Thematiken auf unterschiedliche Weise erfasst: Einerseits wird zunehmend Aufmerksamkeit auf die Problematik der Region Bezug genommen, welche jedoch von einer regionalen bzw. nationalen Aktion ‚ausgelöst‘ wurde (und auch exklusiv nationale Akteure und Interessen involvierte). Andererseits wird die Unterstützung dieser ausschließlich als finanzielle Thematik verstanden, Expertise als dritter Punkt wird regional bereitgestellt.

Blickend auf bottom-up-Prozesse des eigenen Projekts, wird nach einem möglichen ‚Feedback‘ an die europäische Ebene gefragt; ein solches wird eher in Form der Evaluierung verstanden:

“All project funded through European Funding has had stringent applications, evaluations and progress reports which had to be completed before, during and after completion of spend.”

Aus Sicht der Interviewpartnerin sind bottom-up-Prozesse eher formell zu verstehen; sie sind weniger ein freiwilliger Service der regionalen Ebene als an eine finanzielle Bedingung geknüpft. Ein Rückschluss auf die daraus folgende Ausbildung einer europäisch-gesellschaftlichen Ebene kann nicht gezogen werden, Kontakt zu Institutionen der Europäischen Union findet nicht statt.

4.3.B.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Gefragt nach der Relevanz und Aktualität des modernen Nordirlandkonflikts wird stark auf der Ebene der Communities argumentiert, wodurch (wie beispielsweise bereits bei Kapitel 4.3.A) abermals deren Ebene aus Sicht der Interviewpartnerin zum Ausdruck gebracht wird:

“I believe that inter-community relations in Northern Ireland remain somewhat fragmented. At grass roots community level, the third sector work extremely hard to build bridges, establish and firm relationships through programmes, workshops and networking. Again, at grass roots community level, we as community development practitioners find it difficult at certain times of the calendar year when tensions are high living on our interface area. Due to our geographical location, our area becomes polarised and isolated during the marching season or any type of loyalist parade. [...] The historical conflict has left many scars in certain older generations within community settings and unfortunately this can be passed on to the younger generations.”

Auch hier wird der Konflikt als nachhaltig-gesellschaftlich begriffen, die parteipolitische Ebene findet gar keinen Eingang in die Erklärung.

In Bezug auf den generellen Diskurs über die Europäische Union wird vorwiegend auf ihre (finanziell) ermächtigende Funktion eingegangen, diese jedoch (wie oben beschrieben) unterschiedlich bewertet. Auf spezielle Politiken und deren Auswirkungen wird dadurch nicht eingegangen.

Fokussierend auf die Beziehung zwischen regionaler bzw. nationaler sowie europäischer Ebene kann die bereits getätigte Äußerung aus Punkt A. herangezogen werden, welche am Beispiel der europäischen Förderpolitik klare Kritik am regionalpolitischen System erkennen lässt.

4.3.B.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Wie durch das vorige Zitat erkennbar, wird die lokale politische Situation von der Interviewpartnerin als konfliktuell begriffen, ein politischer Konsens als ‚künstlich‘ verstanden.

Rückschlüsse auf die Ausbildung einer europäischen Gesellschaft oder einen europäischen Identitäts- ‚layer‘ können im Folgenden nicht gezogen werden. Blickend auf europäische Werte, legt die Interviewpartnerin einen Vergleich zu der Arbeit der eigenen Organisation vor:

“In terms of defining European Values, I believe that the third sector’s core values and principles are in line with these.”

In diesem Kontext wird zwar auf ethische, soziale und moralische Verpflichtungen verwiesen, diese jedoch nicht näher definiert und somit ausschließlich über den dritten Sektor (den zivilgesellschaftlichen Non-Profit-Sektor) definiert.

4.3.C ULIDIA TRAINING

Auch dieses Projekt finanziert der *International Fund for Ireland*, es ist in dessen *Peace Impact Programme* angesiedelt. Im Fokus steht die Arbeit mit Jugendlichen, vorwiegend auf Community-Ebene im Bereich der Arbeitsmarktbeschäftigung oder kultureller Aktivitäten. Das hier zugrundeliegende Prinzip ist *empowerment*, unter Berücksichtigung kultureller Eigenheiten der Community (vgl. International Fund for Ireland 2013a).

4.3.C.I KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Ein grundlegender Paradigmenwechsel zeichnet sich im Gegensatz zu anderen Akteuren in diesem Gespräch ab. Einer der Gesprächspartner vergleicht die unionistisch-loyalistische Linie der letzten beiden Jahrzehnte mit jenen der republikanisch-nationalistischen Community:

„I think it was just...because, again, Nationalist Republicans were more geared up to it, it was basically just the IRA went from terrorists from one night to community workers the next night and they had organisations in place that really milked that cow and even to date there has been a disparity of funding between Unionist-Loyalist areas and Nationalist-Republican areas so, but, you know, fair play to them, they've done their sums and they've done their homework, so, you know that's what happened. In fact, we've really...20 years later, we're only getting on the bandwagon this couple of years, you know, because we, pardon me, 17 years after the ceasefire, the organisation we were in, the UDA in this area, had not taken any peace money or anything because we did see it as a bribe, you know and we've seen it as this is, they are trying to buy you or get you to stop shooting you and killing you so that it looks like alright if we bribe you, but then, you know, we've had leadership changes and we've started to sit down and say: Hang on, you know, we don't agree with this here but let's take what's beneficial for our community and use what we don't agree with we'll argue our case against them, but no, certainly I can see that there has been a positive thing in them. That's the thing it has always been, 90% of Unionists have always been anti-European around the European Union, because they saw it as dissolving their national identity the whole British national identity and that has had a lot of sympathy, even in Britain now, with the rise of UKIP and stuff, and I'm not so sure on that one to be honest, the jury is out as far as I'm concerned, I would have always had that strong British identity, but at the same time, I think in the modern context now, eh, me attitude might have changed a wee bit and that. And in fact, if you look at the whole conflict here, and the European context, what the hell are we fighting for? Because the border is irrelevant, really.“

In diesem Zitat werden mehrere Ebenen der Transformation erkannt: Erstens wird die Legitimität der Europäischen Union aus Sicht der eigenen Community dargestellt, zweitens die Frage der Unvereinbarkeit nationaler Identität mit zunehmender Transnationalität abgearbeitet und drittens die Relevanz des Konflikts per se unter Berücksichtigung dieser Aspekte hinterfragt. Im Wesentlichen werden zwei Einflussfaktoren identifiziert, welche als Anstoß für die Transformation dieser Thematiken gelten können: Die Annahme von EU-Geldern einerseits, der verschwindende Einfluss von räumlicher Begrenzung andererseits. Ersteres ist historisch an einen Führungswechsel gekoppelt, welcher die grundlegende – auch personelle – Transformation der Community begleitet und wird durchaus als eine funktionelle Interessensänderung gesehen:

„First thing is: Why did Protestants and Loyalists not take up? You know, why didn't they get involved... Because, we're sorta proud people, we don't like begging, we're sort of: 'We'll stand alone.' Now... That's okay, that's a very honourable position to take, but it's not a very practical one sometimes. And I think that we really need to rethink the whole thing, you know, there is lots of people who are totally left out.“

Als ‚deep learning‘ kann der beschriebene Prozess bezeichnet werden, da er – zwar angestoßen durch funktionale Gedankengänge – nicht nur sekundäre Positionen, sondern im weiteren Sinne auch identitätsstiftende Aspekte hinterfragt.

Im Folgenden ergibt sich nicht nur eine differente Auffassung zwischen den klassischen Konfliktseiten, sondern auch innerhalb der unionistisch-loyalistischen Community – nicht zuletzt auch in der Frage der internationalen Öffnung der Gruppierungen (die Ebene der Europäischen Union stellt hier ein Element dar):

„I think it was an error on the part of Unionism during the Troubles that they were so parochial in their thinking and you have to give it to the Nationalists, they internationalised their cause. They went to Europe they lobbied in Europe, they went to America, they lobbied in America, so they got a whole international support, whereas Ian Paisley said: 'If God's on our side we don't need the bloody Yanks.' [...] We had a delegation from the UDA, who went to America, I think it was in 1976 and Gary Hart was the Vice Presidential candidate at that time, and he agreed to open an office for the travel use which the Unite Ulster Unionist Council at that time which consisted of all the main Unionist parties, the Loyal orders and some of the paramilitaries. And they were agreeing to open this office in Capital Hall and you know, Paisley just blew it outta the water because he said: 'We have ourselves, we don't need the Americans.' So, you know, that was a fatal flaw in the thinking of the Unionist parties and that's why, when you're speaking to us, you'll get a different view on things or if you're speaking to the DUP or the Ulster Unionists or whatever, because I believe, whilst we were involved in some of the most violent acts of the Troubles, we were always looking for a way out of the conflict, whereas the Unionists...they were happy to just perpetuate the conflict. They couldn't be seen to compromise as compromise was

seen as surrender. But it was someone else's blood that they were spoiling. You know, it was none of them taking their gun up, none of them risking...you know. "

Die internationale Öffnung verursachte also auch innerhalb einer Konfliktseite eine Konfliktlinie, wobei aus dieser, loyalistischen, Sichtweise die eigene Suche nach einer Konfliktlösung als Indikator für den beschriebenen Prozess erklärt wird.

In Hinblick auf die Bewertung ‚der Europäischen Union‘ bzw. ihrer Politiken und deren Auswirkung auf die Region, wird dies von den Interviewpartnern vor allem im Kontext problematischer Regionalpolitik erklärt:

Respondent 2: *„Personally, I see the European Union as a safeguard, a guardian or a watchdog over the laws that are going to be passed. We have an assembly here at the moment that is fictitious, a joke, a local government would be in your country, as I say a local government would be in London or Liverpool. It's top heavy with representatives, they are ridiculous, they are...“*

Respondent 1: *„It's not fit for purpose.“*

Respondent 2: *„It's not fit for purpose. Well for reform, it's still on the table, we're losing 2 million a week.“*

Respondent 1: *„500 million they reckon it's going to cost because they cannot get agreement, and because of the way this thing is set up...because it needs cross-communities support, but I'd say...it actually institutionalises sectarianism. Because it needs cross-community support. We're now going to have a 500 million pound hole, a deficit, because they can't agree to a welfare reform. And you cannot pass a law in this country until both sides agree to it. So, you know, it's just a bad system of government.“*

Respondent 2: *„So our problem would be, our problem is, that national politics is so bad that, you know, I don't know...if the European Union is going to be having a great impact.“*

Die Abgrenzung der eigenen Positionen findet im Wesentlichen gegenüber der Präsenz des regionalen Parlaments statt. Der Einfluss der Europäischen Union wird als positiv-normierend, jedoch im Wesentlichen von den (negativen) Gegenbewegungen der regionalen Regierung abhängig beschrieben. Dieser Einfluss wird als legitim und eine positive Form von *empowerment* wahrgenommen, auf die Kritik der eigenen Community wird entsprechend eingegangen:

Respondent 1: *„But certainly, the funding and stuff that has come from the European Union through the PEACE I, II and III strands is, you know, contributing enormously to all organisations since the ceasefires.“ [...]*

Respondent 2: *„European funds that came across here, did a lot to help stabilise. Some people...but that's their interpretation. I see it as a stabilising factor, they see it as a bribe: ‚Keep the money, but just don't kill each other. And once you stop giving the money, they'll kill each other, so we must keep paying them, we must keep buying them peace.‘ Some will say that. Regardless what the argument is there, there has been benefits to it, when it's been used right.“*

And in this area it's been used right, European funding has been so often, when it's been received, and good project have been set up and have been established...“

Weiterführende Kritik orientiert sich stark an der als oberflächlich empfundenen Vergabe von Geldern sowie der zunehmenden Vermarktung der Annahme derselbigen durch lokale Politiker:

Respondent 2: *„That is another thing that irritates a lot and hurts us. So whenever a project is seen to be done good and succeeding, that's the programme they stop funding. Respondent 1: Well, they have achieved their targets. So you know: “Let's not fund them anymore.” You know? That's okay for that generation of people and there is as well a new generation. I took in a, and a nightmare it was, I took 45 youngsters from all the estates where we would work and I mean, these guys were just, you know: Kill them all and let God sort 'em out, that was their attitude towards Catholics, and out of that 45 I would say there was at least 35 of them who had totally...there was a few, just with an ego problem, you know? But that, there was at least 35 of the young fellows who just were totally blown away with that. And it steadied them young fellas up, you now, and it is probably the difference that them chaps did nae paramilitary organisation and get into trouble and stuff like that there. And unfortunately now the funding is are all dried up. And now it's fashionable, you've got all the great and the good and all the politicians jumping on the bandwagon up here, you've Ian Paisley Junior...“*

Respondent 2: *„...Jeffrey Donaldson...“*

Respondent 1: *„...you've Jeffrey Donaldson's brother. They've set up their...professionals and peace building and stuff, whereas we were doing it 20, 15 years ago.“*

Als ehemalige Angehörige einer paramilitärischen Organisation, sehen die Gesprächspartner am Beispiel der Förderungen selbst eine Konfliktlinie, welche sich sehr stark an anti-systemischen Argumentationen orientiert.

Als mögliche Vetoakteurs-Struktur im politischen Feld kann einerseits die Förderpolitik der Europäischen Kommission, andererseits – aus Sicht der Interviewten – die Struktur des regionalpolitischen Systems identifiziert werden:

Respondent 1: *„But at the civil service type, way of managing projects, you know, if you say that to them, you know, take 200 young people across here, and show them that sectarianism was wrong, and that there is a way forward, and then you take them 200 across and it's a great success and you want to do that again, they are like: “Ah, no, you said you were going to take 200 and you did, that's it.”*

Interviewer: *„Ah okay, so it's like a quota.“*

Respondent 2: *„Aye.“ [...]*

Respondent 1: *„And four years later, there's a the new generation, there is another 200 young people there who needs to be shown the same thing.“*

Respondent 2: „But are we going to get it, I doubt it very much. Doubt it very much. If it works, for God's sake, abandon it, that seems to be the bizarre mentality.“

[...]

Respondent 2: „So our problem would be, our problem is, that national politics is so bad that, you know, I don't know...if the European Union is going to be having a great impact. We need our local problems sorted out first evidently, to be able to benefit from European gains in the future.“

Historisch gesehen, wird der Europäischen Union kaum bis kein Einfluss während des historischen Konflikts diagnostiziert, ebenso wird die fehlende elektorale Legitimierung des europäischen Parlaments durch geringe Wahlbeteiligung hervorgehoben:

Respondent 1: „I don't think there has really been a big impact during the Troubles, you know, I think it was just sort of...we were so entrenched in our two positions here that we didn't really think of what was going on in Europe [...].“

Respondent 2: „No, I think during the conflict, and you're right that we were joining the Common Market back in 1973, and some people were for and some people were against, but it was really a side issue. And the European elections, the polls in this country would reflect that...that the European elections are the lowest turnout of any election we have. We get local governor elections which are high, we get Westminster elections which are high, Assembly elections are pretty high, and Europe is at the very bottom. So if anything that shows you how significant the European poll is to the people here, that's only probably 30 or 40 percent poll. Now, let's now see that Europe has nae been busy since the ceasefire. I couldn't see any great impact through the European Union during the Troubles. I think up to us, it was an irrelevance, it was something that was happening over in Brussels and involved people that weren't us. [...] I think really here for ordinary people, its geographically far away, in Strasbourg, it's not somewhere you see, or visit or drive past. [...] But it's far away and does nae impact in their daily lives, you know?“

Die eigene Position des Interviewpartners wird hierbei jener der ‚ordinary people‘ gegenübergestellt und impliziert weiterreichendes Wissen über den ‚tatsächlichen‘ Einfluss der EU, welche vorwiegend in der rechtlichen Dominanz der europäischen Jurisdiktion gesehen wird:

Respondent 2: „But yet, there is an impact on their daily lives because European law has now really got supremacy over national law. So it impacts on their lives but they don't realise it. I know this because I worked in a funding...an Ulster Scots Agency. And our job is to promote the Ulster Scots language and culture, the very thing we're talking about and we deal with a lot of legislative stuff, safeguarding vulnerable adults and children, and it's all European directives, European law [...].“ [...]

Respondent 1: „It's not the House of Lords anymore, it's the European Court.“

Respondent 2: „Yeah, the European Court. So that's the highest appeal court now.“

Den europäischen Parlamentariern hingegen wird nicht nur durch fehlende Wahlbeteiligung, sondern besonders durch mangelnde Informationsverbreitung Legitimität abgesprochen:

„I think it's realise because of the MEPs or your members of the European parliament who didn't inform the people, who are remote from the people, no one knows what they do. They never have to give an account. [...] One of them does anyway, he goes on trips and junkets. But, you know, I think, we, for the European Union or for the European Parliament again, to get any credibility in this country, I suppose people don't really know what they are doing or what they are about. And the MEPs need to be informing the people. Not just at election time.“

Die klassische Konfliktlinie zwischen der unionistisch-loyalistischen und der republikanisch-nationalistischen Ebene wird besonders beim Thema des Abstentionismus wieder aufgeworfen, welche sich auch auf europäisch-politischer Ebene reproduziert:

„And they feel that they can sit at that parliament whereas they can't sit at the Westminster parliament. So they'll disenfranchise their own people, the people who live around them but they'll go to Europe.“

4.3.C.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN DURCH EUROPÄISIERUNG

Die institutionelle Struktur des regionalpolitischen Systems per se wird im Gespräch als tendenziell problematisch beschrieben, da es strukturelle Defizite nicht behebe:

„Now, I believe the agreement is a disaster because entrenches sectarianism instead of doing away with it because both sides in the conflict have been told that they have won. Republicans have been said: ‚Right, you're going to get your united Ireland as long as you don't bomb your way into it.‘ Unionism was told: ‚The Union is safe.‘ So you have two parties in government whose political ambitions are complete opposites. One wants to maintain the union with Great Britain, the other wants to break that union and form a 32-county socialist Ireland, so it's going to unravel somewhere along the way, you know?“

Die Konsenskultur innerhalb des Systems wird als begrenzt, das politische Konfliktpotential als durchaus hoch angesehen. Aus Sicht der Community-Organisation – bzw. als frühere Angehörige einer paramilitärischen Organisation – ist die Rückwirkung auf die EU-Ebene und die Bereitstellung von Ressourcen durch dieselbige zwar generell positiv konnotiert, in Bezug auf regionalspezifische Expertise wird jedoch mit dem Wissen vor Ort argumentiert:

„I suppose we're in a nutshell. We would welcome the European, the EU into helping us on the way forward, but...but let them deal with the people who know what the problems are, not people who, look for a safe pair of hands, a safe pair of hands is often no good...“

4.3.C.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Auch die Definition des heutigen Konflikts per se wird einerseits als nicht abgeschlossen, andererseits vor allem im Kontext einer konfliktpolitischen Argumentation vorgenommen, welche jedoch zum Einen auf einer anti-systemischen (bzw. anti-unionistischen), zum Anderen einer klassisch-historischen anti-republikanischen Ebene rangiert. Ersterer fokussiert immer wieder auf das aus UDA-Sicht vorhandene Problem fehlender Repräsentanz, wohingegen auf republikanischer Seite mehrere Akteursarten in den Blick genommen werden:

Respondent 2: *„The debate about how the troubles ended to go on forever and who won and who lost and so on and so forth and someone once described it as an honourable draw. If I was a football fan I wouldn't be content with a draw, you want your team to win. There is obviously a fear of unfinished business [...]. And we can understand frustrations and disenfranchised people, because we don't have the political representation that we want because Unionism is very much a middle-class elite who pander to the petty bourgeoisie and the middle-class electorate and they don't represent us.“ [...]*

Respondent 1: *„I mean, I've seen examples of those politicians who would meet you in the dark and say: 'We need to get X, Y, and Z done.' And then, two days later, they were on the same...on the television condemning you and saying: "Those people, you know, they have no mandate, bla, bla, bla." And that's what happened for 40 years nearly of the conflict and it's still happening. So that's what we are there. We want to wise young people up that they are not going to be used as cannon fodder ever again. [...] We were the foot soldiers and they were the guys who made speeches, we were the guys who went out and you know, actually took the actions against Republicanism and... [...], basically I voted against the Good Friday Agreement because I believed that it was only a stopgap, it was only about stopping the IRA bombs in mainland Britain and it was: Do whatever you have to do to get the IRA violence to stop.“*

Respondent 1: *„Yes, it's a...there is dissident Republican violence that is still directed against the security forces mainly, you know, mainly the police. But there is now a cultural warfare going on, whilst the both side aren't killing each other openly in the streets with Sinn Féin are keen to promote everything that is Irish, everything that is green, and demonise everything that is Unionist and is Protestant, whereas, you know, we, we have certain traditions and heritages that we feel very important about and they are attacking them daily. And I have to say they are winning the propaganda war because we are constantly seen as bigots, you know, uncompromising and...it couldn't be further from the truth, because I mean, we have made compromise. We agreed, our politicians within the government, with a party, that for 40 years had murdered people and have murdered some of their family and friends and we now have a Deputy First Minister who said he is proud to be a member of the IRA and, you know...well, it was 120 odd murders under his leadership and he was leader of the Derry brigade of the IRA, so,*

you know, to say we are uncompromising, I think it was a big step for us to agree to go into a settlement with someone like that.“

Die eigene Ebene, welche als zivilgesellschaftlich klassifiziert werden kann, wird hier als identitätsstiftend, jedoch gleichsam konfliktuell gegenüber sämtlichen Akteuren des politischen Feldes wahrgenommen:

Respondent 2: *It was very much so and there is you'll know this anyway, there is representation and there is reality and reality of the situation is not always represented. As [he] said here, we have a rich and very vibrant culture. But it is a visible culture, it's not a sporting culture as, seen as pride in our history and pride in our heritage. As patriots. And people everywhere else in the world appreciate patriots: Australia loves Australians, and they have become really anti-Islamic in their thing, even the government, because they love Australians. America demands the oath of allegiance and love patriotism. We are damned for our patriotism. Reality is we are just patriotic people. We love our religion, without wishing others to conform to our religion. We love our heritage, our history without trying to force it on other people. But we want to express what we are, in a peaceful and quiet way. [...] But it's a misrepresentation of who we really are and the difficulty is that in order to solve this problem the mainland government, the Britain government set up a quango called the Parades Commission. A group of appointed people and they appoint people with no knowledge of parading or other issues involved or all the spirit that makes us want to do this, you know, they want to...they set up this group, almost as a self-fulfilling prophecy. We want parades stopped, so we're going to set up a group that will ensure that parades are stopped. The reason the Parades Commission was set up is because the police, the police service in this country at that time I think the RUC, were unable to stop the conflict at parades and it was taken out of the police's hands and they created a quango of people who are unaccountable, unrepresentative, and who are ignorant...“*

Respondent 1: *„Have no mandate...“*

Respondent 2: *„Have no mandate!“*

Respondent 1: *„The very thing they say to us.“*

„Der Konflikt“ ist also in diesem Sinne vielschichtig zu verstehen – er existiert nicht nur zwischen den einzelnen zivilgesellschaftlichen bzw. paramilitärischen Gruppen, sondern auch zwischen der staatlichen Ebene und der eigenen Gruppe. Auf dieser Basis baut auch die identitätsstiftende Argumentation des Gesprächs auf – diese wird besonders in Bezug zu anderen Konfliktakteuren abgegrenzt (im Zuge der Friedensarbeit wird eine häufig aufkommende gegenseitige Besinnung auf „commonality“ beschrieben), allerdings nicht gegenüber der Europäischen Union.

4.3.C.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Bei der Frage nach europäischen Werten wird auf ideologischer Ebene auf Individualrechte (gegenüber nationalen Interessen) verwiesen, im historischen Kontext auf die zunehmende

multikulturelle und -sprachliche Heterogenität von Gesellschaften. Abermals wird auf die fehlende Relevanz von regionalen bzw. nationalen Konflikten aufgrund zunehmender Transnationalisierung verwiesen:

Respondent 1: „Eh, I would see European values as being the complete opposite of what Europe was, you know, between the wars and certainly during the Second World War, it was nationalistic, you know, the nation was predominantly, whether it would have been, you know, Communist states or Fascist states, whatever...you know, that now, is a way back in the background, the individual, the rights of the individual counts than the rights of the nation. [...] I think sometimes we went just too far that way, but there still has to be a national conscience and things like that there, you know. I think all the bureaucracy involved and stuff now... [...] so I would see European values as being very much orientated to the individual rather than the state and again, it's another thing that makes the conflict here sort of daft...“

Respondent 2: „Aye. And it becomes ridiculous.“

Respondent 1: „It becomes ridiculous here, we're fighting over an imaginary border that's...that's not really there anymore, you know?“

[...]

Respondent 2: „[...] I suppose that freed things up...now, the freedom of movement...we're facing new problems here that was nae a bit in the 70s, 80s and even 90s. The movement of people has changed the whole face of this country. I work trying to promote the Ulster Scots language. My comrades in Forsa Gaeilge are promoting the Irish language, we'd probably find it easier to teach people Polish and Portuguese because there's a lot more people in this country speak Polish and Portuguese, that's not being racist, that's a fact, than there are Irish and Ulster Scots, it's not very useful because the...that's one thing that has impacted, that's the opening-up of the borders, opening up the freedom of people to move, migration of people coming to this country, who have nae interest at all in a parade, or bombing Britain, they're over here to make money, they were over here to send money home, to improve the living conditions of their families. [...]“

Der Aufbau einer nicht nur multiethnischen, sondern vor allem zunehmend differenziert-funktionalen Gesellschaft bindet das Leben vor Ort nicht mehr zwingend an die Übernahme (konfliktueller) regionaler politischer Wertsysteme. Von den Interviewpartnern wird im Gegensatz dazu eine Internationalisierung von Konflikten vor Ort wahrgenommen:

Respondent 1: „I think the last riot that was in Dublin, there was only three Irish people arrested, the rest was Estonians and Latvians...“

[...]

Respondent 2: „[...] it's created a racism that probably maybe wasn't there during the Troubles because we nae had nobody to be racist about. We were too busy being sectarian to become racist. (laughs) But there has certainly been racism to some degree and there are attacks, no

point denying it. But, there's a lot of attacks taking place in this country between different Ethnic European groups, who are living in the same vicinity. “

Respondent 1: *„I know, I used to run a bar and we had a lot of people, Polish people and a lot of people from Czech Republic and they absolutely hated each other, I mean, I've had two or three stand-offs. (laughs) I think the ones from the Czech Republic won over in the end: Our bar, Polski no. (laughs) That's happening, which is a completely new thing for us to deal with. “*

Respondent 2: *„It's a mind fry. “*

Respondent 1: *„And you also have the underbelly of that as well, you have Russian gangs moving in, you have a lot of the criminal underworld, you know, from the former Soviet States... “*

Respondent 2: *„Especially the... “*

Respondent 1: *„They are getting a grip, the drugs and prostitution and things like that there, that wasn't here during the Troubles. “*

Respondent 2: *„Never. The media are starting to report on it quietly, but more and more, especially the Russians and as [he] said, from the former Soviet Republics. “*

Respondent 1: *„You've actually conflicts in Belfast now between the paramilitary organisations here and the likes of the Russian mafia and stuff like that. “*

Das ‚europäische Wertesystem‘ zeichnet sich nach den Interviewpartnern daher nicht nur durch abnehmenden Nationalismus und Diversität sowie der Internationalisierung von Protest und Sprache aus, sondern auch durch Problematiken im Bereich der Kriminalität. Eine mögliche ‚europäische citizenship‘, wie sie in Kapitel 2.1.2 als ‚layer‘ über dem nationalen Wertesyste beschrieben wird, wird im Gespräch unter anderem als Folge der Friedensprojektförderungen der Europäischen Union identifiziert:

“But certainly, the funding and stuff that has come from the European Union through the PEACE I, II and III strands is, you know, contributing enormously to all organisations since the ceasefires. So people have started to think a lot more European now [...].”

4.3.D SPERRIN CULTURAL AWARENESS ASSOCIATION

Dieses – ebenfalls durch den internationalen Fond für Irland finanzierte – Programm soll die politische und gesellschaftliche Inklusion jener Gruppen fördern, welche nicht aktiv am Friedensprozess der Region teilnehmen. Das wiederkehrende Ziel ist auch hier präsent; durch die Erhöhung wirtschaftlicher und sozialer Chancen vor allem für Jugendliche sollen sensible Themen im Inter-Community-Bereich bearbeitet werden (vgl. International Fund for Ireland 2013b).

4.3.D.1 KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Wie in vorigen Gesprächen, lässt sich in diesem Interview eine gewisse Adaption des agenda-settings unionistischer bzw. loyalistischer Akteure beschreiben, besonders in Bezug auf die Akzeptanz von Fördergeldern der Europäischen Union:

„[...] the Protestant-Unionist-Loyalist communities rejected that, for years. They believed that they could stand their own and after the Good Friday Agreement, everybody was standing around and talking about: What happens now? They were just: ‚Do we pack up and go home‘, but they didn’t and this is where there has been failures of leadership within Loyalism or the PUL [Protestant-Unionist-Loyalist, Anm.]-community that, while it was great to get the Good Friday Agreement, great to get the ceasefires, there was no follow up. So doing a good project, everybody is happy with it, but there is no follow up to it.“

Verwiesen wird auf den zeitlich-strategischen ‚Vorsprung‘ der republikanischen Gegenseite, welche ihre Einstellung bereits viel früher überdacht hätte:

„Now, as I say, PUL has a lot of blame in that, the CNR – Catholic-Nationalist-Republican family – embraced it, they’ve really seen themselves as their own democratic right, they went into their own communities, really, really empowered the Gaelic, really empowered the communities, brought a lot of young people on and the politics and as...really their model has been what the PUL-community really is only starting to look at now and that’s 15 years too late...you know, so, sadly.“

Nicht primär wird auf eine identitätsstiftende Prozessstruktur Bezug genommen, sondern viel eher auf einen Schwenk im Kontext sekundärer Strategien, wodurch eine Form des *light learning* geschildert wird.

Dass die finanzielle Unterstützung für Friedenstransformationsprogramme deutlich positiv als eine Art *empowerment* konnotiert ist, wird im Folgenden klar:

„Any sort of funding [...] that can stop a youth, a child, or an adult of even thinking of going back to the context of a militant war, guerrilla of warfare again, is positive. So, to further that on again, if the development of communities continues in Northern Ireland with obviously assistance from the funding, that would be fantastic so it would because, for every year of conflict, it takes years to years to assist with it [...].“

Der Europäischen Union kommt hierbei kein Akteurscharakter zu; Förderungen von europäischer und internationaler Ebene werden im positiven Kontext der Ermächtigung für den Zweck instrumentalisiert.

In diesem Gespräch kann kein Veto-Akteur per se, sondern vielmehr eine hemmende *Struktur* ausgemacht werden, welche vom Interviewpartner abermals bei der Verteilungslogik europäischer Förderprogramme entsteht:

„On a personal and professional opinion: The PEACE-programmes before did not come out of Belfast enough. They were very much struck a chord in i.e. urban areas, as in Belfast, Newry, Londonderry, because they'd be obviously the three largest cities, Belfast being the capital. I believe it's been a failure that the PEACE-programmes have not been taken in to rural communities more, and especially, and I'm not just saying this because of my own background, but especially the Protestant-Unionist-Loyalist.“

Als *facilitating formal institutions*, (in Kapitel 2.2 beschrieben) werden jene Akteure gesehen, welche durch die Ausstattung mit Ressourcen als Anstoß von verändertem agenda-setting gelten, in diesem Falle die funktionierende Bürokratie der Verteilungspolitik. So legt der Interviewpartner im Folgenden den Unterschied zwischen fehlhafter sowie funktionierender Förderpolitik dar:

„[...] there is a Professional at Queen's, he said to me one time I can't remember what the funding was, but they had put money and put through civil servants and civil servants would have to put it down into communities, but they found it was a total waste of the money. It was money spent for money. Whereas the likes of CFNI [Community Foundation for Northern Ireland, Anm.] here or some of the groups, they have been very good at deliver, so what's the difference? They would be very much in contact with the correct people and the right people. Their governance would be very strict but [...] their assistance would be fantastic. So...everyone wants people you can go along who draw up their policies and the governance and stick to that. But it's how you get from that stage of converting that governance and policies into reality and making that work within the communities. So, if I had to be asked that question, I'd say people, not really CFNI but similar to CFNI who would be the best investment, who can deliver that down into the communities and that where the impacts been.“

Die Funktionalität bzw. die vom Interviewpartner in dieser Form begriffene Qualität interpersoneller Arbeit fördert in diesem Falle die (nicht nur finanzielle) Institutionalisierung des Projekts (bzw. der Foundation) auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Sie wirkt nicht nur als *empowerment*, sondern gleichsam als *norm entrepreneurs*.

4.3.D.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN DURCH EUROPÄISIERUNG

In Bezug auf die systemtheoretischen Kapazitäten des Akteurs, wird in diesem Gespräch auf die Problematik fehlender politischer Repräsentation eingegangen, welche abermals eine Konfliktlinie *innerhalb* einer der beiden klassischen Konfliktparteien aufmacht und einen anti-systemischen Charakter besitzt:

„So it's that that the PUL community need to capitalise on, they need to really raise confidence in their capacity. They have to reach out to the leadership. The politics within the PUL community struggles. We've had...the PUL working class would say that there is no voice for them whereas in context that the opposite of that would be the Sinn Féin and the Republican family within the working class areas who have very much a voice that came from the working class, so that

they've experienced it and we had the DUP here in Northern Ireland, but a lot of people now would be anti-DUP because they believe that they got too far into the powerhouse in Stormont, you know, forgot where they came from, or some of them didn't even come from that.“

Die Möglichkeiten innerhalb des institutionalisierten Systems sind aus Sicht des Interviewpartners bzw. seines Frames stark limitiert.

Blickend auf die Prozesse von Seiten europäischer Ebene, wurden einerseits finanzielle Ströme, Expertise sowie die Ausweitung internationalen Bewusstseins in den Fokus genommen. Wird ersteres bestätigt, kann zu Punkt zwei kein signifikanter Prozess erkannt werden:

„Aye, we have done some...we've done some workshops at Queen's there with...there has been...Professors in, more about to do with conflict transformation and studying the conflict, we've been asked to come up and talk to them and assist about it, but no, there hasn't been directly within Sperrin.“

Die Ausweitung internationalen Bewusstseins wird durchaus gesehen, jedoch eher auf internationaler als explizit europäischer Ebene. Im Laufe der Argumentation wird sie mit der entsprechenden Förderpolitik verbunden:

I probably see an increase from our own perspective within Sperrin, especially from the American because IFI would be partly American funded, so yes, we've seen an increase there, not a lot out of Europe, personally within our context I haven't had any, it's been all through the IFI, but I know there has, continuing, to put on, there has been European money on, and other's money put into the conflict here. It's hard to say, probably now, that we've reached the peace stage, that and funders now are a bit more keen at keeping it at the peace stage and to keep bringing on the generations into the peace context, so I would say yes, that on a personal level but overall yes, the barrier would have been raised to the outside world.

Eine ‚Rückwirkung‘ bzw. Verbreitung des Wissens auf regionalpolitischer zur europäischen Ebene kann im Gespräch nicht erkannt werden. Vom Interviewpartner wird dies als verbesserungswürdig angesehen, besonders im Kontext internationaler Friedenstransformation:

„Well, probably staying within our own context to be honest. And that's what I feel. I believe, again what we have narrated, carried out, experienced over here in Northern Ireland, we should be capturing that and seeing if we can be of assistance in Europe and other worlds. Not within areas conflict, but just raising a bit of awareness about Northern Ireland and the conflict and the peaceful manner too, you know? Ourselves, what we've done as we've captured the stories recently there and put it into a booklet so we have and put that booklet out for public distribution, but, again that's only within the Northern Ireland context, so...while we're doing great work here, we're not doing enough to send it across the far seas.“

Die Kritik am agenda-setting der eigenen Community führt schließlich auch zu der Frage eines möglichen, auf EU-Ebene angesiedelten Netzwerks mit anderen Kooperationspartnern. Zwar wird die Kooperation mit republikanischen Communities innerhalb Nordirlands erwähnt, jedoch auch der strategische und zeitliche Vorsprung derselbigen:

„Em...not within the European Union. We have done work within the CNR-community...within entirely here in Northern Ireland. We've done some work from, em, from some French exchange student...no, there hasn't been...no. Probably because the opportunity hasn't arisen. But I would welcome...you know, having somebody over...[...]...but I would love that because everybody, everybody has an own personality, everybody has a story to tell and that's where you start to meet each other and that's where you start to make friends, having a talk, having a conversation and that's how you can share each other's grief, everybody has got their own culture, their own identity and their own heritage and I love it, I love it, I do a lot of visits over to France to the battlefields and there's nothing I love more than after it, speaking to people and, you know, in the pubs and the coffee shops then in France and learn about them, you know, what do you do in the morning, what you do work at, so it's fantastic, but...sadly enough, there hasn't been enough within the PUL-community...reaching out. I always say, this is my own personal, that the Protestant-Unionist-Loyalist sold their story as far as Scotland and that was it. (laughs) They never got as far as Europe, whereas the Republicans have taken it, into other zones of conflict within Europe and beyond, aside of Europe, they have really embraced it, so...you know, the whole thing with Palestine and everything else, they've really embraced it and brought people on board and that's where we failed at.“

Noch nicht erfolgtes 'light learning' – bzw. das Erfassen dessen Defizits – kann hier festgestellt werden. Die positive Sicht auf eine Möglichkeit der transnationalen Vernetzung weist auf die grundsätzliche Legitimität trans- und supranationaler politischer und sozialer Praktiken aus Sicht des Interviewpartners.

4.3.D.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Blickend auf die Problematik des konfliktuellen Umfelds, kann der Interviewpartner keinen bewaffneten Konflikt mehr identifizieren und zeichnet ein positives Bild der momentanen Friedenstransformation. Der Konflikt bzw. seine Relevanz wird viel eher auf politisch-kultureller Ebene erkannt:

„I think in today's context, there wouldn't be a militant conflict since the Good Friday Agreement; there has been a lot of movement within the Republican and Loyalist families and the movement is towards the directive of peace and from my own perspective, as I have always been peace building, to take away the journeys that we have travelled, so that the future generations will never experience it.“

The conflict today would be very evident within the political corridors which is the right partaker of it, but then since that it's turned in, as we would perceive from the Loyalist perspective, very cultural.“

Der Konflikt wird im Kontext ‚klassischer‘ republikanisch-loyalistischer Konfliktlinien verortet. Die Identifizierung der eigenen ‚we‘-Position (welche nicht nur auf kultureller, sondern auch systematischer, juristischer und politischer Ebene erfolgt) findet nicht nur auf Basis der politisch-juristischen Legitimität des Königreichs und seiner Institutionen, sondern auch gegenüber einer real wahrgenommenen (physischen) Bedrohung durch republikanische Gruppen statt:

„Loyalists would see now that their culture, their identity and heritage, that Republican's family, the Republican movement would try and eradicate that, through different means. They have done that for a few years, through, you know, with banning the parades and setting up resident groups, attacking, you know, through the media circles and raising their profile against other organisations, but in a peace perspective in a militant context, as a senior Loyalist, I would not put in the militant. Now, we have a very large threat from dissident Republicans, but we have very much been challenged around the table, we discuss it, mediate on it, but we've always come to the decision that it's in the hands of the law, i.e the law of Northern Ireland, it's within the proper context, covered by Her Majesty the Queen, so that's the Police Service of Northern Ireland and the courts and let them deal with it. It hasn't been easy, being honest, we've had the issues of the Masserine murders down in county Antrim, very close to myself personally, where two members of dissident Republicans murdered two members of the security forces, but they had, the alleged perpetrators had come in from villages and towns surrounding Loyalist areas, so Loyalists were very edgy, the 48 hours afterwards were very intense, but it came to, after severe and very intense consultation, it was decided that there would be no attacks and revenge, no, they didn't want to, em, not even risk, they didn't want to go back to war on the basis that was, and ever since that directive, it keeps going in the positive within the peace context.“

Hier ist erkennbar, dass die klassischen Indikatoren von persönlicher und kollektiver Identitätsbildung erfüllt sind, nicht zuletzt in einem positiv konnotierten Kontext; der Friedenstransformation auf zivilgesellschaftlicher Ebene wird ein positives Zeugnis ausgestellt. Die Identitätsbildung wird zwar in einem konfliktuellen Umfeld, jedoch mit einem normativen, positiven Grundaspekt vorgenommen. Differente, deutlich internationalere Konfliktlinien werden in Bezug auf rassistische Übergriffe vor Ort aufgemacht:

„There is still very much a resentment against the foreign nationals. The Chinese community have been very much embraced.“

Ebenso wird die Involvierung der Europäischen Union in der Region als tendenziell positiv aufgenommen, nicht nur im Bereich der finanziellen Förderungen, sondern auch im Kontext von Reisefreiheit:

„So I was here very keen that the European Union would be part of this future strategy within Northern Ireland and...not only in a funding context, but a social aspect, too, to make Northern Ireland a place which is more acceptable for people to come and vice versa, the people are...you know, concerned or free to go and jump on a plane and go to all over the Europe and you know, that would be vice versa, you know, to bring people, and that's what you doing yourself, to give you a bit of an insight into the families and communities itself, you know?“

Wissensaustausch, initiiert durch den Vorteil der Reisefreiheit, wird als ein sozialer Aspekt begriffen, welcher sich positiv auf die Lebensqualität vor Ort auswirkt.

Blickend auf spezielle Politiken der Europäischen Union, wird besonders auf die Sozialarbeit innerhalb von Communities Bezug genommen:

„So since the Good Friday Agreement, since the ceasefires, there has been lots of work, so people feel more confident, the European Union is key to the strategy of what Northern Ireland needs, in particular of all the communities in Northern Ireland because from a Loyalist point of view, whether it be funded from Dublin, European, American, UK direct, London, it is vital, it is key, it's been so good [...].“

Der Fokus liegt hier primär auf dem positiven Effekt der Förderungen für den Friedensprozess, die ‚Quelle‘ dessen wird als sekundär angesehen. EU-Gelder sind, ebenso wie irische, US-amerikanische oder britische Fördergelder an diesen Zweck gebunden. Die Einbringung der eigenen ‚ideologischen Familie‘ wird gezielt mit diesem in Verbindung gebracht.

4.3.D.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Wie bereits zur Thematik des positiv konnotierten Diskurses rund um Reisefreiheit und Wissenstransfer beschrieben, kann der Bezug auf eine mögliche ‚europäische Gesellschaft‘ nicht primär als rechtliches, sondern vielmehr wissenstechnisches Konstrukt identifiziert werden, welcher das Leben vor Ort verbessert.

Als ‚issue‘ kann der Regionalkonflikt vor Ort gesehen werden, da er Prozesse der Europäisierung angestoßen hat – bzw. dieselben als relevant für den Verlauf der Thematik identifiziert werden.

Zur Thematik der ‚europäischen Werte‘ stellt der Interviewpartner den Ist-Zustand einem Soll-Zustand gegenüber:

„[...] with this wee island here we've kept our own values, our own governance and that, so...I really don't know how to answer that. I know what it should be or what it shouldn't be, but entirely within Northern Ireland, in the context of European values it would be nil. [...] I believe that we should all work as one the EU sets out its values, governance etc. etc., that we should sort of all be working to the same template. So you have to, we have that more better connection and

more resilience with each other and that understanding. And that we can, then, you know, communicate stronger, and get to involve each other more instead of keeping too much within ourselves.“

Das europäische Wertsystem wird vom Kontext abhängig gemacht: Innerhalb der Region Nordirlands stellen europäische Werte keinen relevanten Faktor dar, tatsächlich handelt es sich nach dem Interviewpartner viel mehr um einen grenzübergreifenden Prozess betreffend Bereiche wie Verständnis, Kommunikation und Kooperation.

Einer ähnlichen Logik folgt ein Prinzip, das einerseits im Zuge einer kollektiven ‚EU-Citizenship‘ Bezug nehmen kann auf ‚cooperative informal institutions‘ als Endprodukt wissensbezogener Sozialisation. Im Zuge des Interviews wird generell die Einrichtung von Körperschaften zur Förderung bzw. Zugriff auf die Förderungen identifiziert, jedoch kein spezifisch auf die EU oder ihre rechtlichen Grundlagen bezogenes Wissen. Viel mehr stellt sich für den Interviewpartner ein solch transnationaler – nicht zwingend ausschließlich europäischer – ‚layer‘ in einer Praktik der Friedenstransformation und des *peace building* dar:

„I believe that, what peace work is done in the north and south of Ireland, can be carried out in communities and within any city and every country in the EU. And I believe the values, the principles and the values, should be the same within the countries and within the context and I see that...probably the experience that has been gained through the communities, throughout the whole conflict, both in here and further afield should be integrated and then positives drawn out of that and they can use that experience then to put it onto other conflict areas so that they can take away the conflict and really building up more harmony with each other [...], so we can get that working-together-policy more stronger, because we don't work together enough. We're still too much inter-community. We still want to keep within our own comfort zones whereas I believe we should be outstretching that, you know, into as far as Europe and everything else.

Im Vordergrund stehen transnationale Kooperation und transnationales bzw. transregionales Lernens. Dies lässt ein Modell internationalisierender Praktiken in Bezug auf zivilgesellschaftliche Konfliktbefriedung erkennen.

4.3.E CREGGAN ENTERPRISES

Ráth Mór Creggan Enterprises ist ein im Community-Sektor agierendes Unternehmen und verfolgt ähnliche Ziele wie die bis dato vorgestellten Projekte; es unterstützt Projekte zur Selbsthilfe und verfolgt nach eigenen Angaben eine entsprechende Anti-Diskriminierungspolitik. Die Regionalförderpolitik der Europäischen Union stellt beispielsweise bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten für Unternehmen eine wichtige Funktion dar (vgl. rathmor.com 2015).

4.3.E.I KLASSEIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Fokussierend auf Europäische Union im Förderbereich, so erkennt der Interviewpartner diese ganz klar als einen Faktor für *empowerment* (und ergo auch als mögliche *facilitating formal institution*):

“But there is people in Europe, through the PEACE I, PEACE II, PEACE III, PEACE IV, have helped cement and develop the peace process and have created opportunities for dialogue between communities.”

Auch die zivilgesellschaftliche Ebene wird involviert, wobei kein Unterschied mehr zwischen jenen Communities gemacht wird, welche am Friedensprozess partizipieren, und jenen, welche dies nicht tun.

“[...] to me the glue which kept the north of Ireland away from the abyss, away from all out civil war, was the community and voluntary sector and the trade union movement. And they’re being marginalised and the community sector at the moment has been devastated. The trade unions have been marginalised and so forth and again, that is not good for normal democracy. So they find ways and means of ensuring...I think we need a to have a civic forum up and running because we don’t have a normal oppositional politics here, we need a proactive civic forum to hold politicians to account, and Europe has a role to play in that, because Europe know a lot about war, at the heart of it.”

Die Gewerkschaften übernehmen im Prozess der innenpolitischen Demokratisierung eine Schlüsselrolle. Wie auch später ersichtlich, wird vor allem Kritik an der innenpolitischen Lage geübt, welche sich aus Sicht des Interviewpartners negativ auf Gewerkschaften auswirkt und somit einen negative Einfluss auf die Qualität der Demokratie hat. Die Europäische Ebene wird nicht nur als Ebene der Ermächtigung erkannt, sondern diese Aussage wird ganz gezielt in einen – nicht primär ökonomischen – politisch-demokratischen Kontext gesetzt, welche die demokratische Legitimität der EU, besonders im Bereich des nachhaltigen Lernens (hier zur Thematik kriegsgerichtlicher Auseinandersetzungen) über sämtliche andere politische Ebenen stellt. Als weiteres mögliches Modell für *thick learning* wird jedoch nicht primär die EU, sondern regionale Praktiken von ‘self help’ genannt.

Als hemmend für diesen positiv konnotierten Prozess der Europäisierung ist die im Gespräch problematisch eingestufte moderne ökonomische Komponente europäischer Politik:

“Europe has now changed, because I think one of the big changes, is the fact that we’ve now been told we have to be more competitive, we have to be more economically sustainable, but peace-building is not about economic sustainability, it’s not about being competitive, it is about investing in people, it’s about investing in community development processes, it’s about engaging citizens and yes once you build up all those confidences and so forth [...]. [...] so I think I’d like to see a dedicated champion for the social economy within the European Union instead of a dedicated champion for private enterprise. Private enterprise clearly have a role to

play, but again if we look at the outworking of the negative aspect of competitiveness in the private sector, it caused the global economy to collapse.”

Kapitalistische Strukturen stören den positiven Einfluss der europäischen Ebene auf regional- und nationalpolitische Demokratiestrukturen. ‚Europa‘, bisher häufig auch mit einem Akteurscharakter besetzt, wird nicht nur zu einem möglichen ‚Helfer‘, sondern tatsächlich einem Adressat für Hilfe, vor allem im ökonomischen Sinne.

4.3.E.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE AUSWIRKUNGEN DURCH EUROPÄISIERUNG

Im gesamten Interview wird die Konfliktlinie zwischen regionalem bzw. nationalen sowie europäischem System stark hervorgehoben, nicht nur zur Thematik demokratischer Werthaltungen, sondern auch den Nordirlandkonflikt betreffend:

„[...] the European level is actually quite very important. We just had the British elections here...if the Conservative governments holds a referendum to withdraw from Europe, the impact of that here is quite frightening because it undermines fundamentally the Good Friday Agreement. So therefore, that...you know...would have serious consequences for the peace process here. Not only within working-class deprived Nationalist-Republican communities, but also within Protestant working class [...].“

Das Bestehen (legitimer) juristischer fundamentaler Strukturen (das Karfreitagsabkommen wird nicht substantiell kritisiert) wird an die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union geknüpft. Nicht prinzipiell ‚Großbritannien‘, sondern die konservative Regierung, wird als Veto-Player identifiziert.

Das bereits in Punkt A. beschriebene Konzept von ‚self help‘ wird nun durch den Prozess eines internationalen Netzwerks ergänzt:

„You got the examples from Europe, a few people here, myself went out and visited the Basque region in Spain. [...] I’ve gone to Portugal and looked at particular models there. So there is many, many, many examples of self-help.“

Ist dieses Netzwerk auch im europäischen Rahmen gehalten, so besitzt es dennoch eher intergouvernementalen Charakter und schließt keine Institutionen der Europäischen Union ein.

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht – hier kann das in Kapitel 2.3.1.b diskutierte *community boomerang*-Modell herangezogen werden – wird die erweiterte Aktionsmöglichkeit durch die europäische Ebene erwähnt:

„So there was that and they’ve also gone through a processes over the last number of years and now with austerity kicking in they have also dismantled community development organisations, and you know there is a real situation where within Europe, there is an opportunity for community organisations to access funding.“

Ganz klar erkennt der Interviewpartner innenpolitische Problematiken; im Folgenden stellt er die Vorteile europäischer Förderpolitik dar, welche nicht zuletzt die höchst problematische Geberpolitik nordirischer Parteien umgeht und somit direkter kommunalen Aktivität entgegenkommt:

„You know, if all that funding disappears, they are distracted by political parties. The political parties have now become the gatekeepers for funding. We're under Europe, there is greater flexibility under the PEACE programme we've created, so it wasn't subject to political interference ...so therefore, you need flexibility within the funding regime. There is major criticism at the moment because there is a big carve up going on at the moment between organisations that would have close linkages to Sinn Féin and the DUP and they would get funded, there is evidence of that. So that the only way you can actually have a balance is through creative programmes, for example coming from Europe or coming from independent funding mechanisms. There is concerns now that, even in terms of the changes to local government we've now eleven super-councils and people refer to the as a control by the DUP or a control by Sinn Féin, so then they decide which groups get funding so we'll only look after, be patronage, look after their own.“

Auf die Frage, wie die zivilgesellschaftliche Ebene hier rückwirken kann, wird abermals das innenpolitische Konfliktpotential erwähnt, jedoch auch der Wunsch eines sozial-ökonomischen Modells an die Europäische Union:

„I get feedback all the time, I write many articles, I criticise the local politicians...I don't think that there is...you know, within the...economic portfolio of what exists here at the moment, you know, in terms of you know the various government agencies, the department of Enterprise Trading Investment, their whole focus is on inward investment, there is nothing to come here, their focus is 'We got to get the big multinationals to come here', yes, and we need that. There doesn't seem to be a focus on the social economy model.“

Als die zentralen Akteure, welche eine solche Werthaltung zu verändern versuchen – also eine *Art norm entrepreneurs* – werden ganz klar die Gewerkschaften vor Ort identifiziert.

4.3.E.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Auf die Relevanz des modernen Konflikts in der Region Bezug genommen,, wird abermals die Wichtigkeit der regionalen politischen Struktur – unter anderem das verfassungsgleiche Karfreitagsabkommen – hervorgehoben:

„The Good Friday Agreement is not perfect. It's a strange political settlement that we have here, it's not a normal democracy. The hope would have been we would move towards a normal democracy where you'd have left-right politics, it's not that, it's still sectarian. So that takes time, you know, clearly we've come out of 40 years of conflict, some people say, 800 years of conflict, so therefor, it takes time to obviously evolve, so there is all those issues so I think we need to be very, very careful about what's going on here at the moment, another big a question

in terms of, you have to ask yourself the question, the international committee of the Red Cross, should ask the question, if things have been settled here, it's the best peace process in the world which we tell everybody, why is the International committee of the Red Cross, opened its offices in Belfast and are here, monitoring the situation, around the prisons, if everything is okay? There is a fault line here and I still think we need international help. [...] What's happening here at the moment is history repeating itself. There is conflict within Republicanism, you know, it goes back to the Civil War, you know, after...the partition of Ireland. We're seeing that, emerging now between dissident Republicans and mainstream Republicans, you seeing it in Unionism. Those who obviously fought for God and Ulster you know Loyalism, feel that they have been marginalised and used and abused by the DUP to get into power. “

Dbai wird nicht nur eine Konfliktlinie zwischen den traditionellen Konfliktparteien, sondern auch eine Art ‚anti-systemische‘ zwischen tendenziell zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Akteuren innerhalb der gleichen Konfliktseite erwähnt. Der Konflikt wird später ebenfalls als ‚cultural war‘ bezeichnet.

Die Kritik an innenpolitischen Strukturen ist im Folgenden auch identitätsstiftend:

„Our issue, the first thing they are going to do is that they are going to look at the Bill of Rights, they want to abandon the Bill of Rights, you know, look at the Good Friday Agreement, it's about rights, so to do that, that also is taking another key element away from the Good Friday Agreement. They will also probably change employment legislation, trade union rights, you know the fact is, these are all issues that are contained within the small print of the Good Friday agreement, so therefore, from a European Union perspective, I think, you know, people in Europe need to be aware of what, we have built the peace process here. It's got its faults, but we're in a better place. [...] I think it would be wrong to allow the British government or the Unionists who now feel they are back in control to undermine...because they were always, you know, the Conservative government was opposed to the Good Friday Agreement it was a Liberal administration who brought it in, so it does have major relevance for Europe. “

‚Our‘ bzw. ‚they‘ ist hierbei ganz klar aufgeteilt; der Interviewpartner argumentiert zwar vorwiegend aus gewerkschaftlicher bzw. regionalpolitischer Sicht, erfasst den Friedensprozess jedoch ebenfalls als relevant für eine gesamteuropäische Gesellschaft. Dieser stellt er die nordirischen Unionisten bzw. die (wie er im Gegenzug zu den positiv konnotierten britischen *Liberals* hervorhebt) konservative Zentralregierung in Westminster gegenüber.

4.3.E.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Die politische Kultur wird, wie bereits in den vorhergegangenen Subkapiteln, sowohl in Nordirland, als auch Großbritannien, als demokratiepolitisch problematisch und korrupt bezeichnet, allgemein als konfliktuell statt koalitionär erfasst.

Eine mögliche europäische Gesellschaft wird (wie in Punkt C. beschrieben) als eine gesamteuropäische Informationspolitik über regionalen Prozessen erkannt, mit Bezug auf ‚europäische Werte‘ jedoch kritisch gesehen:

„European values is about inclusion, crucial. It's about inclusion, it's about trying to create an equal and balanced economy. It's about treating all citizens...fairly, with respect and it is about creating a European society that is peaceful and learns from the horrors of war.“

Der Prozess des *thick learning* ist für den Interviewpartner von höchster Relevanz und normatives Ziel dargestellt. Das beschriebene gesellschaftliche Gleichgewicht kann nur durch Überwindung zweier – nicht voneinander trennbarer – Konflikte überwunden werden: dem klassischen Nordirlandkonflikt sowie der – auf mehreren Ebene verorteten – ökonomischen Ungleichheit:

„Now, for me, I believe that in an inclusive, equal and equitable society, so we need those mechanisms to actually ensure there is that balance.“

Das Ziel eines ‚zivilen Forums‘ (siehe A.) wird als optimale Lösung erkannt – welches auf Basis europäischer Ermächtigung und des beschriebenen Lernprozesses klar ein Umgehen regional- und nationalpolitischer Ebenen involviert.

4.3.F ZWISCHENFAZIT

Als Zwischenfazit dieses Subkapitels kann festgehalten werden, dass die begriffliche Konstruktion ‚der EU‘ der Sicht zivilgesellschaftlicher Community-Organisationen ähnlich ist – dem Umstand geschuldet, dass alle vorgestellten Programme und die hierbei involvierten InterviewpartnerInnen wesentlich mit Organisationen und Personen arbeiten, welche von ‚klassischen‘ politischen Systemen nicht erfasst werden und diesen ablehnend gegenüberstehen. Die Frage, wie sehr Politiken und Förderungen der EU diese Gruppen abdecken können, kann gemischt bis positiv beantwortet werden, obgleich die Aktivität der EU in der Region vorwiegend ermächtigend-ökonomisch und nicht als Form eines politischen Akteurs verstanden wird. Dennoch wird erstere als legitim akzeptiert.

Europäisierung wird von den InterviewpartnerInnen sehr stark auf einer formalen Ebene wie der rechtlichen oder förderpolitischen begriffen, wobei zweitens aufgrund der Notwendigkeit starker Professionalisierung häufig als hinderlich bezeichnet wird. Andererseits stellt die angemerkte Problematik mit der regionalen bzw. nationalen konfliktuellen politischen Kultur die EU als ‚alternative‘ Möglichkeit zur Ermächtigung der Zivilgesellschaft deutlich in den Raum, obgleich die internationale Ebene außerhalb Europas (z.B. die USA) diese Rolle häufig ebenfalls einnimmt und die ‚europäische‘ somit nicht komplett von der ‚internationalen‘ Ebene getrennt werden kann, schon gar nicht im Bereich der Förderungen. Dies lässt die Europäische Union und ihre Förderpolitik in der Region im Bereich zwischen problematisch-bürokratischer ‚mainstream-Förderung‘ und einer sehr positiv konnotierten finanziellen Ermächtigung vor Ort zurück, was sich auch auf die personelle

Expertise auswirkt, welche ausschließlich regional zur Verfügung gestellt wird – nicht zuletzt aufgrund der häufig angemerkten ‚Distanz‘ zur europäischen politisch-institutionellen Ebene, welche sich auf informelle Aspekte wie transnationale Identität der Organisationen kaum ausgewirkt hat.

4.4. EUROPÄISIERUNG DER POLIZEI (PSNI)

Der *Police Service of Northern Ireland (PSNI)* ist eine relativ junge Polizeiorganisation; er löste die 1922 gegründete *Royal Ulster Constabulary (RUC)* ab und – als Resultat des davor Jahrzehnte andauernden Bürgerkriegs – wurde er mit einer 10 Jahre dauernden Quotenpolitik konfrontiert, welche die egalitäre Aufnahme von Neumitgliedern aus beiden konfliktuellen Communities zum Ziel hatte (vgl. Kearney 2013). Auch der PSNI ist durch die polizeiliche Arbeit mit Förderungen der Europäischen Union konfrontiert. Er ist nicht nur in internationale polizeiliche Strukturen wie INTERPOL, sondern auch in das ‘Drei-Säulen-System’ der EU der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit eingebunden, welche besonders stark intergouvernemental ausgerichtet ist.

4.4.1 KLASSIFIKATION VON AKTEURS- UND PROZESSSTRUKTUREN

Die (wie genauer in B. beschrieben) ermächtigende Rolle der Europäischen Union kann besonders zu Anfang der Friedensförderungen als Anstoß für politisches und soziales Lernen gesehen werden, wodurch sie nicht zuletzt abermals die Rolle von *facilitating formal institutions* einnimmt:

Respondent 2: „*European money and European funding and European support was being used to encourage and develop and start these things off, so...a lot of people who may have been in a past life terrorists were suddenly becoming community-workers, funded by the European Union, now that, in effect, assisted their transition from an armed struggle to accepting the way things were and working towards a peaceful reconciliation. So at the early stages, European influence was very much about getting things off the ground, getting started, getting things going [...]. I think it developed more into being a bit more intrusive in what it exactly is you're doing and how you're doing it and how it affects, so...at the start it was: 'Get it done' and now it's more like: 'Let me see what you're doing and how you're doing it and how it's working'.*“

Jene beschriebenen Prozesse zeigen in der Tat sogar Merkmale von *thick learning*, da nicht nur einzelne Politiken und Handlungsstränge verändert wurden, sondern die Partizipation in einem bis dahin abgelehnten und bekämpften politischen System. Dieser Prozess betrifft nicht nur das Lernen der betroffenen Akteure, sondern auch die Rolle der Europäischen Union, welche in jüngeren Jahren zunehmend als eine Art ‚Kontrollakteur‘ aufgetreten ist. Die Rolle eines Akteurs weitet sich nach folgender Sicht auf die eines Mediators aus:

Respondent 1: „*I get frustrated at times because, you see, at the start it was European help getting things off the ground but you also had a lot of outside influence, very much so the Americans and to*

get things kick-started and you can see at times when we come across problems, it's almost – I say, as I describe it many times! – we're like children. We storm out of the sandbox and throw away the toys and go sit in the corner and we want Mummy and Daddy to come and sort the problems out for us and we create a situation of crisis and we do, so this is an epic crisis. And we wait for the parents, you know, European leaders, the British and Irish governments, the Americans to come, get the children back into the playroom again, set them down, get them a nice lolly each, calm them down and make friends. [...] Our wee crisis is here at times I would like to see the European turn around and say: Go back into the room, and sort it out yourselves. Start taking responsibility, you've done very well, but you need to start acting, like adults, and take responsibility and sort your own problems out.“

Die mediative Position (nicht zuletzt durch die finanzielle Ermächtigung definiert) teilt sich die EU zwar mit anderen intervenierenden Staaten wie den USA, ihre Involvierung in diesem Bereich wird jedoch zunehmend gewünscht, was ihre Legitimität bestätigt. Die dadurch zum Ausdruck kommende Kritik an der konfliktuellen politischen Kultur des nordirischen politischen Systems wird dieser mediativen – beinahe erzieherischen – Funktion gegenübergestellt, welche Europäische Union und USA mit Akteurscharakter für Konfliktbefriedung innerhalb der Region übernehmen.

4.4.II STRUKTURELL-INSTITUTIONELLE VERÄNDERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG

Die Struktur des regionalen politischen Systems wird – in Anlehnung an ihre problematische politische Kultur – als zersplittert gesehen:

Respondent 1: *„So...I think through trial and error, we've managed to engage the main players from both those sides and they've seen the benefit for their own communities, we've seen the benefit for policing, but you will still have people on the fringes on either side who won't engage, you know, and so on...more so I think on the side of the dissident Republicans now.“*

Die tendenziell positiv gesehene Entwicklung der relevanten Akteure im politischen Feld wird somit klar auf dissidente und zivilgesellschaftliche Akteure ausgeweitet.

Gefragt nach der strukturellen Ausrichtung in Bezug auf übernationale polizeiliche Organisationen und Netzwerke wie INTERPOL oder EUROPOL, wird eine eigens eingerichtete Stelle angegeben:

Respondent 1: *“I mean, we would have a department that would update with them, so if I was searching for suspect or missing person require, we would escalate that up to that department who would then liaise with EUROPOL or INTERPOL and you know, European arrest warrants and so on, things that got there... [...] It's probably our international liaison because we have an office there, even if we liaison with the guards [Polizei der Republik Irland, Anm.], if we were to send them, details of a person let's say, a picture and description of someone who is missing, we go through our Z-international liaison office.“*

Angesprochen auf internationale bzw. europäische Kooperationen, wird klar, dass hier kein supranationales europäisches Netzwerk etabliert wurde, entsprechender Austausch von Ressourcen und polizeirelevantem Wissen wird vor allem zwischen nationalstaatlichen Akteuren vollzogen. Die Rolle des Staates wird bei zunehmend verbesserten Prozessen gesehen:

Respondent 1: *“There is no doubt it has improved and it’s probably becoming a lot more straightforward process, you know, extradition use to be something that was fraught with legal complexities, but it’s a lot snappier now, people would try to extradite someone from one part of the European state to the other and it could take months and months and now it would be quite processed.”*

Nach dem expliziten Einfluss der europäischen Polizeibehörde EUROPOL befragt, gibt der Interviewpartner an, keine direkten Strukturen erkennen zu können:

Respondent 1: *“I believe there are, probably not on the local level. I mean, we do with INTERPOL for things like missing persons or which suspects are wanted and so on. Would I have a direct input – no.”*

Die Struktur der regionalen Polizei kann unter diesen Aspekte zwar als teilweise internationalisiert, jedoch de facto kaum europäisiert gesehen werden, was jedoch unter Berücksichtigung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit als intergouvernementale ‘dritte Säule’ der EU keinen überraschenden Umstand darstellt.

4.4.III INHALTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DEN FRAME DES AKTEURS

Der Konflikt in der Region wird als eine tendenziell positive Entwicklung dargestellt:

Respondent 1: *„I think the situation as it stands within Northern Ireland in this moment, is vastly better than it was, say, 20, 30 or even 40 years ago. [...] And really that is one of the examples how much cultural identity in Northern Ireland still means so much to so many people.“*

Die Relevanz des Konflikts, insbesondere die Konfliktbefriedung und nicht der konfliktuelle Prozess, werden mit der Arbeit als Angehöriger der Polizei argumentiert:

Respondent 1: *„So it’s: How do we deal with that? At some stage, do you just close the book and say: We’ll draw a line in the sand now and forget about that because we have to move on with the future and there is no doubt we have to do that, we have to move on, because that past has not been dealt with and it’s like an ulcer, it’s like an open wound that, if it’s not being dealt with, infects the future and future generations so that is the second big issue, probably the biggest to be honest with you, because until our political leaders and those with influence in this country, can sit down and work out a mechanism how to deal with the past.“*

Die angesprochene Konfliktbefriedung wird, abseits der eigenen Verpflichtungen, als eine per definitionem politische ‚leadership’-Aufgabe gesehen, die gesamtgesellschaftliche Ausweitung des Konflikts wird jedoch nicht infrage gestellt.

Die Rolle der Europäischen Union in dieser Konfliktbefriedung, wird als ein allumfassendes Paket beschrieben, besonders am Beispiel der ‚Peace Bridge‘, und im Folgenden noch jene Aspekte involviert:

Respondent 2: *[...] there is other places around us, other PEACE III or other projects that have been funded by the European Union, there is road infrastructures, there is other things [...]. [...] the PEACE North West Partnership Action Plan 2009 to 2014 (...) reflects the efforts within the council areas comprising Derry / Londonderry, Omagh and Strabane to build positive relationships on a local level, challenging attitudes towards sectarianism and racism to support conflict resolution and mediation at the local community level.“*

Die Position der EU wird im Bereich der Konfliktbefriedung klar auf einer ermächtigend-kontextuellen Ebene verankert, deren Auswirkungen (wie auch bereits in Kapitel 2.3 erwähnt) die Veränderung individualpsychologischer Wertevorstellungen beeinflusst.

Die Beziehung zwischen dem europäischen und nationalen bzw. regionalpolitischen Feld wird besonders auf der rechtlichen Ebene erkannt:

Respondent 2: *„I think the European influence is going to change and I think the status of Europe has changed somewhat because the European Convention of Human Rights, I know the British government want to change that, because it has effectively been used incorrectly by certain people to protect their human rights which, when you look at it sometimes, it looks like a complete nonsense, you know, and it runs contrary to UK law and particularly problems with some dissidents who are not ‘dissidents’, some terrorists who are using European law to protect their various activities, so I think there is a general move, slightly away from Europe because of some of the regulations and some of the, you know, the relationship between ourselves and Europe is probably going to change.“*

Einerseits findet hier eine Art identitätsstiftende Abgrenzung statt, welche ‚ourselves‘ und ‚Europe‘ klassisch gegenüberstellt, andererseits wird klar auf die Instrumentalisierung der europäischen Ebene bzw. ihrer rechtlichen Komponente als Ergebnis des regionalpolitischen Konflikts verwiesen, was nicht zuletzt eine Abgrenzung in Richtung einer negativen europäischen Integration bringt.

4.4.IV INFORMELL-NORMATIVE AUSWIRKUNGEN AUF DAS POLITISCHE FELD

Die Allgegenwärtigkeit europäischer Gesetzgebung als status quo wird – trotz des Ausblicks in Punkt C. – klar verdeutlicht:

Respondent 2: *„[...] we talked earlier about human rights and how it affects our daily policing operations and how our consideration is very much guided by the European Court and the European Court of Human Rights and that fits in neatly with all of our police legislation and how we go about our business, even down to whenever we’re planning... The recent elections there, the Westminster elections, and one of the issues was that at Templemore, we have a dissident*

group here who might not agree with the political way and they use terrorist violence to attack us but had they protested at the election, we would have facilitated their protest, because under European Law, we must facilitate peaceful protest. So that's how in our society the European Union is right end down to the nuts and bolts of how we do our business, so all of that is affected.“

Konfliktbefriedung findet auf einer niederschwelligeren Ebene statt, durch Akzeptanz und Sicherung friedlicher Proteste unabhängig von der Ausrichtung der protestierenden Akteure, was vom Interviewpartner mit der europäischen Gesetzgebung in Verbindung gebracht und als relevanter Einfluss auf die Beziehung zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft verstanden wird. Die (europäischen) Förderungen stellen zur Konfliktbefriedung (wie bereits in den vorigen Punkten diskutiert) eine von den Interviewpartnern als notwendig erkannte Ergänzung da, nicht zuletzt da der Konflikt als relevant erkannt wird. Der Aspekt der Menschenrechte wird im Anschluss in weiterem Sinne direkt mit europäischen Werten in Verbindung gebracht:

Respondent 1: *„I think European-wide, though I can't say for sure, but police-service-wide, everything is with the Human Rights Act, that is woven through how we do things.“*

Die Struktur und Dynamik des Konflikts wird im Folgenden auf weitere konfliktuelle Situationen im internationalen Raum umgelegt; ein möglicher ‚layer‘ über rein nationaler Identität der Konfliktlösung ist erkennbar:

Respondent 1: *„I mean you see some of the criticism some people have of Islam, but Islam is a very peaceful religion, but it's like here, the Protestants and Catholics here, it's the extremist people who take that to an extreme, you know, and war that teaching to make it fit their ideology and then use it as a way of marginalising people and marking a section or group of people out to be targets because of what somebody says but in fact it's not, so I think it's the exact same as here, you know?“*

Die Dynamik einer international-gesellschaftlichen Relevanz der Konfliktlösung wird im Folgenden abermals im Kontext europäischer Werte für eine (optionale) europäische Gesellschaft gesehen:

Respondent 2: *„I think the hot topic at the moment is emigration I hope we're all learning around it and learn to be more tolerant...I think we all have to learn how to be more...you know, culture is a richness, you know, I mean it'd be very boring if everybody's the exact same. It'd be like a world where everybody is photocopies of each other like one of those science fiction movies, where everybody is the exact same. So, it's just about, and this is probably just the same it's about understanding each other's cultures and respect it irrespective of what it is and certain people will have practices and stuff and as long as those practices are reasonable [...]“*

Die Schlagworte der Diversität und Akzeptanz werden in den aktuellen Kontext von Migration gehoben, was die Argumentation des ‚we‘ mit dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch des sozialen Lernens deutlich in Zusammenhang setzt.

4.4.V ZWISCHENFAZIT

Im Falle der Polizei können drei Aspekte von Europäisierung festgemacht werden: Blickt man auf die Struktur der Polizei per se, ist – wie im Dreisäulenmodell der EU bereits festgemacht – kein signifikant hoher Grad an Europäisierung feststellbar. Dieser äußert sich im Nordirlandkonflikt im zweiten Aspekt der Konfliktlösungskompetenz der lokalen Polizei, für welche die finanzielle Rolle der EU als klarer Bestandteil deklariert wird. Die EU als Akteur wird, einerseits als Mediator, andererseits als Kontrollakteur der finanziellen Förderungen, gesehen. Der dritte Bereich stellt einen klassischen europäisierungstheoretischen Erklärungsansatz dar und verweist auf das Europarecht, das im Interview als äußerst relevant geschildert wird und als offensichtlicher top-down-Prozess nicht nur polizeiliche Vorgaben, sondern vor allem die Beziehung zwischen den Aktionen des PSNI und der Zivilgesellschaft stark prägt.

All jene präsentierten Daten und Ergebnisse werden im folgenden Kapitel in Bezug auf die unterschiedlichen Akteursklassen zusammengefasst und mit den in Kapitel 1 aufgeworfenen Forschungsfragen (vgl. Kapitel 1) verknüpft.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ZUSAMMENFASSUNG

Der heutige Nordirlandkonflikt weist innerhalb der Region als Mehrebenenkonflikt in Bezug auf seine Akteurs- und Prozessstruktur eine starke Komplexität auf. Betrachtet man den Einfluss der EU auf diesen Konflikt bzw. dessen ‚Erweiterung‘ auf europäischer Ebene, so wird ersichtlich, dass die angesprochene Struktur auch auf transnationaler Ebene höchst relevant erscheint.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Ergebnis der vorgenommenen Untersuchung ein gemischtes Bild ergibt, die untersuchten Akteure in ihrer Sicht auf gewisse Aspekte der europäischen Aktivitäten ein tendenziell einheitliches Verhalten zeigen, bei anderen Subthematiken allerdings stark divergieren.

Forschungsfrage Nummer 1 (zu der Aufzählung der Forschungsfragen siehe S.16f.) nimmt zuerst den Aspekt der Akteurssozialisation im Feld in den Blick in den Fokus und hat nicht nur die Adaption des Akteursverhaltens an Wertigkeiten und Normen der Europäischen Ebene als Folge eines *policy misfit* (vgl. Kapitel 2.3) zum Inhalt, sondern soll auch prüfen, welche Rolle die Körperschaften der Europäischen Union vor Ort in diesem Prozess einnehmen. Ein klassischer *policy misfit* lässt sich insofern nicht erkennen, da (wie auch von den Parteien angegeben) gerade der juristische und politische Implementationsprozess von Seiten der EU in Bezug auf den Nationalstaat bzw. die Region im Kontext des Konflikts problemlos erfolgt. Der (historische) Sozialisationsprozess in Bezug auf die Europäische Union konnte jedoch nicht bei allen Akteuren auf Basis der Interviews akkurat nachgezeichnet werden. In Anbetracht der vorliegenden Inhalte wird allerdings klar, dass der Einfluss der Europäischen Union Eingang in Politiken und / oder die Struktur sämtlicher befragter Akteure gefunden hat und somit als Form von Akteurssozialisation zu sehen ist: Entweder ‚klassische‘ bottom up-Prozesse der Akteure wie die Entsendung von Personen als Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie die Einrichtung der dazu gehörigen Expertise und Struktur und / oder informelle (Verhandlungs-)Prozesse innerhalb der eigenen Organisation (also einer *administrative capacity*, vgl. S.23) bedingen darauf folgend eine entsprechende Anpassung der eigenen politischen Inhalte – nicht zuletzt aufgrund der Förderpolitik der Union in der Region –, was eine Mischung aus *thick* und *thin learning* (vgl. Kapitel 2.3.2.b.ii) darstellt. Subakteure oder Institutionen, welche im Zuge der grundlegenden Theorie zu Sozialisationsprozessen als relevant angesehen werden konnten, können als sogenannte *norm entrepreneurs* (vgl. Kapitel 2.3.2.b.i) oder auch *facilitating formal institutions* (vgl. Kapitel 2.2) identifiziert werden. Die erste Kategorie ist auf Basis der durchgeführten Interviews nicht in Akteursform zu erkennen, die zweite Gruppe jedoch kann in der Einrichtung der Förderungen per se herausgezeichnet werden, welche von den meisten Interviewpartnern als Ermächtigung zu Sozialisation – auf Individualebene, aber durch die dafür erforderliche Expertise und Struktur auch auf Akteursbasis – identifiziert wurde. In Bezug auf die erforderliche Struktur, kann sich diese in Form von tatsächlichen ‚Teams‘ oder Personen und der entsprechenden Expertise (siehe hierzu erstens

Aussagen in den Kapiteln 4.1.a.ii, 4.1.b.ii. der Parteien oder zweitens auch jenen der Interessensgruppen, beispielsweise Kapitel 4.2.c.ii) zeigen; die Sozialisation der Individualebene, also die Möglichkeit, durch finanzielle Ermächtigung radikalisiertem Denken zu begegnen, wurde besonders im Zuge der Community-Interviews (vgl. Kapitel 4.3) häufig erwähnt. Klar ist zu erkennen, dass der Lernprozess im Zuge der Konfliktbefriedung (welche von den meisten Interviewpartnern zwar als tendenziell positive Transformation, jedoch meist nicht als abgeschlossen gesehen wird) der Hinwendung zu ‚europäischen‘ Themen zwingend vorherging.

Dass die Thematik des Nordirlandkonflikts sowie konfliktuelle Strukturen und Inhalte jedoch – und dies ist für die Beantwortung der in dieser Arbeit gestellten Forschungsfragen von besonderer Relevanz – nicht nur omnipotent sind, sondern in deren Kontext zumeist auch Thematiken der Europäischen Union (und deren Bewertung) verarbeitet werden, geht klar aus der Analyse hervor. Dies ist insofern wichtig, da Halls und Taylors (1996) Definition von ‚Institution‘ (vgl. Kapitel 2.2) in Erinnerung gerufen werden muss. Die Institution ist es, die anhand der Vorgabe von Normen und Werten das Verhalten jener prägt, welche durch sie betroffen sind. Doch im angegebenen Theoriekapitel wird bereits die Frage aufgeworfen, inwiefern eine ‚Institution EU‘ im Vergleich zu den Institutionen eines konfliktuellen Feldes als Alternative (oder womöglich sogar als Ersatz) fungieren kann. Dies ist bei der hier aufgeführten Thematik der Reproduktion des regionalen Konflikts interessant: Die Aktivität der Union vor Ort im Bereich der Förderungen wird primär bei der Finanzierung von Friedens- und Konfliktbefriedungsprojekten (im Gegensatz zu ‚rein wirtschaftlichen‘ Regionalprojekten), die europäische Jurisdiktion besonders in Bezug auf die Umgehung nationaler Gesetze (besonders von Seiten nationalistisch-republikanischer Akteure), oder der Konfliktbefriedung bzw. dem Umgang mit dissidenten Gruppierungen oder konfliktuellen Auseinandersetzungen (wie beispielsweise im Gespräch mit der Polizei angegeben) gesehen. Vorteile der Union oder differente Praktiken wie beispielsweise die Annahme der Mandate durch die Partei *Sinn Féin* im Europäischen Parlament fußen auf dieser Logik (hier liegt (wie im Kapitel 2.3.2.c hervorgehoben) eine differente spezifisch-regionale Planungskultur vor, welche die nationale Ebene umgeht; *Sinn Féin* ist hierbei der einzige nationalistisch-republikanische Akteur, welcher explizit auf die EU-Ebene Bezug nimmt; bei sämtlichen weiteren Akteuren dieser Klassifizierung wird rein auf die europäische Jurisdiktion oder internationalen Ebene zur Vermeidung des Nationalstaates Bezug genommen – dies meist aus ideologischen Gründen). Der Blick auf die Rolle der EU geht hierbei einher mit ihrer Legitimität in gewissen Bereichen; dies rangiert von einer kompletten theoretischen Ablehnung von europäischen Fördergeldern (wie vom *32 County Sovereignty Movement* angegeben) oder der EU-Mitgliedschaft (im Gespräch mit der *Irish Republican Socialist Party*) aus ideologischen Gesichtspunkten bis hin zum Wunsch einer zunehmenden Supranationalisierung im Konfliktlösungsbereich (im Gespräch mit der Polizei erwähnt, vgl. Kapitel 4.4). Einer klassischen Institution entspricht die EU in diesem Kontext (ausgenommen einer möglichen starken

Institutionalisierung des europäischen Rechtssystems) nicht oder nur implizit aus gesamtgesellschaftlicher Sicht. Die Prägung von Kern- und primären Interessen und Agendas der meisten Akteure erfolgt weiterhin im Umfeld regional- und / oder nationalpolitischer (konfliktueller) Strukturen. Der Umstand, dass im analysierten Feld keine stringente Logik angegeben werden kann, liegt einerseits darin, dass mehrere ‚Konfliktlinien‘ vorhanden sind: So existiert erstens der klassisch-historische republikanisch-unionistische Konflikt, zweitens die Kritik von zivilgesellschaftlichen und extremistischen bzw. anti-systemischen Gruppierungen an den ‚etablierten‘ parteipolitischen Akteuren und drittens ein sehr unterschiedliches Agenda-Setting zwischen jenen – auch zivilgesellschaftlichen – Akteuren, welche ehemals anti-systemischen Organisationen angehörten, und jenen, welche ‚klassische‘ Hintergründe der Sozialarbeit besitzen und es somit zu einer Rollenüberschneidung kommt. Andererseits muss erkannt werden, dass die Ausgangslagen bzw. sehr spezifischen Weltbilder der unterschiedlichen Akteure, welche – meist im Kontext des Konflikts – Legitimität und Rolle der Europäischen Union (in der Region) konstruierten, nicht nur äußerst different sind, sondern auch von teilweise einander ausschließenden institutionalisierten politischen Systemen und Frames ausgehen. Beispielsweise ist die Anerkennung und gewünschte politische und kulturelle Bindung von unionistischen Akteuren an das Vereinigte Königreich unvereinbar mit dem Zugehörigkeitsgefühl republikanischer oder nationalistischer Akteure in Bezug auf die Republik Irland.

Bezug nehmend auf den **zweiten Teilbereich der ersten Forschungsfrage**, nämlich jenem europäischer Identität (siehe hierzu Kapitel 2.3.2.b.i), ist dieser eher negativ zu beantworten, aus dem Grund, da die meisten Interviewpartner keine gesamtgesellschaftliche Reichweite des europäischen Institutionen- und Wertennetzwerks erkennen konnten (wie bei Peters (1999) dargestellt, welcher ein gemeinsames Normennetzwerk und deren Einfluss auf seine Mitglieder als Basis einer Institution sieht); eine Ausnahme stellt der EuGh und das europäische Rechtsregime dar, die in den meisten Gesprächen von großer Relevanz für die Prozesse der Region identifiziert werden konnten. Bezogen auf die Gesamtlogik des Feldes kann ergo von keiner generellen Ausbildung einer ‚europäischen Identität‘ (ergo auch keinem Rückschluss für eine ‚europäische Gesellschaft‘) ausgegangen werden – nicht zuletzt, da sich die meisten Akteure in Bezug auf Kooperationen oder Netzwerkarbeit eher auf die internationale als die europäische Ebene bezogen und angaben, dass weder Kontakt zu europäischen Institutionen, noch ein auf Basis der EU institutionalisiertes Netzwerk zur Kooperation bestünde (beispielsweise bei zivilgesellschaftlichen Organisationen). Eine einheitliche Aussage sämtlicher Interviewpartner zu europäischen Werten konnte infolge äußerst differenter regionaler bzw. nationaler Frames nicht erreicht werden, eine ‚europäische Identifikation‘ im Ego-Alter-Muster kann kaum identifiziert werden.

Bei vielen Akteuren liegt eine starke Differenzierung zwischen der ‚wirtschaftlichen‘ Präsenz der EU vor Ort (beispielsweise im Kontext von Förderungen) und ihrer ‚politischen‘ Rolle vor, welche (meist

ersteres positiv, zweiteres – eher von unionistischen Akteuren – in Bezug auf das staatliche Gewaltmonopol oder – wie von eher extremen politischen Organisationen – in Bezug auf globale und klassenbasierte Ungleichheiten tendenziell negativ) unterschiedlich bewertet werden. Erkennbar ist, dass Akteure wie Parteien oder Community-Organisationen, welche stärker in das politische System institutionalisiert sind, ebenso eine stärkere (formelle und informelle) Ausrichtung in Bezug auf die Europäische Union (und ihre Akzeptanz bzw. Legitimität) zeigen (wobei zu berücksichtigen ist, dass eine starke Differenzierung in der Bewertung der Förderungen und ihrer Vergabelogik gemacht und weiters meist von Community-Organisationen die starke Professionalisierung kritisiert wird, welche die Erlangung von Förderung voraussetzt). Dies führt in Folge dazu, dass auch mit Blick auf die funktionelle Argumentation während der Interviews kein durchgehend-eindeutiges Bild von ‚der EU‘ als Wirtschafts- und Politiksystem gegeben wird. Die Bewertung der Union wird meist nicht in einem generellen Sinne vorgenommen, ihre unterschiedlichen Bereiche häufig sehr different und mit anderen Argumentationslogiken beurteilt und kritisiert.

Diese Darstellungen zeigen (hier soll besonders der **dritte Teil der ersten Forschungsfrage** nach der gesamten Europäisierung des Akteursfeldes berücksichtigt werden) – trotz ihrer Vielfältigkeit und Diversität, welche sich natürlich aus der Unterschiedlichkeit der analysierten Akteure des Feldes ergibt (wie auch in den sehr unterschiedlichen Blickwinkeln auf ‚europäische Werte‘ zu beobachten) – ein Muster zweier grundlegender Arten von Akteuren: erstens jene, welche dem politischen und / oder wirtschaftlichen System der Europäischen Union (bzw. dessen Aktivität in der Region sowie der daraus folgenden zunehmenden Europäisierung) tendenziell sehr negativ oder positiv gegenübersteht: Zwar differiert der Grad an Legitimität, welcher der EU zugesprochen wird, ihr wird in jedem Falle allerdings Akteurscharakter verliehen – entweder, um das ‚Andere‘ der eigenen Position im Kontext von Ablehnung eines top down-Prozesses klarer darstellen zu können, oder um den Wunsch nach einer tatsächlichen Art von Mediator im Bereich der Konfliktlösung und -befriedung zu artikulieren. – Die zweite Akteursart findet sich besonders im Bereich der Community-Organisationen, welche bei den EU-Aktivitäten primär (und teils ausschließlich) auf die Förderung als finanzielle Ermächtigung, also *empowerment*, als relevantes Mittel zur Konfliktbefriedung auf Mikroebene durch individuelle Ansätze fokussieren und die Union dabei – mit einem tendenziell eher ‚funktionalen‘ Frame – in den Bereich eines ermächtigenden Netzwerks statt eines Akteurs stellen. Durch die Analyse der einzelnen Akteure kann erkannt werden, dass durchgehend von einer deutlichen Europäisierung politischer Inhalte und Frames der Akteure – also informeller Strukturen und Prozesse –, nur (dies eher im Falle politischer Parteien) vereinzelt von einer starken formellen Institutionalisierung der Akteursstruktur bzw. dessen Einbettung in ein europäisches institutionelles Netzwerk gesprochen werden kann.

In Bezug auf **Forschungsfrage 2**, welche an diese Überlegungen anschließt und auf das Konfliktlösungsverständnis vor Ort fokussiert (mit dem Beispiel des *policy change* bei Noutcheva et

al. 2004: 12), wird klar, dass der Begriff des *policy change* nicht ausreicht, um als Analysewerkzeug für ein Feld wie den Nordirlandkonflikt gebraucht zu werden, einerseits aufgrund eines hohen Anteils anti-systemischer oder systemkritischer Akteure, welche durch klassische *policies* häufig nicht betroffen sind, andererseits ob einer *bottom up*-Systematik des Konflikts, welche (wie in Kapitel 4.3 mehrmals angegeben) die Wurzel desselbigen in Radikalisierung und Exkludierung auf zivilgesellschaftlicher Ebene verortet und von ‚der EU‘ durch Politiken oftmals nicht direkt adressiert werden kann (wie kritisch besonders in Kapitel 4.3.a angemerkt).

Dies weist klar auf zwei Hauptaussagen der Analyse hin, welche als generelle Aussage über die Diversität des Feldes gelegt werden können: Erstens liegt durch die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der europäischen Ebene sowie ihre Anerkennung (was auf einen latenten transnationalen ‚layer‘ hindeutet) eine komplette informelle Europäisierung des Feldes vor. Zweitens ergibt sich ein mögliches erweitertes Konfliktlösungsverständnis im Kontext einer formell oder informell deutlich institutionalisierten Europäischen Union als Folge bei einem Großteil der untersuchten Akteure, nicht zuletzt auf Basis der Reaktion auf eingerichtete geförderte Friedensprojekte und der dadurch impliziten Steuerung von Interessen und Präferenzen (wie bei Noutcheva et al. (2004) beschrieben).

Ergänzend ist hinzuzufügen, dass – in Bezug auf die genannte Rolle von Akteuren und einem Blick auf das ‚gesamte‘ Feld – die vorliegende Akteursanalyse einen breiten institutionellen Kontext des Feldes abdeckt. Es ist jedoch nicht möglich – nicht nur in Anbetracht der zugestanden Seitenanzahl, sondern auch blickend auf die gestellten Forschungsfragen – einen nicht unwesentlichen Bereich dieses Feldes abzudecken, der (besonders in Nordirland) nicht als Akteur erfasst werden kann: die Zivilgesellschaft und ihre Einheiten, die Menschen selbst, welche in der Region aufwachsen und in diesen Konflikt, der sich ganz klar auf mehreren Ebenen abspielt, hineinsozialisiert werden. Auch hier kann die Frage gestellt werden: Welche Rolle spielt eine mögliche supranationale politische Sozialisation im Kontext des Konflikts, mit welchem sich jeder Mensch in Nordirland mehr oder weniger konfrontiert sieht? Welchen Einfluss hat ein überstaatliches politisches System auf die Art und Weise, wie sich ein Mensch in einem solchen Land verhält und (politisch) agiert? Oder, um es mit anderen Worten zu sagen, wie sehr trifft die folgende Aussage auf individueller Ebene tatsächlich auf einen ‚europäisierten‘ Konflikt wie Nordirland zu: „EU citizenship becomes an additional layer of identification, which does not necessarily compete with national identifications. This additional layer of EU citizenship could ease tensions in ethno-political conflicts by leading to a greater acceptance of multiple identities generally.” (Noutcheva et al. 2004: 9f.)?

Bleiben diese Fragen nach den Strukturen der nordirischen Gesellschaft also noch unbeantwortet, so kann jedoch das vorläufige Fazit gezogen werden dass es – um mit Radaellis Worten aus dem Kapitel

2.1.1 zu sprechen – die ‚ways of doing things‘ sind, die innerhalb des Akteursfeldes einer besonderen Veränderung unterzogen werden; es sind die langfristigen, beinahe unterschwelligen Prozesse und Inhalte, welche im Hinblick auf die Rolle der EU im Kontext des Konflikts nebst der strukturellen Europäisierung zu beachten sind. Wenn sie – wie erwähnt – auch kaum aus der Logik des Konflikts zu lösen sind, verleihen sie ihm dennoch eine zusätzliche Facette, die es zu berücksichtigen gilt – und die, besonders in Zeiten einer Debatte um einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, einer ständigen Veränderung unterzogen ist – und es wohl für die nächsten Jahre auch bleiben wird.

6. PERSÖNLICHE ANMERKUNGEN

Jede empirische Untersuchung bedeutete bis dato eine Herausforderung für mich – nicht nur in Bezug auf ihre Planung, ordnungsmäßige Durchführung und ihren Abschluss, sondern schlicht und ergreifend, da man die Gelegenheit erhält, unterschiedlichsten Menschen mit Hintergründen und Geschichten zuzuhören, die häufig so anders sind als die eigenen Erfahrungen. Daran gemessen, war die dieser Arbeit zugrunde liegende Untersuchung ein Abenteuer; nicht nur, dass sie meine bis dato erste mehrtägige Untersuchung außerhalb Österreichs war und mich in Lebenswelten eintauchen ließ, die ganz besonders different von der meinen waren – ich erfüllte mir damit auch eine Art Wunsch, nämlich mich dem modernen Nordirlandkonflikt, mit dem ich mich auf Literaturbasis schon viele Jahre auseinandergesetzt habe, erstens empirisch zu nähern und zweitens dies in Bezug auf eine spezifische Thematik zu tun, die davor noch nicht untersucht wurde. Ich will nicht verschweigen, dass das einerseits emotional, zweitens aber auch fachlich eine gewisse Unsicherheit barg – und dass sich meine Erwartungen an die Ergebnisse meiner Arbeit durch den Aufenthalt vor Ort de facto kaum bestätigten, persönlich wie fachlich. Vieles meiner Planung, das ich klar strukturiert vor Augen hatte, musste ich verwerfen – um es gegen unerwartete, aber umso interessantere Inhalte und Treffen sowie Gespräche einzutauschen, die – trotz der für mich so fremd empfundenen Lebenswelt – dennoch stets in einem freundlichen, beinahe freundschaftlichen Umfeld geführt wurden und mich als Studentin einer Sozialwissenschaft mehr als einmal an William Foote Whytes (1943 / 1973) berühmte Studie der ‚Street Corner Society‘ zurückdenken ließ, die eindrucksvoll zeigt, auf wie viele Weisen Forscherinnen und Forscher Teil ihres Feldes sein können. Und obwohl dies natürlich in Anbetracht der Inhalte ein sehr entfernter Vergleich ist, so danke ich meinen Interviewpartnern für diese einmalige Erfahrung.

Um auf jene, in der vorliegenden Masterarbeit nicht behandelten Fragen der Zivilgesellschaft Bezug zu nehmen, welche im vorangegangenen Kapitel aufgeworfen wurden (und fürs Erste auch so stehen gelassen werden müssen), ist klar, dass die Behandlung dieser einen im Vergleich zu dieser Arbeit deutlich individualistischeren Ansatz erfordern, der sich in seiner Theorie aus der Reichhaltigkeit der Entwicklungs- und Sozialpsychologie, konkret der Forschung zu menschlicher Politisierung, bedienen könnte. Durch kaum vorhandene Forschungsergebnisse in diesem spezifischen Gebiet läge wohl auch hier (wissenschaftliches) Neuland vor – was aber keine Hemmung, sondern ganz im Gegenteil eine Inspiration für eine (in diesem Falle sogar sehr fachübergreifende) Untersuchung sein könnte – die, wie auch die hier vorgelegte Arbeit, nicht nur Einblicke in eine bis dato de facto neue Thematik, sondern durch ihre Nähe zum ‚Forschungsfeld‘ und seine Menschen für Forscherinnen und Forscher ein faszinierendes und auch menschlich bereicherndes Abenteuer bietet.

7. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Ackermann, Paul (Hrsg.)(1974): Politische Sozialisation, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): An Approach to Political Culture, in: dies. (Hrsg.)(1989): The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Thousand Oaks: SAGE.

Anderson, Christopher J. (1998): When in Doubt, Use Proxies. Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration, Comparative Political Studies, 31(5), S.569-601.

apa (2014): Der FPÖ-Europamandatar zog einen Vergleich zwischen der EU und dem "Dritten Reich". Fußballer Alaba nannte er angeblich "pechhabenschwarz", DiePresse.com vom 7.4.2014: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1587710/Das-Dritte-Reich-und-die-EU_Molzer-im-Wortlaut (6.10.2014)

Ardagh, John (1994): Ireland and the Iris, London: Penguin Books.

Arthur, Paul (1993): Cross-sectarian support for a European role in Northern Ireland, in: Arthur, Paul et al. (Hrsg.)(1993): Northern Ireland: A Crucial Test for a Europe of Peaceful Regions? Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 1993), S. 54-65.

Bach, Maurizio (2001): Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration, in: Bach, Maurizio (Hrsg.)(2001): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, VS Verlag.

BBC News (2015): A guide to the UK's planned in-out EU referendum, BBC Online vom 11.11.2015, unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-32810887> (12.11.2015)

Behr, Rafael (2011): Vom Nachtwächter zum Weltpolizisten. Ein soziologischer Blick auf die Zukunft der Polizei (2011), in: Fehérváry, János / Stangl, Wolfgang (Hrsg.)(2011): Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analysen disparater Entwicklungen, Schriftenreihe der Sicherheitsakademie, Wien: WUV-Universitätsverlag, S.100-116.

Belfast Telegraph (2015): Sinn Fein to protect EU membership, Belfast Telegraph Online vom 20.4.2014, unter: <http://www.belfasttelegraph.co.uk/news/northern-ireland/sinn-fein-to-protect-eu-membership-31156231.html> (4.1.2016)

Bell, Peter N (1993): Political and constitutional development in Northern Ireland in the context of a developing Europe, in: Arthur, Paul et al. (Hrsg.)(1993): Northern Ireland: A Crucial Test for a Europe of Peaceful Regions? Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 1993), S.24-34.

Beresford, David (1987): Ten Men Dead. The Story of The 1981 Irish Hunger Strike, New York: Atlantic Monthly Press.

Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change, European Integration online Papers (EIoP), 4 (15), online unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm> (19.9.2014)

Bursens, Peter / Deforche, Jana (2008): Europeanization of Subnational Polities: the Impact of Domestic Factors on Regional Adaptation to European Integration, Regional & Federal Studies, 18(1), S.1-18.

Charlambous, Giorgos (2007): Examining Communist Euroscepticism: The Greek Communist Party and Europe". Hellenic Observatory PhD Symposium on Contemporary Greece.

Checkel, Jeffrey T. (1999): Social construction and integration. Journal of European Public Policy, 6(4), S.545-560.

Checkel, Jeffrey T. (Hrsg.)(2007): International Institutions and Socialization in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Clarke, Adele E. (2005): Situational Analysis. Grounded Theory After the Postmodern Turn, USA/ London / New Delhi: SAGE.

Claußen, Bernhard (1996): Die Politisierung des Menschen: Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, in: Claußen, Bernhard / Geißler, Rainer (Hrsg.)(1996): Die Politisierung des Menschen: Instanzen der politischen Sozialisation, Opladen: Leske+Budrich, S.15-48.

Cohn, Carol (1987): Sex and Death in the Rational World of Defense Intellectuals, Signs, 12(4), S.687-718.

Cooke, Dennis (1996): Persecuting Zeal, Kerry: Brandon, 1996.

Crepaz, Katharina (2014): The Impact of Europeanization on Minority Communities in “Old” Member States: Italy and France, *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe* 13(3), S.73-93.

Currie, P.M. / Taylor, Max (Hrsg.)(2011): *Dissident Irish Republicanism*, New York: continuum.

Della Porta, Donatella (2011): *Social movements and Europeanization*, Oxford University Press.

Diez, Thomas (2006): Speaking ‘Europe’: The Politics of Integration Discourse, in: Eilstrup-Sangiovanni, Mette (2006): *Debates on European Integration. A Reader*, Hampshire / New York: Palgrave Macmillan, S.420-436.

Donoghue, David (1993): Territorial claims and Ireland in a European context, in: Arthur, Paul et al. (Hrsg.)(1993): *Northern Ireland: A Crucial Test for a Europe of Peaceful Regions?* Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 1993), S.14-21.

dpa (2014): Scharfe Kritik an Merkel. Le Pen: „Das wird zur Explosion der EU führen“, Online Focus vom 1.6.2014, unter: http://www.focus.de/politik/ausland/eu/scharfe-kritik-an-merkels-politik-le-pen-das-wird-zur-explosion-der-eu-fuehren_id_3888136.html (6.10.2014)

Dühr, Stefanie / Nadin, Vincent (2007): Europeanization through transnational territorial cooperation? The case of INTERREG IIIB North-West Europe, *Planning Practice & Research*, 22(3), S.373-394.

Dühr, Stefanie / Stead, Dominic / Zonneveld, Wil (2007): The Europeanization of spatial planning through territorial cooperation, *Planning Practice & Research*, 22(3), S.291-307.

Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*, New York / London / Sidney: John Wiley & Sons.

Eilstrup-Sangiovanni, Mette (2006) (Hrsg.): *Debates on European Integration: A Reader*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Emerson, Michael / Vahl, Marius / Coppieters, Bruno / Huyseune, Michel / Kovziridze, Tamara / Noutcheva, Gergana / Tocci, Nathalie (2004): Chapter 6: Elements of Comparison and Synthesis, in: Coppieters, Bruno / Emerson, Michael / Huyssene, Michel / Kozviridze, Tamara / Noutcheva, Gergana (2004): *Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery*, Academia Press, online unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-12004-61/> (15.8.2014)

Eser, Thiemo W. / Konstadakopulos, Dimitrios (2000): Power Shifts in the European Union? The Case of Spatial Planning, *European Planning Studies*, 8(6), S. 783-798.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2008): Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema "Die Rolle der EU im nordirischen Friedensprozess", Brüssel.

Faludi, Andreas (2008): *European Spatial Research and Planning*, Cambridge / Massachusetts: Lincoln Institute of Land Policy.

Faist, Thomas (2001): Soziale Bürgerschaft in der Europäischen Union: verschachtelte Mitgliedschaft, in: Bach, Maurizio (Hrsg.)(2001): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, VS Verlag.

Farnell, B. / Graham, L.R. (1998): Discourse-Centered Methods, in: Bernard, H.R. (Hrsg.)(1998): *Handbook of Methods in Cultural Anthropology*, Walnut Creek: AltaMira Press, S.411-458.

Fehérváry, János (2011): Europäisierung der Polizeiarbeit. Ein Resultat polizeilicher Kooperation, in: Fehérváry, János / Stangl, Wolfgang (Hrsg.)(2011): *Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analysen disparater Entwicklungen*, Schriftenreihe der Sicherheitsakademie, Wien: WUV-Universitätsverlag, S.36-84.

Finke, Barbara (2007): Civil society participation in EU governance, *Living Rev. Euro. Gov.*, 2 (2), online unter: <http://www.livingreviews.org/lreg-2007-2> (2.1.2015)

Fischer, Frank (1998): Beyond Empiricism: Policy Inquiry in Postpositivist Perspective, *Policy Studies Journal*, 26(1), S.129-146.

Flick, Uwe (2011): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, 4.Auflage, Hamburg: Rowohlt.

Fligstein, Neil (2009): Who are the Europeans and how does this matter for politics?, in: Checkel, Jeffrey T. / Katzenstein, Peter J. (Hrsg.)(2009): *European Identity*, Cambridge University Press.

Follesdal, Andreas / Hix, Simon (2006): Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, *JCMS*, 44(3), S.533-562.

Fuchs, Dieter (1981): Einstellungen zum politischen System und politische Beteiligung. Dimensionen politischer Unterstützung, in: Klingemann, Hans-Dieter et al. (Hrsg.): *Politische Psychologie*, Nr.12, S. 208-225.

Fürst, Dietrich (2009): Planning Cultures en Route to a Better Comprehension of 'Planning Processes'?, in: Knieling, Joerg / Othengrafen, Frank (Hrsg.)(2009): planning Cultures in Europe. Decoding Cultural Phenomena in Urban and Regional Planning, Farnham: Ashgate, S.23-38.

Giannakourou, Georgia (2012): The Europeanization of National Planning: Explaining the Causes and the Potentials of Change, Planning Practice & Research, 27(1), S. 117-135.

Grindheim, Jan Erik (1993): Some Comments on Adrian Guelke's Contribution, in: Arthur, Paul et al. (Hrsg.)(1993): Northern Ireland: A Crucial Test for a Europe of Peaceful Regions? Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 1993), S.82-86.

Guelke, Adrian (1993): Northern Ireland, self-determination, and the New World Order, in: Arthur, Paul et al. (Hrsg.)(1993): Northern Ireland: A Crucial Test for a Europe of Peaceful Regions? Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 1993), S.70-81.

Haas, Peter M. (1992): Epistemic Communities and International Policy Coordination, International Organization, 46 (1), S. 1-35.

Hahn, Hans-Joachim (2009): Jenseits des Konstrukts der Nation. Aus dem Alltag transnationaler Kulturarbeit, in: Matthias Theodor Vogt et al. (Hrsg.)(2009): Europäisierung im Alltag, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.53-61.

Hall, Peter A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking, in: Comparative Politics, 25(3), S.275-296.

Hall, Peter A. / Taylor, Rosemary C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, Political Studies, Nr.44, p.936-957.

Haller, Max (2000): European integration and sociology: The difficult balance between the theoretical, empirical and critical approach, European Societies, 2(4), S. 533-548.

Hochgerner, Josef (2013): Globalisierung verstärkt sozialen Wandel, in: Dvorak, Johann / Mückler, Hermann (Hrsg.)(2013): Staat, Globalisierung, Migration, Wien: facultas, S.91-106.

Hazleton, William (2000): Encouragement from the Sidelines: Clinton's Role in the Good Friday Agreement, Irish Studies in International Affairs, 11, S.103-119.

Horgan, John / Gill, Paul (2011): Who Are the Dissidents? An Introduction to the ICST Violent Dissident Republican Project, in: Currie, P.M. / Taylor, Max (Hrsg.)(2011): Dissident Irish Republicanism, New York: continuum, S.43-63.

Horgan, John (2013): Divided We Stand. The Strategy and Psychology of Ireland's Dissident Terrorists, Oxford: Oxford University Press.

Ingraham, Jeson (2015): The European Union and Relationships Within Ireland, CAIN Webservice, University of Ulster, online unter:
<http://cain.ulst.ac.uk/issues/europe/euireland.htm> (25.12.2015)

International Fund for Ireland (2013a): Traditional skills project paints a brighter future for Ballymoney, online unter: <http://internationalfundforireland.com/media-centre/101-press-releases-2013/700-traditional-skills-project-paints-a-brighter-future-for-ballymoney> (25.12.2015)

International Fund for Ireland (2013b): Sperrin Cultural Awareness Association opens ground-breaking peace project, online unter:
<http://www.internationalfundforireland.com/media-centre/101-press-releases-2013/663-sperrin-cultural-awareness-association-opens-ground-breaking-peace-project> (am 25.12.2015)

Jones, Alistair (2007): Britain and the European Union, Edinburgh: Edinburgh University Press.

Kaina, Viktoria / Karolewski, Ireneusz Pawel (2009): EU governance and European identity, in: Living Reviews in European Governance, 4(2), S.1-41.

Kearney, Richard (1997): Postnationalist Ireland, London: Routledge.

Kearney, Vincent (2013): Security forces in the Troubles, BBC Online, Februar 2013, unter:
http://www.bbc.co.uk/history/topics/troubles_security_forces (5.1.2016)

Knieling, Joerg / Othengrafen, Frank (2009): En Route to a Theoretical Model for Comparative Research on Planning Cultures, in: Knieling, Joerg / Othengrafen, Frank (Hrsg.)(2009): planning Cultures in Europe. Decoding Cultural Phenomena in Urban and Regional Planning, Farnham: Ashgate, S.39-62.

Kurier (2014): "EU muss oft als Schwarzer Peter herhalten", kurier.at vom 20.2.2014, unter: <http://kurier.at/politik/eu/ska-keller-im-interview-eu-muss-oft-als-schwarzer-peter-herhalten/52.133.651> (6.10.2014)

Kroner, Bernhard (1981): Politische Sozialisation durch Alltagskultur – exemplarisch Kriegsspielzeug, in: Klingemann, Hans-Dieter et al. (Hrsg.): Politische Psychologie, Nr.12, S.101-114.

Ladrech, Robert (2002): Europeanization and Political Parties. Towards a Framework for Analysis, Party Politics, 8(4), S.389-403.

Lenschow, Andrea / Liefferink, Duncan / venman, Sietske (2005): When the bird sing. A framework for analysing domestic factors behind policy convergence, Journal of European Public Policy, 12(5), S.797-816.

Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: ebd. (1967)(Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York: Free Press, S.1-64.

Mair, Peter (2000): The Limited Impact of Europe on National Party Systems, West European Politics, 23, S.27-51.

March, James G. / Olsen, Johan P. (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York: The Free Press.

May, Peter J. (1992): Policy Learning and Failure. Journal of Public Policy, 23(4), S.331-354.

McLoughlin, P. J. (2009): The SDLP and the Europeanization of the Northern Ireland Problem, Irish Political Studies, 24(4), S.603-619.

Mitchell, Claire (2006): Religion, Identity And Politics in Northern Ireland: Boundaries of Belonging And Belief, Surrey: Ashgate.

Moisio et al. (2012): Mapping the political geographies of Europeanization: National discourses, external perceptions and the question of popular culture, Progress in Human Geography, 37(6), S.737-761.

Monforte, Pierre (2014): The Cognitive Dimension of Social Movements' Europeanization Processes. The Case of the Protests against 'Fortress Europe', Perspectives on European Politics and Society, 15(1), S.120-137.

Moritz, Ella-Maria (2014): No Peace after the Peace Process – Idee und Scheitern eines Friedenszentrums in Nordirland, Bachelorarbeit Universität Wien.

Morrison, John F. (2013): The Origins and Rise of Dissident Irish Republicanism – the role and impact of organisational splits, London: Bloomsbury Academic.

Mörth, Ulrika (2003): Europeanization as Interpretation, Translation, and Editing of Public Policies, in: Featherstone, K. / Radaelli, Claudio M. (Hrsg.)(2003): The Politics of Europeanisation, Oxford: Oxford University Press, S.27-56.

Murphy, Mary C. / Phinnemore, David (2005): Northern Ireland and the future of European debate, in: Holmes, Michael (Hrsg.)(2005): Ireland and the European Union. Nice, enlargement and the future of Europe, Manchester / New York: Manchester University Press.

Murphy, Mary C. (2007): Europeanization and the Sub-National Level: Changing Patterns of Governance in Northern Ireland, Regional & Federal Studies, 17(3), S.293-315.

Münch, Richard (2008): Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft, Campus.

Nadin, Vincent / Stead, Dominic (2008): European Spatial Planning Systems, Social Models and Learning. disP – The Planning Review, 44(172), S.35-47.

Neumayer, Laure / Perottino, Michel (2008): Is Populism a Side-Effect of the Europeanization of Political Competition? ECPR Joint Sessions of Workshops - Rennes 2008, Workshop Proposal.

Nitschke, Peter (2008): Die EU als kontinentales Polizeiregime in der Globalisierung, in: Frevel, Bernhard / Asmus, Hans-Joachim (Hrsg.)(2008): Einflüsse von Globalisierung und Europäisierung auf die Polizei, Schriften zur Empirischen Polizeiforschung, Band 8, Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, S.15-25.

North West Peace Showcase (2015): Connect 4 – The Whistle Project, online unter: <http://www.nwp3legacy.eu/yourspace/connect4thewhistle/> (25.12.2015)

Noutcheva, Gergana / Tocci, Nathalie / Coppieters, Bruno / Kozviridze, Tamara / Emerson, Michael / Huysse, Michel (2004): Chapter 1, Europeanization and Secessionist Conflicts: Concepts and Theories, in: Coppieters, Bruno / Emerson, Michael / Huysse, Michel / Kozviridze, Tamara / Noutcheva, Gergana (2004): Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery, Academia Press, online unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-12004-61/> (15.8.2014)

Nodia, Ghia (2004): Europeanization and (not) resolving secessionist conflicts, in: Coppieters, Bruno / Emerson, Michael / Huysse, Michel / Kozviridze, Tamara / Noutcheva, Gergana (2004): Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery, Academia Press., online unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-12004-61/> (15.8.2014)

Pawelka, Peter (1977): Politische Sozialisation. Systematische Politikwissenschaft, in: Erb, Gottfried et al. (Hrsg.)(1977): Systematische Politikwissenschaft, Akademische Verlagsgesellschaft Wiesbaden, Bd.4.

Peters, Guy B. (1999): Institutional Theory in Political Science. The "New Institutionalism", London: Pinter.

Prainsack, Barbara / Wahlberg, Aayho (2013): Situated bio-regulation: Ethnographic sensibility at the interface of STS, policy studies and the social studies of medicine, BioSocieties, 8(3), S.336-359.

Preiser, Siegfried / Wannemacher, Wolfgang (1981): Sozialisations-, Situations- und Kognitionsbedingungen sozialen und politischen Handelns, in: Klingemann, Hans-Dieter et al. (Hrsg.): Politische Psychologie, Nr.12, S. 56-73.

Radaelli, Claudio M. (2000): Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change, European Integration online Papers (EIoP), 4 (8), online unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm> (11.8.2014)

Radaelli, Claudio M. (2003): The Europeanization of Public Policy, in: Featherstone, K. / Radaelli, Claudio M. (Hrsg.)(2003): The Politics of Europeanisation, Oxford: Oxford University Press, S.27-56.

Radaelli, Claudio M. (2004): Europeanization: Solution or problem? European Integration online Papers (EIoP), 8 (16), online unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> (18.1.2015)

rathmor.com (2015): Community Involvement, online unter: http://www.rathmor.com/?page_id=526 (25.12.2015)

Rein, Martin / Schön, Donald (1993): Reframing Policy Discourse, in: Fischer, Frank (Hrsg.)(1993): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Durham and London: Duke University Press, S.145-166.

Richardson, Jeremy / Gustafsson, Gunnel / Jordan, Grant (1982): The Concept of Policy Style, in: Richardson, Jeremy (Hrsg.)(1982): Policy Styles in Western Europe, London: George Allen & Unwin, 1-16.

Risse, Thomas / Green Cowles, Maria / Caporaso, James (2001): Europeanization and Domestic Change: Introduction, in: dies. (Hrsg.)(2001): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca / London: Cornell University Press, S. 1-20.

Rumford, Chris (2001): Social Spaces beyond Civil Society: European Integration, Globalization and the Sociology of European Society, Innovation, 14(3), S.205-218.

Sabatier, Paul A. (1993): Advocacy Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.)(1993): Policy-Analyse. Kritik und Neuordnung, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 116-148.

Sabatier, Paul A. (1998): The Advocacy Coalition Framework: Revisions and Relevance for Europe, Journal of European Public Policy (5), S.98-130.

Sabatier, Paul A. / Jenkins-Smith, Hank C. (1993): Policy Change and Learning: An Advocacy Coalition Approach, Colorado: Westview Press.

Saurugger, Sabine (2009): Sociological Approaches in EU Studies, Journal of European Public Policy, 16(6), S. 935-949.

Schmidt, Vivien A. / Radaelli, Claudio M. (2006): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues, West European Politics, 27 (2), S.183-210.

Schön, Donald / Rein, Martin (1994): Frame Reflection: Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies, New York: Basic Books.

Scott, Pam / Richards, Evelleen/& Martin, Brian (1990): Captives of Controversy: The Myth of the Neutral Social Researcher in Contemporary Scientific Controversies, Science, Technology & Human Values, 15(4), S.474-494.

Scott, Pam / Richards, Evelleen/& Martin, Brian (1991): Who's a Captive? Who's a Victim? Response to Collins' Method Talk, online unter: <https://www.uow.edu.au/~bmartin/pubs/91sthv.html> (2.2.2015)

Seidl, Conrad (2014): Othmar Karas: "Parteien sind Instrumente, nicht Selbstzweck", derStandard.at vom 25.3.2014, unter: <http://derstandard.at/1395363183195/Parteien-sind-Instrumente-nicht-Selbstzweck> (6.10.2014)

SEUPB (2012): The PEACE Programmes Ireland / Northern Ireland, online unter: <http://admin.interact-eu.net/downloads/5898/presentation> (25.1.2016)

Stead, Dominic / Meijers, Evert (2009): Spatial Planning and Policy Integration: Concepts, Facilitators and Inhibitors, Planning Theory & Practice, 10(3), S.317-332.

Tannam, Etain (1995): The European Union and Northern Irish Politics, Ethnic and Racial Studies, 18(4), S. 797-817.

Tajfel, Henri (1974): Social identity and intergroup behaviour, in: Social Science Information, 13(2): S.65-93.

Tierney, Stephen (2005): Reframing Sovereignty? Sub-State National Societies and Contemporary Challenges to the Nation-State, The International and Comparative Law Quarterly, 54 (1), S. 161-183.

The Community Foundation for Northern Ireland (2013): creating space for learning & sharing project. case studies, online unter: <http://www.communityfoundationni.org/media/publications/CSLSP%20Case%20Studies%20and%20Mid%20Term%20Evaluation.pdf> (Zugriff: 25.12.2015)

Tonge, Jon et.al. (2011a): Loyal to the Core? Orangeism and Britishness in Northern Ireland, Dublin, Irish Academic Press.

Robert Chr. van Ooyen / Martin H.W. Möllers (2006): Demokratie und Polizei Europäisierte Sicherheit im Mehrebenensystem aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Möllers, Martin H.W. / Van

Ooyen, Robert Chr. (Hrsg.)(2006): Europäisierung und Internationalisierung der Polizei, Verlag für Polizeiwissenschaft, S.81-87.

Venturini, Tommaso (2010): Diving in magma: how to explore controversies with actor-network theory, Public Understanding of Science, 19(3): S.258–273.

Vogt, Matthias Theodor (2009): Europäisierung im Alltag, Frankfurt: Peter Lang.

Volmerg, Birgit et al. (1981): Politisches Bewusstsein als Untersuchungsfeld interpretativer Sozialforschung, in: Klingemann, Hans-Dieter et al. (Hrsg.): Politische Psychologie, Nr.12, S. 437-451.

Webb, Paul (2000): The Modern British Party System, London: SAGE Publications.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5.Auflage, Tübingen: Mohr.

Weible, Christopher M. / Sabatier, Paul A. (2007): A Guide to the Advocacy Coalition Framework, in: Fischer et.al. (Hrsg.)(2007): Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics And Methods, Boca Ration: CRC / Taylor&Francis, S.123-136.

Weiss, Robert S. (1994): Learning from Strangers. The Art and Method of Qualitative Interview Studies. New York: The Free Press.

Weiß, Wolfgang (1981): Überlegungen für ein theoretisches Modell politischer Sozialisation, in: Klingemann, Hans-Dieter et al. (Hrsg.)(1981): Politische Psychologie, Nr.12, S. 38-55.

Whyte, William Foote (1943 / 1973): Street corner society: the social structure of an Italian slum. 2.Ausgabe, Chicago: University of Chicago Press.

8. LEBENSLAUF

Allgemeine Daten

Name: Ella-Maria Moritz

Geburtsdatum und Ort: 19. Dezember 1992, Wien

Adresse: Enenkelstraße 3A / 11, 1160 Wien (Österreich)

Kontakt Daten

Telefon: +43 676 4471118

E-Mail: ella-maria.moritz@mailbox.org

Homepage: <http://ella-maria-moritz.jimdo.com>

Ausbildung

Nach meiner Volksschulzeit in der heutigen Hans-Christian-Andersen Volksschule (1160 Wien) von 1999 bis 2003 besuchte ich von 2003 bis Juni 2011 insgesamt drei Gymnasien, wobei besonders während der Oberstufe ein starker Schwerpunkt auf musischer und gesanglicher Ausbildung lag.

Mein Bachelorstudium der Politikwissenschaft nahm ich anschließend auf und schloss es im Februar 2014 mit einer Abschlussarbeit über ein von der EU mitfinanziertes Friedensprojekt in Nordirland ab (Titel: „*No Peace after the Peace Process – Idee und Scheitern eines Friedenszentrums in Nordirland*“).

Im darauf folgenden Masterstudium konnte ich meine Schwerpunkte auf politische Soziologie, Europäisierungsprozesse sowie die Analyse regionalpolitischer Prozesse und tiefergehende Konfliktanalyse legen; als Resultat und Bündelung dieser Forschungsinteressen verbrachte ich im Mai 2015 eine Woche in Nordirland, um die Daten meiner Masterarbeit auf Basis semistrukturierter Interviews zu generieren.

Berufliche Erfahrungen

Nach freiwilliger Aushilfe im Bereich der Klassischen Philologie der Universität Wien und einer Teilzeitanstellung in einem Wiener Antiquariat (worin sich meine Leidenschaft für alte Bücher niederschlägt) sammelte ich meine ersten langfristigen beruflichen Erfahrungen im Zuge einer mehrmonatigen Anstellung an der Bundesanstalt Statistik Austria, wo ich 2013 als Mitglied eines mehrköpfigen Teams den EU-SILC (Einkommens- und Lebensumstandsdaten) für Österreich mittels telefonischer Interviews generieren durfte.

Nach einem anschließenden Verwaltungspraktikum am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie des Österreichischen Bundesheeres (von Oktober 2013 bis August 2014), wo ich unter anderem einem Zentrum zur Analyse des Kriegs in

Syrien zugeteilt war, bin ich heute als Organisationsassistentin am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien angestellt.

Zusätzliche Qualifikationen

Nebst PC-Kenntnissen (besonders Microsoft Office, Grundkenntnisse in STATA UND SPSS sowie SAP und i3v) spiele ich (nicht zuletzt aufgrund meiner schulischen Ausbildung) seit dem siebten Lebensjahr Klavier, erhielt ab meinem sechsten Lebensjahr Gesangsunterricht und spiele aus privatem Vergnügen Querflöte. Weiters spreche ich fließend Deutsch und Englisch, beherrsche Latein passiv gut und besitze Grundkenntnisse in Irisch und Arabisch.

Publikationen

- „Die Mangawelt“: erster Band der Fantasytrilogie „*Fantasy-Romeo und Manga-Julia*“, erschienen beim novum pro Verlag, 2009
- Mitwirkung an der Publikation „*Cyber Defence – eine nationale Herausforderung*“ mit Oberst Walter J. Unger am Abwehramt im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, 2013
- Moritz, Ella-Maria (2015): „Irisch-Republikanische Gefängnisproteste – Rolle und Wirkung im Nordirlandkonflikt von einst und heute“, *PolitiX*, Institutszeitschrift des Institutes für Politikwissenschaft der Universität Wien, S.30-34.

Auszeichnungen

- Gewinn eines österreichweiten Literaturwettbewerbs im Winter 2005 / 2006 (www.lernquadrat.at)
- 2010: Teilnahme an einem schulinternen Literaturwettbewerb, Ergebnis: Platz 4
- Leistungsstipendium der Universität Wien in den Wintersemestern 2012/13, 2013/14 und 2015/16